

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 1.10 Mk. monatlich, 1.10 Mk. vierteljährlich, 3.30 Mk. halbjährlich, 6.60 Mk. jährlich. Einmalige Nummer 6 Pf. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postgebühren: 1.10 Mk. pro Monat. Eintragung in die Post-Sendungsliste. Unter Anzeigeband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Schweden, Norwegen, Dänemark, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die festgesetzte Anzeigenszeit oder deren Raum 50 Pf. für politische und gemeinschaftliche Vereins- und Berammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellensuche und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Vorwärts“, Sozialdemokrat Berlin.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 4. August 1910.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Zentrum und Wahlrecht.

III. (Schluß.)

Zur Verschönerung des Zentrumsverrats am direkten Wahlrecht führt Herr Dr. Bell in seinem Fraktionsbericht außer dem gefälschten Zeugnis des sozialdemokratischen Kommissionsmitgliedes noch ein zweites Moment an: die angebliche Ausschichtslosigkeit, das geheime und direkte Wahlrecht zugleich durchsetzen zu können. Er schreibt:

„Der Gang der Verhandlungen ließ aber nicht den geringsten Zweifel daran übrig, daß es unmöglich war, zugleich die direkte und geheime Wahl durchzusetzen. An dieser Tatsache ändert der Umstand, daß in der Kommission die geheime Wahl mit 13 gegen 13 Stimmen angenommen war, nichts. Denn bei der gesamten Konstellation der Parteiverhältnisse im Abgeordnetenhaus lag es klar auf der Hand, daß eine Wahlrechtsvorlage gegen die Stimmen der konservativen Fraktion, die allein mehr als ein Drittel sämtlicher Abgeordneten umfaßt, unter keinen Umständen zustande kommen würde. Denn selbst wenn sich im Abgeordnetenhaus eine Mehrheit für eine Wahlrechtsvorlage — was bei den widerstreitenden Auffassungen und Abstimmungen der übrigen Parteien ausgeschlossen war — gegen die Stimmen der Konservativen zusammengefunden hätte, so würde diese gegen die Konservativen beschlossene Wahlrechtsvorlage an der fehlenden Zustimmung sowohl des Herrenhauses, bei dessen für die Konservativen sehr günstigen Zusammensetzung, als auch der Regierung scheitern sein.“

Diese Argumentation ist so oft zerlegt worden, daß wir uns diesmal auf einige kurze Handglossen beschränken können.

Herr Dr. Bell behauptet hier, das Zentrum habe seine weitergehenden Forderungen deshalb zurückstellen müssen, weil gegen die Konservativen ein Wahlgesetz schlechterdings nicht zu machen gewesen sei. Na, warum hat denn das Zentrum niemals vorher eine Andeutung über diese seine angeblich einzig mögliche Stellung zur Wahlreform gemacht? Warum hat sich die Zentrumspreffe dem noch kurze Zeit vor dem insamen blaueschwarzen Schacher mit flammender Entrüstung gegen die Ankündigung des Abgeordneten Zedlitz gewandt, daß das Zentrum nur für eine solche Wahlreform zu haben sein werde, die auch den Weisfall der Konservativen finde? Warum hat das Zentrum vielmehr alle Zeit versprochen, daß es alles daran setzen werde, um seine programmatische Forderung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu verwirklichen? Hier ist doch noch in dem offiziellen Wahlauftritt des Zentrums vom Jahre 1908 wörtlich:

„Wir glauben erwarten zu dürfen, daß der neugewählte Landtag alsbald mit einer entsprechenden Vorlage befaßt werden wird. Die bevorstehenden Wahlen sind deshalb von einer ganz besonderen Wichtigkeit. Denn mit der so notwendigen gründlichen Aenderung des Wahlrechts entscheiden sie auch auf Jahre hinaus über die Gestaltung der inneren Politik Preussens.“

Wir sind bereit, an der schweren Aufgabe einer Wahlreform mit voller Hingabe für die Interessen unseres Volkes und Staates und unter voller Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte der preussischen Staatsbürger mitzuarbeiten. In welcher Richtung sich für diese Reform unsere Wünsche und Forderungen bewegen, ergibt unsere Stellungnahme von altersher; wir haben dieselbe auch in neuester Zeit im Parlament wiederholt ausgesprochen.“

Hier also spiegelte das Zentrum seinen Wählern vor, daß es bei der zu erwartenden Wahlrechtsvorlage mit „voller Hingabe“ für die „so notwendige gründliche Aenderung“ des Wahlrechts eintreten werde! Als es aber galt, dies feierliche Versprechen einzulösen, verzichtete das Zentrum nicht nur von vornherein auf jeden Kampf gegen die wahlrechtsfeindliche Reaktion, sondern es verbündete sich sogar in aller Form mit den Junkern, um selbst solche Forderungen zu Falle zu bringen, für die sowohl in der Kommission als auch im Plenum des Abgeordnetenhauses eine Mehrheit zustande zu bringen gewesen wäre!

Und wenn Herr Dr. Bell auch in seiner Rechtfertigungskampagne wieder erklärt, es wäre gegen Konservative und Herrenhaus ja doch nichts zu erreichen gewesen, so ist das nichts anderes, als die Preisgabe einer wirklichen Wahlreform überhaupt! Denn eine solche Reform kann überhaupt nicht mit den Junkern und Kuhnhebern der heutigen Wahlrechtschmach gemacht, sondern nur durch das Drängen der Volksmassen und der wahlrechtsfreundlichen Parteien den Wahlrechtsgegnern abgerungen werden!

Zum Kampf versteht sich das Zentrum freilich stets nur dann, wenn es gegen die Volksinteressen geht! Bei der Reichsfinanzreform piff das Zentrum auf alle Protestklagen der Regierung! Es zwang der Regierung gemeinsam mit den Junkern seinen Willen auf und fragte nicht das mindeste danach, daß es dadurch den Reichskanzler stürzte!

Das Zentrum warf sich also bei der Wahlrechtsfrage lediglich deshalb den Junkern in die Arme, weil es den Einfluß dieser seiner Verbündeten beim Zollwucher, dem Steuerraub und der Schulverpöpfung nicht schwächen wollte! Das bestätigte ja auch ein konservativer Abgeordneter, der am 1. April 1910 in der „Schlesischen Zeitung“ darlegte, daß die Konservativen mit den Nationalliberalen nicht hätten zusammengehen können, weil deren Forderungen zu weit (!) gegangen seien, und dann wörtlich fortfuhr:

„Wie konnte da die Basis für ein Zusammengehen mit den Nationalliberalen seitens der Konservativen gefunden werden? Dabei ergab es sich nun, daß das Zentrum lange nicht so weit und so radikal vorgehen wollte als die Nationalliberalen. Das Zentrum gab sich mit der geheimen Wahl bei den Urwahlen zufrieden und kongedierte die drei den Konservativen äußerst wichtig erscheinenden Punkte, nämlich:

1. Die unveränderte Aufrechterhaltung der Dreiklassenwahl — während die Regierungsvorlage durch die Zusammenrechnung der Abstimmungsprozente der drei Abteilungen die eigentliche Dreiklassenwahl fast vollständig verwischte.
 2. die indirekte Wahl, welche besonders geeignet ist, eine wüste Wahlagitation zu verhindern,
 3. die öffentliche Wahl der Abgeordneten durch die Wahlmänner!
- Was wäre auch das Zentrum für die direkte und für die volle geheime Wahl eingetreten, und die Konservativen wären mit ihren Anträgen für die Beibehaltung der öffentlichen und der indirekten Wahl einfach überstimmt und „an die Wand gedrückt worden.“

Es würde zu weit führen, wollten wir an dieser Stelle auf alle Klopffestereien des Herrn Dr. Bell im Detail eingehen. Nur einige besonders köstliche Einfälle des Herrn seien noch erwähnt.

Bekanntlich hat das Zentrum sogar die Anträge abgelehnt, das Klassenwahlrecht dadurch etwas abzuschwächen, daß der ersten Klasse zwei Zehntel, der zweiten Klasse drei Zehntel und der dritten Klasse fünf Zehntel sämtlicher Wähler angehören sollen. Selbst der nationalliberale Antrag, die Drittelung in der Form eintreten zu lassen, daß der ersten Klasse künftig mindestens ein Zehntel, der zweiten zwei Zehntel und der dritten sieben Zehntel der Wähler zuzurechnen seien, wurde von dem Zentrum abgelehnt. Und warum? Wiederum den Junkern zuliebe! Bei der grundsätzlichen ablehnenden Haltung der konservativen Partei zu diesen Abänderungsanträgen sagt Herr Dr. Bell auf Seite 25, „war es aus den oben bereits dargelegten Gründen ausgeschlossen, daß diese Anträge, selbst wenn sie im Abgeordnetenhaus angenommen worden wären, die Zustimmung des Herrenhauses und der Staatsregierung gefunden hätten.“

Aber Herr Bell ist ein selbstbewußter und anpruchsvoller Herr. Er liebt, wie wir bereits erfuhr, die Duplizität der Gründe. Darum fährt er fort:

„Dieser Tatsache mußten die Vertreter der Zentrumsfraktion Rechnung tragen und sich andererseits vergegenwärtigen, daß die nationalliberalen Anträge nur den Eindruck hervorufen sollten, als sei von der nationalliberalen Partei eine Abschwächung der plutokratischen Wirkungen des Dreiklassenwahlrechts beabsichtigt. Die nationalliberale Partei suchte durch Einbringung dieses Antrages, über dessen Aussehen sie nicht im Unklaren sein konnte, den Boden für die Einbringung von Anträgen auf Aufhebung der Drittelung in den Urwahlbezirken zu gewinnen. Indem sie also noch augen hin den Anschein hervorriefen wollte, als beabsichtige sie die Abschwächung des plutokratischen Charakters, suchte sie durch die Stellung des Antrages, mit dessen Annahme sie bei Würdigung aller einschlägigen Verhältnisse nicht rechnen konnte, und an dessen Annahme ihr auch schwerlich gelegen war, die Tatsache zu verwischen, daß gerade durch die Drittelung in den Urwahlbezirken, auf deren Beseitigung in nationalliberalen Parteinteresse ihr ganzes Bestreben gerichtet war, der plutokratische Charakter des Dreiklassenwahlrechts erfahrungsgemäß am meisten abgeschwächt wurde.“

Es ist nicht unseres Amtes, die braven Nationalliberalen gegen die liebenswürdigen Unterstellungen des Herrn Bell in Schutz zu nehmen. Aber das müssen wir denn doch sagen: welchen Anspruch hat eine Partei wie das Zentrum darauf, ihre pathetischen Beteuerungen, sie wolle — ohgleich sie eine jede Abschwächung der Dreiklassenmach niederstimme — tatsächlich und aufrichtig das gleiche Wahlrecht, erst genommen zu sehen, wenn diese selbe Partei anderen Parteien so ohne weiteres alle und jede Ehrlichkeit abspricht!

Außerdem aber: das Gerede des Herrn Bell von der Absicht der Nationalliberalen, einzig und allein durch Beseitigung der Drittelung nach Urwahlbezirken das bestehende Wahlrecht noch verschlechtern zu wollen, schafft die eine Tatsache nicht aus der Welt: Sätte das Zentrum für den erwähnten nationalliberalen Zehntelungsantrag, die sogenannte „Minimierung“, gestimmt und ihm damit zur Annahme verholfen, so wäre damit die aus der Beseitigung der Drittelung nach Urwahlbezirken erwachene Gefahr von vornherein zum guten Teil beseitigt gewesen, weil dann eben in jedem Urwahlbezirk von je 100 Wählern mindestens 30 der ersten und zweiten Klasse angehört hätten!

Wenn aber das Zentrum weiter behauptet, schon durch die Maximierung, das heißt durch die künftige Nichtanzrechnung der Steuerbeträge über 5000 resp. 10000 M. hinaus, wäre das gleiche erreicht worden, wie durch die von den Nationalliberalen beantragte Minimierung, so ist auch das total unrichtig. Denn durch die Maximierung wäre höchstens für den achten Teil aller Urwahlbezirke eine Verschiebung innerhalb der Klassen eingetreten, durch die Minimierung dagegen in sämtlichen Urwahlbezirken!

Eine ganz schiefe Darstellung gibt Herr Dr. Bell schließlich auch von der Stellungnahme des Zentrums zur Neueinteilung der Wahlkreise. Er stellt es auf Seite 32 und 45 des Fraktionsberichts so dar, als habe das Zentrum hauptsächlich deshalb gegen die so dringend gebotene Neueinteilung der Wahlkreise gestimmt, weil die Frist zu kurz gewesen sei, auch diese Frage im Geleze zu regeln, weil das Zentrum die Verquickung der Wahlkreiseinteilung mit dem Wahlgesetz für inopportun gehalten habe.

Das ist durchaus falsch! Erstens hat die Zentrumsfraktion — mit Ausnahme der fünf sogenannten Arbeitervertreter — bereits früher, als von einer Wahlreformvorlage gar keine Rede war, gegen die Forderung der Neueinteilung der Wahlkreise gestimmt! Und zweitens erklärte der ultramontane Fraktionsredner, Abgeordneter Gerold, auch bei der ersten Lesung der Vorlage im Plenum wörtlich:

„Eine Neueinteilung der Wahlkreise ist in dem Entwurf nicht vorgeesehen, und das halten wir für einen Vorzug desselben. (Lachen links.) Durch das Lachen wird es in feiner Weise abgeändert! (Sehr richtig! im Zentrum — Erntetes Lachen links.) Wiederholt haben wir im Laufe der Jahre darauf hingewiesen, daß nicht die Bevölkerungszahl allein für die Einteilung der Wahlkreise maßgebend sein kann, sondern daß auch viele andere Gesichtspunkte mit zur Geltung kommen müssen: die alte Tradition, die historische Entwicklung, namentlich ein gesetzmäßiger, anfassiger Mittelstand, sind ganz gewiß von der größten Bedeutung. Eine Bevölkerungszunahme, welche darauf beruht, daß vielleicht einige größere Fabriken angelegt sind, welche aber mit dem Aufhören der Betriebe, weil sie vielleicht an dieser Stelle nicht mehr konkurrenzfähig sind, wieder verschwinden würde, kann natürlich nicht dieselbe Bedeutung haben wie eine solche, welche dauernd und für alle Zukunft mit dem Wahlkreise verbunden ist. Für jede Vermehrung ist auch in erster Linie eine gewisse Flächenausdehnung notwendig, ja, sie ist geradezu eine Vorbedingung für die stärkere Entwicklung der Bevölkerungszahl.“

Wenn ich das anführe, so schließt das ja nicht aus, daß mit der Fortentwicklung der Verhältnisse bei zu harter Verschiebung in einzelnen Bezirken auch einmal eine andere Einteilung einzelner Wahlkreise in der Zukunft notwendig werden kann. Das ist auch im Jahre 1860 geschehen. Wir haben noch eine Vermehrung der Wahlkreise um 10 im Jahre 1906 vorgenommen, und deswegen liegt zurzeit kein Bedürfnis vor. Wir von unserem speziellen Parteistandpunkt aus brauchen uns ja auch gar nicht gegen eine Vermehrung der Wahlkreise zu sträuben; denn im Jahre 1906 haben wir an der Vermehrung um 10 Mandate für unsere Partei einen hübschen Anteil gehabt, und darum, glaube ich, würde bei einer neuen Vermehrung der Mandate unsere Fraktion wieder recht gut fahren. Aber an und für sich darf man eine solche Umänderung nicht zu häufig vornehmen, sondern erst dann, wenn durch eine erheblich fortgeschrittene Verschiebung sich ein unbedingtes Bedürfnis dafür heranstellt.“

Nach solchen Feststellungen glauben wir das Endurteil über das Nachwort des Herrn Dr. Bell, des Sprachsprosses der Zentrumsfraktion, getrost unseren Lesern überlassen zu können.

Sorgen wir dafür, daß bei den nächsten Reichstagswahlen die Abrechnung mit den ultramontanen Verrätern am Wahlrecht eine vernichtende wird!

Auf der Suche nach einer zugkräftigen Wahlparole.

Den Konservativen fehlt es an einer zugkräftigen Parole für die nächsten Reichstagswahlen; sie suchen deshalb eine zu erfinden. Am besten hat, wie die Erfahrung lehrt, bisher noch immer der Appell an das vaterländische Gefühl geholfen, die mit mehr oder minder verlogenen staatsfeindlichen Kunststücken dekorierte Behauptung, daß das deutsche Vaterland in Gefahr sei und um sich gegen seine Gegner behaupten zu können, notwendig an seine Söhne die größten Anforderungen stellen müsse. In dieser Richtung sucht man denn auch jetzt wieder nach einer schönen Wahlparole. Am perfidesten verfährt bei dieser Suche natürlich die „Post“ als würdige Vertreterin des Prozentpatriotismus der Stahl-, Panzer- und Kanonenfabrikanten. Sie stellte vor einigen Tagen an das auswärtige Amt die niederträchtige Forderung, doch bis zu den nächsten Reichstagswahlen mit einer der anderen Großmächte einen Konflikt zu provozieren, der sich dazu ausnützen ließe, das Deutsche Reich als von schweren Kriegsgefahren bedroht hinzustellen und den patriotischen Furor zu entfachen. Wie es scheint, findet diese vaterländische Gannerpolitik jedoch selbst bei einem wesentlichen Teil der Konservativen nicht die richtige Würdigung, vielmehr weil man fürchtet, aus dem leichtsinnig zu Wahlgeweden provozierten Konflikt könnte sich ein gefährlicher Krieg entwickeln. Man glaubt, auch ohne dieses Mittel den Durchschnittswähler in den nötigen Zustand der patriotischen Wessnung und Vegetierung versetzen zu können, und zwar auf folgende Weise: Die Regierung soll unter Hinweis auf die Rüstungen der Nachbarstaaten vom Reichstag beträchtliche Heeres- und Flottenvermehrungen fordern; lehnt dann der Reichstag diese Forderungen ab, so soll er ausgelöst und dann den Wählern eingepaukt werden, wenn nicht die geforderten Mittel bewilligt würden, so sei Deutschlands Bestand und Ehre aufs schwerste gefährdet.

Zu den Leuten, die es vorläufig mit diesem „Appell an das nationale Gewissen“ versuchen wollen, gehört auch der bekannte Militär- und Flottenpolitiker Generalmajor Reim. Er führt in der „Korrespondenz für nationale Politik“ aus: Die

Regierung müsse bei Ablauf des Dinauennahs ohne Rücksicht auf die Verhältnisse im Reichstag die Festigkeit besitzen, diejenigen Forderungen zu erheben zur Verstärkung unseres Landheeres, die angesichts der stets wachsenden militärischen Rüstungen Frankreichs und der im Auge befindlichen Reorganisation des russischen Heeres unbedingt nötig erscheinen. Es liegt die Gefahr vor, daß unter der Formel: „Sparsamkeit um jeden Preis“ das Maß der Forderungen ein unzureichendes werden könnte und daß aus Rücksicht auf den neuen Block, d. h. mit Rücksicht auf das Zentrum, schließlich zu bedenklichen Halbheiten gegriffen werden könnte. Dem gegenüber müsse mit aller Entschiedenheit betont werden, daß die politische, nationale und auch wirtschaftliche Zukunft Deutschlands auf schwerste gefährdet erscheint, wenn Erwägungen solcher Art bei dem Ausmaß der Militärvorlage Platz greifen könnten. Deutschland müsse unbedingt seine Streitkräfte beträchtlich vermehren, denn die anderen Mächte rüsten ebenfalls:

In anderen Ländern, wie England, Frankreich, Vereinigte Staaten von Nordamerika, selbst Italien, gilt es als selbstverständlicher Grundsatz, daß Fragen der Landesverteidigung aus dem Betriebe der Parteipolitik auszuschneiden sind. Es sind auch diesen Ländern parlamentarische Schwierigkeiten in Bezug auf die in verbindlichem Maße einzuhalten. So wäre z. B. ohne Befolgung dieses Grundsatzes es unmöglich gewesen, daß Frankreich, welches 25 Millionen Einwohner weniger zählt, als Deutschland, und dessen Nationalvermögen geringer ist als das deutsche, im Besitz eines Heeres ist, das mehr ausgebildete Soldaten aufweist als das deutsche. Geradezu beschämend ist es unter anderem für Deutschland, daß, entgegen den Bestimmungen der Reichsverfassung nur 0,85 Proz. der Bevölkerung unter den Waffen steht, während Frankreich 1,35 Proz. im Frieden ins Heer eingereicht hat. Es kann deshalb auch schon von einer wirklichen „allgemeinen Wehrpflicht“ in Deutschland nicht mehr die Rede sein, wenn man berücksichtigt, daß im laufenden Jahr nur 60 Proz. der für tauglich befundenen Mannschaften in das Heer eingeeilt werden konnten. Es muß ferner an die Tatsache erinnert werden, daß in Deutschland jährlich, während Hunderttausende von durchaus kriegstauglichen Ersatzreservisten ohne jede militärische Ausbildung bleiben, trotzdem solches gesetzlich vorgeschrieben ist. Es fehlt, wie die Regierung behauptet, an dem nötigen Geld. Auch die Übungen des Wehrdienstes finden bei uns nur in geringem Umfange als in Frankreich statt. In Deutschland werden durchschnittlich im Jahre ungefähr 350 000 Mann des Wehrdienstes eingezogen, in Frankreich beträgt diese Zahl in diesem Jahre über 600 000 Mann.

Weniger Militär, mehr Übungen der Reservisten, weniger Zurückstellungen!

Wieder hat sich der deutsche Michel nur zu oft durch bezerrigte wohlbedachte Appellationen an seinen Patriotismus einschüchtern lassen; aber schließlich dürfte auch ihm ein Licht über den Zweck der Sache aufgehen.

Die britische Arbeiterpartei über Deutschland.

London, 1. August. (Eig. Ver.)

Die Studienkommission der britischen Arbeiterpartei, die im Monat Mai dieses Jahres Deutschland besuchte, um die soziale Lage der deutschen Arbeiterklasse zu studieren, hat vor einigen Tagen ihren Bericht herausgegeben. Man wird versucht sein, einen Vergleich zu ziehen zwischen diesem von peinlicher Gewissenhaftigkeit zeugenden Werke und dem lächerlichen Sammelurteil der Tarifreformliga, das vor einiger Zeit hier besprochen wurde. Das würde aber ebenso unnützlich sein, wie etwa ein Vergleich zwischen einem modernen Präzisionsgewehr und einer alten Donnerbüchse, die ebenso gut nach vorne wie nach hinten schießen kann. Die von der Tarifreformliga geschickten Arbeiter beurteilten das, was man ihnen zeigte, mit der Oberflächlichkeit der Touristen; bei dem vorliegenden Berichte haben wir es mit den Urteilen erfahrener Gewerkschaftsführer zu tun, denen man kein A für ein U vorzuziehen und denen man eine vernünftige Beurteilung der allgemeinen Lage ihrer Klassengenossen in Deutschland wohl zutrauen kann.

Wenn an dem Bericht etwas auszusagen ist, so ist es die Fülle des wissenschaftlichen statistischen Materials, das die deutschen Gewerkschaften ihren Berufscollegen mitgegeben haben. Das verringert den agitatorischen Wert der Broschüre; denn der englische Arbeiter ist kein Freund von Zahlenregimentern. Es soll hiermit nicht gesagt sein, daß das gebotene statistische Material seinen Zweck verfehlt; im Gegenteil, der Kommissionsbericht bringt einige der frappantesten Zusammenstellungen, die von der deutschen Partei, den Gewerkschaften und von anderer Seite gemacht worden sind. Vielleicht ist die Broschüre auch in erster Hinsicht für die Bedürfnisse der Agitationsredner berechnet, die darin reichhaltige Munition gegen die Wanderredner der Schutzöllner finden werden.

Zwei Dinge müssen sich dem aufmerksamen Besucher Deutschlands einprägen: der hohe Grad der Organisation und die hohen Kosten der Lebenshaltung. So fängt der Bericht an; der Rest bildet die Erläuterung dieses Satzes.

Es ist schwer, all den zutreffenden Beobachtungen, die die Kommissionsmitglieder machen, gerecht zu werden. Lassen wir nur einige folgen:

„An der Oberfläche bieten die deutschen Städte eine Art feststehendes Aussehen. Glänzend beleuchtete Cafés mit Musikkapellen sind bis zu den frühen Morgenstunden beschäftigt, usw.“ Daß die englischen Gewerkschaftsführer hinter diesem feststehenden Prunk die karglichen Wohnungen der großstädtischen Arbeiter entdecken, braucht dem Leser wohl kaum gesagt zu werden.

Uniformen gibt es Legion, Beamte in Massen und die ungeheuren Häuserhaufen für städtische, staatliche und Reichsautoritäten lassen einen diese Tatsachen nicht vergessen. Den englischen Besuchern imponierte das Zusammenarbeiten der städtischen und staatlichen Behörden auf dem Gebiete der Sozialversicherung. Sie führen die Tätigkeit der deutschen Behörden darauf zurück, daß in Deutschland das soziale Gewissen gewedter sei als in Großbritannien; sie vergessen aber zu sagen, wer den deutschen Behörden das Gewissen schärft. Wie würde es wohl mit der Sozialversicherung aussehen, wenn die böse Sozialdemokratie nicht wäre.

In bezug auf Arbeiterfürsorge an den Arbeitsstellen sagt der Bericht:

„Die Errichtung von Bädern und sonstigen Bequemlichkeiten an den Arbeitsstellen schien uns ausgezeichnet und mag etwas mit dem reinlichen und ordentlichen Aussehen der Arbeiter zu tun haben; es kann aber auch sein, daß sie wegen dieses Umstandes geschaffen worden sind.“

Die letzte Erklärung wird wohl mehr zutreffen, als die erste. Das saubere und ordentliche Aussehen des deutschen Arbeiters, durch das sich dieser recht auffällig von seinem englischen und französischen Kollegen unterscheidet, ist ein Produkt der kulturellen Mission der Sozialdemokratie, die in der Arbeiterschaft das Klassenbewußtsein und die Menschenwürde

wach gerufen hat. Das wird sogar von ehrlichen Gegnern der Partei zugegeben. Besucher Deutschlands sind leicht geneigt, die erwähnten Einrichtungen der Gutmütigkeit der Unternehmer oder dem Reformeifer der Regierung zuzuschreiben; sie wissen nicht, wie unaufhörlich die Partei und die Gewerkschaften an der Verbesserung der Arbeiterexistenz arbeiten und gearbeitet haben.

Der Bericht zollt den deutschen Gewerkschaften und ihrer ausgedehnten publizistischen und statistischen Tätigkeit unbedingtes Lob, und man kann zwischen den Zeilen lesen, daß die englischen Gewerkschaften über die Wirksamkeit der deutschen Organisationen nicht wenig überrascht waren. Wie alle Besucher Deutschlands stimmen auch sie in das hohe Lob über die deutsche Hausfrau und speziell die Arbeiterfrau ein.

Die Arbeiterfrau hat wenig auszugeben, aber sie versteht es, mit dem Wenigen zu wirtschaften. Ihr Heim ist klein wie ihre Mittel, aber es ist gewöhnlich reinlich, obwohl die Frau in vielen Fällen den Lohn ihres Mannes vermehren helfen muß, indem sie entweder draußen oder zu Hause für Lohn arbeitet, und dabei hat sie ihren häuslichen Pflichten nachzukommen. Sie hat viele Kinder, aber trotz der spärlichen Ueberfüllung der Wohnung sind diese gewöhnlich rein und ordentlich.

Was die Kommission über die teuren Lebensmittel, Mieten und Industrieerzeugnisse zu berichten hat, wird den Lesern meist bekannt sein. Sie geht bei dem Vergleich der Preise und der Qualität der vom Volke konsumierten Waren sehr ausführlich zu Werke. Jeder Artikel wird einzeln besprochen, wie Brot, Kaffee, Butter, Tee, Fleisch, Jüder, Käse, Eier, Milch, Kartoffeln, Kohle usw. Es wird statistisch nachgewiesen, daß die Preise aller dieser Waren mit Ausnahme von Eiern, Milch und Kartoffeln im schutzöllnerischen Deutschland bedeutend höher sind als in freihändlerischen England. Auch wird gezeigt, daß die Qualität der vom deutschen Arbeiter konsumierten Ware häufig geringer ist als die vom englischen Arbeiter konsumierte. Dazu beweist der Bericht, daß die Löhne der deutschen Arbeiter geringer sind als die der englischen. Allerdings wird zugegeben, daß der Unterschied in den Löhnen der ungelerten und gelerten Arbeiter in Deutschland bei weitem nicht so groß ist als in Großbritannien. Das ist bekanntlich darauf zurückzuführen, daß die englischen Gewerkschaften es lange Zeit zu ihrem eigenen Schaden vernachlässigten, die ungelerten Arbeiter zu organisieren.

Ueberall fanden die Besucher die heftigste Opposition gegen das Schutzöllnsystem bei den Arbeitern, und auch manche Fabrikanten erklärten sich dagegen. Ueber die Stellung der organisierten deutschen Arbeiterschaft zur Zollpolitik der Regierung wird bemerkt:

„Die sozialdemokratische Partei im Parlament hat sich gegen sie erklärt und ihre Stellung formell im Parteiprogramm niedergelegt; und man sollte nicht vergessen, daß die sozialdemokratische Partei einen weit größeren Teil des deutschen Volkes vertritt, als die Zahl ihrer Vertreter im Parlament dartut; bereinigte sie doch im Jahre 1907 ein Drittel aller abgegebenen Stimmen auf sich.“

Eine Reihe von Arbeiterbudgets gibt dem englischen Arbeiter einen Einblick in den Haushalt seines deutschen Klassengenossen. Eine Anzahl Spezialberichte über die Lage der Arbeiter in verschiedenen Berufen (ungelernte Arbeiter, Güttenarbeiter, Maschinenbauer, Stahlarbeiter, Legilarbeiter, Eisenbahner und Buchdrucker) versuchen einen Vergleich zwischen der sozialen Lage und den Arbeitsbedingungen der Berufsstellungen in beiden Ländern herzustellen. Der Bericht über die Buchdrucker gibt dem ganzen einen interessanten Abschluss:

Er (der deutsche Arbeiter) wohnt in Städten mit schönen breiten Straßen, die an beiden Seiten von schmutzen, emporragenden Gebäuden begrenzt werden, aber er wird nach hinten gedrängt und zwischen diese Straßen in Mietswohnungen von zwei oder drei Räumen, für die er äußerst hohe Mieten zahlt. Seinen und der Seinen künftigen Fortschritt erschwert er von der gewerkschaftlichen und politischen Aktion und empfiehlt seinen britischen Genossen dieselbe Politik.

Die Tarifreformer hat der Bericht in nicht geringer Verlegenheit gebracht, die sich in den Kritiken der „Times“, „Daily Mail“ und anderen Blätter deutlich widerspiegelt. Denn es ist unverkennbar, daß sich der organisierte Arbeiter Großbritanniens für die Produkte des deutschen „wissenschaftlichen“ Zolltarifs höchlich bedankt.

Die Polizei gegen die Luftpioniere.

Eine preussische Behörde hat wieder einmal den tröstlichen Wensel erbrocht, daß Preußen aller Welt voran ist — in der Kunst der polizeilichen Reglementierung. Es war ja auch allerhöchste Zeit, daß jetzt, nachdem auch in Deutschland die Aviatik der Entwicklung anderer Länder schärfsten nachzujinken begann, schleunigst die Polizei gegen die allzu stürmische Eroberung der Luft ihr gewichtiges Veto einlegte. „Nur nicht drängeln“, gebietet das Schutzmannsangebot, wenn ein paar hundert Zuschauer an Wittmoos- oder Samstagabend die illuminierten Wasserfünfte in Verlinns Keinstem, aber schönstem Park, dem Viktoriapark, bewundern. „Nur nicht drängeln“ gebietet auch eine hohe Polizei, wenn ein paar kühne Luftpioniere beweisen wollen, daß der Aeroplan nicht nur dazu da ist, in ewigen Zirkusflügen oder gar durchlöcherichte Kunststücke, die gar nicht seinem Wesen entsprechen, ein Handvoll reicher Sportlungerer zu unterhalten, sondern daß er auch zum Verkehrrsmittel tauglich ist, wenn auch nur für die, die sich's leisten können, was ja übrigens in unserer besten aller Gesellschaften bei einem anderen wunderbaren Verkehrsmittel, dem Automobil, auch nicht viel anders ist. Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg hat nämlich folgende Bestimmungen erlassen:

§ 1. Der Aufstieg mit Flugmaschinen zu Schausflügen auf Flugplätzen und zu Ueberlandflügen ist nur solchen Personen gestattet, die sich im Besitze eines Führerzeugnisses für Flugzeuge nach den Bestimmungen der „Federation Aeronautique Internationale“ befinden.

§ 2. Die Veranstalter von Schausflügen oder von Ueberlandflügen haben die beabsichtigten Flüge mindestens drei Tage vorher der Ortspolizeibehörde, die für den Flugplatz oder für den Ausgangsort der Ueberlandflüge zuständig ist, anzuzeigen. Die Führerzeugnisse der beteiligten Führer sind spätestens 24 Stunden vor Beginn des Fluges der zuständigen Ortspolizeibehörde durch die Flieger selbst vorzulegen.

§ 3. Bei Ueberlandflügen ist das Ueberfliegen von geschlossenen Ortschaften verboten. Bei Schausflügen dürfen die Schranken des Flugplatzes nicht überfliegen werden.

§ 4. Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen werden, soweit nicht nach sonstigen gesetzlichen Vorschriften eine höhere Strafe verwirkt ist, mit Geldstrafe bis zu 60 M. bestraft.

§ 5. Diese Polizeiverordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft. Potsdam, den 29. Juli 1910.

Dieser Erlass enthält neben einer Reihe von Selbstverständlichkeiten auch eine geradezu barocke Bestimmung, die Preußen wieder einmal zum Gegenstand der ausländischen Laustlust machen wird. Dagegen, daß künftig nur solche Aviatiker Segeln und

Ueberlandflüge machen dürfen, die sich ein Führerzeugnis erworben haben, daß bei Schausflügen die Schranken und bei Ueberlandflügen geschlossene Ortschaften nicht überfliegen werden sollen, läßt sich nichts einwenden. Das erfordert die Sicherheit des Publikums, die durch einen vernünftigen Betrieb der Aviatik so wenig gefährdet zu werden braucht, wie durch den Automobilismus. In Frankreich sind zwar Hunderte von Ueberlandflügen ausgeführt und zahllose Male Städte und Ortschaften überfliegen worden, ohne daß sich je ein Unfall ereignete, allein die Möglichkeit der Gefährdung dritter Personen durch absitzende Aeroplane besteht immerhin. Freilich sollte man dann auch konsequenterweise das Ueberfliegen geschlossener Ortschaften durch Luftballons verbieten, denn daß auch bei diesen die Gefahr des Absturzes und der Verletzung von Menschen besteht, ist ja hinlänglich durch verschiedene Katastrophen erwiesen.

Neben diesen einwandfreien Bestimmungen ist nun aber auch die erlassen worden, daß die Veranstalter von Ueberlandflügen die beabsichtigten Flüge mindestens drei Tage vorher der zuständigen Ortspolizeibehörde anzuzeigen haben!

So etwas bringt eben nur die preussische Polizeibureaukratie fertig, der das flinke vogelartige Luftfahrzeug wohl schon längst unheimlich ist. Daß solche Ueberlandflüge, die doch aus dem treibhausmäßigen Flugplatz erst eine freie, frohliche und nützliche Kunst machen können, sich jeder vorherigen Anmeldung entziehen, weil sie von Wind, Wetter, Motor und hundert anderen Zufälligkeiten abhängig sind, das scheint unseren Oberbureaufüraten gänzlich unbekannt geblieben zu sein! Wenn der Aviatiker das einzig Vernünftige tut, nämlich ohne Rücksicht auf die gestrenge Polizeibehörde die Günst der Stunde nützt und sich unbedenklich in die Lüfte schwingt, so soll er künftig ein Strafmandat erhalten!

Es ist zu abgemacht! Auf der einen Seite unterstützt der preussische Staat die Aviatik — für die bevorstehende Flugwoche in Johannisthal hat er 18 000 M. an Preisen gestiftet — und auf der anderen Seite sucht er ihre durch unverhändliche und schändliche Polizeiverfügungen die freie Entwicklung zu unterbinden. Oder glaubt man, daß der ungeheure Vorsprung der französischen Aviatik durch polizeiliche Krähwinkelerei vom Schlage des obigen Erlasses erreicht worden ist?

Politische Ueberblick.

Berlin, den 3. August 1910.

Die Kriegsschiffverrauschung perfekt.

Wie übereinstimmend aus Konstantinopel und Berlin gemeldet wird, ist der bereits neulich abgeführte Verkauf zweier deutscher Kriegsschiffe, „Weihenburg“ und „Wörth“, an die Türkei bereits perfekt. Auch schweben bereits Verhandlungen über den Verkauf zweier weiterer Linienschiffe, des „Kurfürst Friedrich Wilhelm“ und der „Brandenburg“.

Das bedeutet nichts Geringeres, als daß die vier Schiffe der Brandenburgklasse, für die nach dem Flottengesetz von 1907, durch das das Alter der Linienschiffe von 25 auf 30 Dienstjahre herabgesetzt worden war, bis zum Jahre 1912 Ersatzbauten in Auftrag gegeben werden sollen, schon jetzt an die Türkei verkauft werden!

Das Flottengesetz erstreckt bekanntlich die Schaffung einer Schlachtflotte von 33 Linienschiffen. Nach dem neuesten „Nautikus“ für 1910 beträgt gegenwärtig unter Hinzurechnung der Schiffe der Brandenburgklasse die Zahl der fertigen Linienschiffe nur 28, während sich 11 im Bau befinden. Und trotzdem und trotz der Behauptung unserer Flottenexze, daß Deutschlands Flotte immer noch nicht stark genug sei, sollen jetzt einfach vier dieser Linienschiffe an das Ausland verkauft werden!

In einem gelegentlich marineoffiziösen Blatte wird erzählt, daß Deutschland bei diesem Verkauf ein glänzendes Geschäft mache, da die Türkei für jedes der Schiffe 10 Millionen, das heißt 50 Proz. seines Anschaffungspreises, zahlen wolle. Das glänzende Geschäft dabei aber werden unsere Panzerplattenpatrioten machen, denn es ist ganz zweifellos, daß man sich nach solcher Schwächung unserer Schlachtflotte nicht einfach mit den ja bereits bewilligten Ersatzbauten begnügen, sondern noch darüber hinaus schleunigst den Bau weiterer tieferer Schlachtschiffe verlangen wird!

Das ist um so zweifellos, als ja die Schiffe der Brandenburgklasse an Displacement und Geschwindigkeit hinter denen der Barbarossa- und Mitteldeckschiffe nur wenig zurückstehen, sie an Schwere der Armierung sogar noch übertreffen. Wenn also diese Schiffe als veraltet ins Ausland verbracht werden, so werden unsere Flottenpolitiker auch den Schiffen der Barbarossa- und Mitteldeckschiffe kaum noch einen besonderen Wert beizumessen einräumen und schleunigst für deren Abstoßung und Ersatz zu sorgen suchen!

Während also das Volk Einschränkung der Flottenrüstungen verlangt, schwächt die Regierung die Kriegsschiffe durch Verkauf geistlich verarztig, daß sie nach den Reichstagswahlen schleunigst mit einer neuen Flottenvorlage herauszurücken vermag!

Agrarische Forderungen an den neuen Landwirtschaftsminister.

Das preussische Junkertum ist trotz der riesigen Begünstigung seiner wirtschaftlichen Interessen durch die heutige Handels- und Zollpolitik noch immer nicht zufrieden. Die enormen Vorteile, die ihm in den letzten Jahren zugefallen sind, haben nur seinen Appetit vermehrt. Zwar die Agrarzölle lassen sich nicht ohne weiteres hinaufsetzen, und auch die fremde Vieheinfuhr ist durch die Grenzperre schon so spätlich geworden, daß sie für die einheimische Viehzucht nicht mehr in Betracht kommt, so bleibt zurzeit nur die Forderung, daß bei der Aufstellung des preussischen Staatshaushaltsplanes die „Landwirtschaft“, das heißt der Großgrundbesitz, noch mehr berücksichtigt wird als bisher. Tatsächlich stellt dem auch Herr Georg Hertel mit der Rognamerke ganz ungeniert in der „Deutschen Tageszeitung“ an den neuen Landwirtschaftsminister die Forderung, es müßten noch größere Summen für die landwirtschaftlichen Interessen aufgewendet werden. Er meint:

Bei dieser Gelegenheit möchten wir eine weitere Hoffnung aussprechen, die gerade jetzt in der Zeit, wo der preussische Staatshaushaltsplan vorbereitet wird, besonders zeitgemäß ist. In den letzten Jahren seit dem Rücktritt des Staatsministers v. Boddieleski ist in landwirtschaftlichen Kreisen immer laute und berechtigtere Klage darüber geführt worden, daß die Forderungen der Landwirtschaft in Staatshaushaltsplänen nicht genügend berücksichtigt wurden. Man ist über die Verwägung des ganz unbedingt nötigen nicht hinausgegangen; ja man hat hier und da eine Sparsamkeit bekundet, die im Interesse der Landwirtschaft und damit des Gesamtstaates bedauerlich war. Man hat dem Herrn v. Arnim vorgeworfen, daß er dem den Daumen auf denbeutelhaltenden Finanzminister gegenüber allzu nachgiebig gewesen

set. Ob sich die Sache so verhalten habe, wissen wir nicht. Wir wünschen aber, daß das von seinem Nachfolger nicht gesagt werden könne. Wäre er im nächsten Staat mindestens diejenigen landwirtschaftlichen Forderungen durchlegen, welche bisher schon von seinem Vorgänger als berechtigt anerkannt wurden, aber nicht Berücksichtigung gefunden sind, weil die Staatsfinanzen angeblich eine Berücksichtigung nicht gestatteten. Gewiß ist auch jetzt die Lage der preussischen Finanzen nicht besonders rosig. Aber wenn man anerkennt, beschreibend, unbedingt notwendige Forderungen der Landwirtschaft aus finanziellen Gründen nicht erfüllt, so spart man am unrechten Orte, weil man schließlich dadurch die Steuerkraft der Landwirtschaft schwächt.

Kur keine Sparsamkeit, wo das Interesse der Großgrundbesitzer in Frage kommt. Wenn auch die Staatsfinanzen eine ungünstige ist, so verzieht doch bei geschickter Handhabung die Steuerhantel noch manche Summen aus der großen Masse herauszupressen.

Noch ein Vertrauensvotum für Wasserfallmann.

Die nationalliberale Reichstagsfraktion hat dem Abgeordneten Wasserfallmann folgenden Brief zugehen lassen:

Berlin, 30. Juli 1910.

Hochverehrter Herr Wasserfallmann!

Sie sind in den vergangenen Wochen Gegenstand gegnerischer Angriffe gewesen, die Ihr, während vieler Jahre betätigtes politisches Wirken im Dienste der nationalliberalen Partei und Ihre Führung der nationalliberalen Reichstagsfraktion zum Ziele hatten.

Die Vertrauenskundgebungen aus der Partei heraus werden Ihnen zu erkennen gegeben haben, mit welcher Treue diese zu Ihnen steht.

Uns aber, den Mitgliedern der Reichstagsfraktion, ist es ebenso ein Bedürfnis, Ihnen zu sagen, welche Gefühle der Dankbarkeit wir für Ihre aufopferungsvolle Arbeit empfinden und welche ein Vertrauen wir in Ihre dem Vaterlande und der Partei dienende Führung sehen.

Wir verbinden damit den einmütigen Wunsch, daß es auch der nationalliberalen Fraktion des künftigen Reichstags vergönnt sein möge, unter Ihrer bewährten, die volle Unabhängigkeit der Partei gewährleistenden Führung in ersten Zeiten für das Wohl des Vaterlandes zu arbeiten.

Damit dürfte die Komödie ihr Ende erreicht haben. Herr Wasserfallmann, der erstlich gar nicht an einen Rücktritt gedacht hat, kandidiert wieder, er macht einen Schritt nach rechts, und alles ist wieder im schönsten Glücke — falls nicht die Wähler einen klaren Streich durch die nationalliberale Rechnung machen.

Zur angeblichen Steuerhinterziehung des Freiherrn von Richthofen.

Die „Deutsche Journalpost“ schreibt zu der gegen den Freiherrn von Richthofen erhobenen Beschuldigung der Steuerhinterziehung:

Der Abgeordnete Freiherr v. Richthofen läßt durch die „Konserbative Korrespondenz“ erklären, daß die von uns mitgeteilten Angaben des Wirtschaftsinpektors Kasten über seine Steuerverhältnisse falsch seien. Wir nehmen von dieser Erklärung Notiz, bemerken jedoch, daß die Kasten'schen Angaben als „eidesstattliche Versicherung“ dem Justizminister beziehungsweise der Staatsanwaltschaft Wienitz unterbreitet worden sind und daß die Angabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung strafbar ist, daß andererseits auch der Wirtschaftsinpektor Kasten in einer Inschrift an die „Konserbative Korrespondenz“ seine Angaben ausdrücklich erhält. Wir haben als neutrale Korrespondenz lediglich die tatsächlichen Angaben (dieser eidesstattlichen Versicherung wiederzugeben und lehnen ausdrücklich jede Auseinandersetzung über die politische Seite der Angelegenheit ab, die uns nicht interessiert. Sollte Herr v. Richthofen jedoch seine Drohung wahr machen und Klagen gegen uns vorbringen, so wird uns der Prozeß Gelegenheit geben, auf gewisse Vorgänge Bezug zu nehmen, die vor der Publikation der ganzen Sache gespielt haben und die den Ausführungen der „Kreuzzeitung“ direkt entgegenstehen, wonach wir unsere Veröffentlichung unternommen hätten, „ehe man sich durch Nachfrage an maßgebender Stelle davon überzeugt hatte, welchen Wert ihr die in Betracht kommenden Behörden beilegen“. — Aus diesem Grunde lehnen wir auch die Vorhaltungen über die journalistische Behandlung der Sache ab und stellen ausdrücklich fest, daß wir zu einem näheren Eingehen auf die Affäre erst durch Herrn v. Richthofens Erklärung in der „Kreuzzeitung“ provoziert worden sind, wonach unsere kurze tatsächliche Mitteilung zur Sache „Eine Verleumdung“ sei.

Wie die deutsche Regierung ihre Bürger schützt.

Wie wir seinerzeit berichteten, wurden in Jekaterinodar (Kubangebiet) der deutsche Reichsangehörige Truhn und sein Schwager Z. und A. Ignatowitsch in der Nacht zum 16. Mai 1908 von mehreren Polizisten ermordet. Es wurde festgestellt, daß die Ermordung auf Befehl des Polizeikommissars Golowko stattfand, der die Polizeibehörde befehligte. Obgleich in der Presse Lärm geschlagen wurde, wurden die Mörder auf Befehl des Generalgouverneurs Babitsch nicht dem Gericht übergeben und auf ihrem Posten zurückbehalten. Golowko avancierte sogar zum Gehilfen des Polizeiministers und entfaltete eine rege provokatorische Tätigkeit. Erst nachdem der Kriegszustand in Jekaterinodar aufgehoben wurde, wurden die Mörder im Juli 1909 verhaftet und dem Gericht übergeben. Wie nun mitgeteilt wird, kommt der Prozeß erst am 23. August d. J. zur Verhandlung. Wer die Mörder rufen kann, zweifelt keinen Augenblick, welchen Ausgang der Prozeß nehmen wird.

Generbestattung.

Die Generbestattung in Bayern wird nun doch zur Tatsache werden. In Nürnberg haben beide städtische Kollegien fast einstimmig beschlossen, mit einem Aufwand von 200 000 M. ein Krematorium zu bauen und das Verbrennen anzufangen, unbestimmt um das Geisetz der Ministerien.

In Preußen wird bekanntlich die Genehmigung zur Errichtung von Krematorien nicht erteilt, da höheren Orts noch immer nicht die schwierige Frage gelöst ist, ob auch die Verbrennten am jüngsten Tage auferstehen werden.

Italien.

Der Wahlsieg der Volkspartei in Genua.

Rom, 1. August. (Eig. Ber.) Bei den gestrigen kommunalen Wahlen in Genua, bei denen es sich um Erneuerung der ganzen Stadtverwaltung handelte, ist die Liste der Volkspartei mit einer Mehrheit von 3000 Stimmen durchgedrungen. Unter den Gewählten befinden sich 16 Sozialisten. Bisher lag die Stadtverwaltung der größten italienischen Hafenstadt in Händen der Alerikalen. Große Volksdemonstrationen feierten den Sieg.

Und wieder Blutvergießen.

Rom, 1. August. (Eig. Ber.) Mit gräßlicher hysterischer Einseitigkeit teilte sich in Süditalien ein Blutbad an das andere. Wieder ist Apulien der Schauplatz der Tragödie, diesmal Andria in der Provinz Bari. Der Anführer war wieder ein kommunistischer Kon-

flikt, einer von denen, bei dem die beiden herrschenden bürgerlichen Parteien sich der Menge bedienen, um ihre Zwecke durchzusetzen. Während der Wahlhandlung versuchte diese Menge das Rathaus zu stürmen. Nach der Aussage der Karabinieri hätten die Demonstranten 200 Revolvergeschosse abgegeben; aber es müssen sehr wertwürdige Schüsse gewesen sein, denn kein einziger Karabiniere ist verletzt. Die von diesen selbst abgegebenen Schüsse waren schon anderer Art und hatten andere Wirkung. Die 40 Kugeln streckten nämlich 10 Personen nieder, von denen 2 auf dem Wege zum Hospital ihren Geist aufgaben. Die übliche Enquete und die übliche überflüssige Entsendung von Militär bilden auch diesmal den Abschluß. In der Stadt Andria ist der Generalstreik proklamiert worden.

Spanien.

Der Kulturkampf.

Paris, 3. August. „Matin“ berichtet aus Rom: Im Vatikan ist bis jetzt keinerlei Entschluß getroffen worden bezüglich der Rückberufung des päpstlichen Nuntius. Die Abberufung des spanischen Gesandten beim Vatikan Ojeda kam dem Vatikan ziemlich unerwartet und hat mehr Bestürzung hervorgerufen, als man zuerst annahm. Der Kardinal-Staatssekretär bereitet den Wortlaut einer Antwortnote auf die spanische Note vor. Dieser Wortlaut wird dem Kardinal für außerordentliche kirchliche Angelegenheiten zur Gutachtung und dann dem Papste zur Unterschrift unterbreitet werden. Offiziell ist dem päpstlichen Nuntius in Madrid noch nicht zurückberufen worden.

Alerikale Demonstrationen.

Paris, 3. August. „Echo de Paris“ berichtet aus Madrid: In allen religiösen Fragen ist keinerlei Aenderung vor der Rückkehr des spanischen Gesandten Ojeda beim Vatikan abzusehen. Die Katholiken von Bilbao treffen trotz des Verbots der Regierung große Vorbereitungen zu einer ungeheuren Kundgebung am nächsten Sonntag. Sie beabsichtigen, nach San Sebastian zu gehen, um dort einen großen Demonstrationsumzug sowie andere regierungsfeindliche Kundgebungen zu veranstalten. Man glaubt, daß circa 60 000 Personen sich an diesen Kundgebungen beteiligen werden. Man befürchtet deshalb bereits ernsthafte Unruhen und hat verschiedene Militärabteilungen zum Abmarsch nach Bilbao fertig machen lassen. Die Einwohner von San Sebastian, die bekanntlich die ärgsten Gegner der Regierung in dem Kampfe mit dem Vatikan sind, haben in verschiedenen Versammlungen Beschlüsse gefaßt, dahingehend, daß sie es nicht dulden werden, daß die Regierung in ihrer Haltung gegen den Vatikan verharre. Andererseits hat ein großer Teil, namentlich der Bewohner der Umgebung von San Sebastian sich dagegen ausgesprochen, daß die Kundgebungen sich in ihrer Stadt vollziehen.

Rußland.

System Reinbott und System Stolypin.

Als der frühere Moskauer Stadthauptmann General Reinbott vor etwa 1 1/2 Jahren seines Amtes entbunden und dem Gericht übergeben wurde, war es allen klar, daß die Untersuchung gegen ihn den ganzen russischen Korruptionssumpf aufdecken würde und das ganze heutige System an den Pranger stellen würde. Die Ereignisse übertrafen aber die höchsten Erwartungen. Die Regierung sah sich nicht nur gezwungen, im Anschluß an die Moskauer Senatorenrevision ähnliche Revisionen im ganzen Reiche zu veranstalten, sie steht nun auch als Hauptangeklagte vor, und der General Reinbott an der Hand offizieller Dokumente die ärgsten Anklagen vorhält und die Heuchelei des herrschenden Regierungssystems an den Pranger stellt.

General Reinbott hat dieser Tage eine ausführliche Antwort auf die gegen ihn erhobenen Anklagen veröffentlicht, die als eminent wichtiges Dokument dienen kann. Man kann es General Reinbott nicht verübeln, wenn er sich auf den Standpunkt stellt, man dürfe die Verdrehungen, die er begangen, nicht auf sein Konto stellen, da er doch nur Fleisch vom Fleische und Blut vom Blute des herrschenden Regierungssystems getrunken sei. Er bestätigt damit nur die Richtigkeit der Anschauungen in der sozialistischen Presse, die den liberalen Heuchlern entgegenstellt, daß das System Reinbott nur die logische Konsequenz des russischen Scheinkonstitutionalismus war, die sich nur durch größere Inzucht und rücksichtslosere Gewalt von dem „vorinstitutionellen“ Absolutismus unterschied. General Reinbott ist aber noch ein weiteres. Um sich reinzuwaschen, deckte er rücksichtslos die Treibfedern der Politik Stolypins auf und veröffentlichte eine Reihe von Geheimdokumenten, die nicht nur in geschichtlicher Hinsicht von eminenter Bedeutung sind.

Von allen Anklagen gegen Reinbott seien drei verschiedene Gruppen hervorgehoben: Begünstigung der Hazardklubs, Begünstigung des Vordelwesens, Unterschlagung und falsche Buchung von staatlichen Geldern. Ueber die Hazardklubs, die unter General Reinbott in allen Ecken der Stadt aufblühten und ungeheure Summen für ihn abwarfen, schreibt der frühere Stadthauptmann folgendes: Er habe bei seinem Dienstantritt gegen die Klubs angekämpft, aber die Veranlasser und Mitglieder derselben hatten „große Verbindungen, die sich bei jedem Konflikt mit ihnen rührten“. Dasselbe schreibt er über seinen anfänglichen Kampf gegen das Vordelwesen. Er habe eine „höchst autoritative Verwarnung“ erhalten und einen Brief des Ministers des Inneren Tschow an den Moskauer General-Gouverneur, in welchem seine Verfügungen aufgehoben wurden. General Reinbott sah aus diesen Anzeichen, daß das Vordelwesen und das Hazardspiel von Petersburg aus begünstigt wurden und ging nun mit ruhigem Bewußtsein an die materielle Ausbeutung dieser Geldquellen.

Auch die Unterschlagungen und falschen Buchungen wurden ihm von Petersburg aus vorgeschrieben. General Reinbott zitiert eine Verfügung des Polizeidepartements, in welcher ihm empfohlen wurde, fiktive Ernennungen zu vollziehen, um für die ernannten Personen aus dem Finanzressort Pensionen zu erhalten, wobei ihm aus Herz gelegt wurde, dieses recht unbemerkt zu inszenieren. Aber vor allem war es der Kampf gegen die Vordelbewegung, die, nach General Reinbotts Angaben, die Administration zu Fälschungen und Unterschlagungen trieb. Er schreibt: „Freie Mittel sind einer der mächtigsten Faktoren, die die Position der Regierung festigen und ihr Ansehen stärken.“ Und da er von der Zentralregierung den Auftrag erhalten hatte, die reaktionäre Bewegung im außersibirischen Rußland zu unterdrücken, so raffte er, wo nur möglich, Gelder zusammen, um die Polizei zu verbühligenden und die Ladspitzelei und Spionage auf die Höhe zu bringen.

Interessant ist, was General Reinbott über die Haltung der Regierung vor der Sprengung der ersten Duma mitteilt. Am 30. Juni 1906 oder fast einen Monat vor der gewaltigen Auflösung der Duma, wurde er nach Petersburg berufen, um dem Ministerpräsidenten Gorenowitsch über die Lage in Rußland Bericht zu erstatten. Hierbei — so schreibt er — erklärte mir der Minister Stolypin, daß es im Prinzip beschlossene Sache sei, die Reichsduma zu schließen, aber daß man gerade für Rußland fürchte, da Unruhen in der Residenz einen ungünstigen Eindruck in Europa auslösen und auf unsere Finanzen zurückwirken könnten.

Am 19. Juli, d. h. zwei Tage vor der Auflösung der Duma, wurde Reinbott wieder nach Petersburg berufen, wo Stolypin ihn wieder fragte, ob er im Falle der Auflösung der Duma für die Ordnung in Rußland sorgen könne. Auf die Angaben seiner Spione und Ladspitzelei gestützt, gab General Reinbott eine beruhigende Antwort.

Am 8./21. Juli wurde Reinbott durch das Telegramm unter Nr. 39063 in Kenntnis gesetzt, daß die Reichsduma am folgenden Tage aufgelöst werden würde, und daß er die energischsten

Mahregeln zur Unterdrückung von Unruhen ergreifen müsse. Um sich zu überzeugen, welche Bedeutung Rußland beigemessen wurde, muß erwähnt werden, daß der Minister des Inneren den Befehl erteilte, ihm täglich über die allgemeine Situation in Rußland und den Stand der Prozentigen Rente an der Moskauer Börse telephonisch Bericht zu erstatten.“ General Reinbott schließt die Schilderung der damaligen Situation mit dem Hinweis auf die Einführung der Feldgerichte, „wo der Administrator eigentlich schon durch die Unterzeichnung des Papieres wegen der Ueberweisung der Angelegenheit an das Feldgericht das Todesurteil besiegelte.“

Aus der Verteidigungsschrift Reinbotts hört man deutlich heraus, daß er über die „Unabänderlichkeit“ empört ist, mit welcher die Regierung Stolypin gegen ihren treuesten Diener, gegen ihren Helfershelfer in der Zeit der Not vorgeht. Seine Entfaltungen bilden eine wertvolle Ergänzung zu allem, was über das Regierungssystem Stolypin bekannt geworden ist. Eben darum haben sie in den Petersburger Regierungskreisen eine ungeheure Erregung hervorgerufen und selbst die halbhoftische „Nowoje Wremja“ zu dem Ausruf veranlaßt: „warum haben die Beschüßer von Befehl und Recht ihre Revision nicht auf die Tätigkeit der zentralen Organe ausgedehnt, die in den veröffentlichten Dokumenten berührt wird, und welche ein Bild werden wird erwidern, wenn man einmal die Revisoren selbst revidieren wird?“

Aus Industrie und Handel.

Die Konzentration in der elektrotechnischen Industrie.

Seit der großen Konzentrationsbewegung in der Elektrizitätsindustrie, die gewissermaßen die drei großen Konzerne: A. E. G., Siemens-Schuckert und Kelten u. Guillaume-Lahmeyer, zu Beherrschern des Marktes machte, hat sich die Marktlage wesentlich verändert. Die Bergmannwerke sind als Mitbewerber für größere Projekte auf dem Plane erschienen und verfügen heute bei einer dreifachen Rentabilität über ein höheres Aktienkapital als das Frankfurter Stammhaus der Lahmeyergruppe. Die Berliner Maschinenbau-Aktiengesellschaft Schwanenlopp hat im letzten Jahrzehnt ihre elektrische Abteilung zu großer Leistungsfähigkeit ausgebaut, und auch eine Reihe anderer Firmen beläuft mit ihren Erzeugnissen wieder den Markt. Insbesondere hat die Schweizer Aktiengesellschaft Brown, Boveri u. Cie. mit ihrem Streben nach Erweiterung ihres Absatzgebietes in Deutschland durch ihre Interessensverteilung, die Brown, Boveri u. Cie., Aktiengesellschaft, in Mannheim, seit Jahren einen starken Preiskampf in der deutschen Elektrizitätsindustrie hervorgerufen. Zwar bestanden zwischen den drei großen Konzernen immer noch Vereinbarungen über die Preisfrage, die aber bei dem Wettbewerb anderer Firmen außer Kraft getreten und nur dort Anwendung finden konnten, wo die drei Konzerne allein zum Wettbewerb aufgefordert waren. Während die Rentabilität des verbenden Aktienkapitals der beiden größten Konzerne gesteigert werden konnte, hat sich das Geschäftsergebnis der Lahmeyer-Gesellschaft in letzter Zeit ungünstiger gestaltet, zumal gerade in ihrem Interessengebiet sich der Wettbewerb von Brown, Boveri u. Cie. sehr stark bemerkbar machte. Das beste Geschäft, das die Lahmeyer-Gesellschaft jemals gemacht hat und das ihren Ruf als ausführende Firma in erster Linie befestigte, war der Vertrag über den Bau und den Betrieb als Pächter des Charlottenburger Elektrizitätswerkes. Es ist ein offenes Geheimnis, daß der Frankfurter Firma aus diesem Geschäft jährlich in den letzten Jahren hohe Gewinne zuströmen, die die Dividende um mehr als 1 Proz. beeinflusst haben. Am 1. August hat die Stadt Charlottenburg das Elektrizitätswerk nach Ablauf des Vertrages in eigene Verwaltung übernommen, so daß diese Einnahme für das Rechnungsergebnis der nächsten Jahre fortfällt. Die Abstimmung bei der Frankfurter Firma über die jegliche Marktlage wurde noch durch das Aufhören der Interessengemeinschaft zwischen Dresdener Bank und Schaffhausen'schem Bankverein, den Stützen der Elektrizität für die Lahmeyergruppe, und durch die Kostspieligkeit der Vertretungen im Auslande verschärft. Andererseits empfinden auch die beiden größten Konzerne den Wettbewerb von Brown, Boveri u. Cie. immer stärker. Die A. E. G. scheint den Plan einer Angliederung dieses Unternehmens völlig aufgegeben zu haben, da sie neben dem Erwerb von mehr als der Hälfte der Aktien der Bank für elektrische Unternehmungen in Zürich ihren Besitz von 4 200 000 Franz. Aktien der ersten Gesellschaft abgestoßen hat. Es ist anzunehmen, daß sich zwischen A. E. G. und Brown, Boveri u. Cie. durch die neue Transaktion infolge des größeren gemeinschaftlichen Interessengebietes beider Firmen ein scharfer Kampf abspielen wird. Ferner scheinen die Verhältnisse auf dem österreichischen Markte ebenfalls mitgesprochen zu haben. Neben der Errichtung eines Kabelwerkes in Wodenbach durch Bergmann hat sich neuerdings auch Brown, Boveri u. Cie. zu einem Vordringen nach Oesterreich entschlossen, zumal da hier der Ausbau der Wasserkraft und die Elektrifizierung der Bahnen immer festere Formen annimmt. Durch die Gründung der österreichischen Brown-Boveri-Werke und die Uebernahme der Fabrik der Vereinigten Elektrizitäts-Gesellschaft hat die Schweizer Firma in Oesterreich Fuß gefaßt, wo die beiden großen deutschen Konzerne durch die österreichischen Siemens-Schuckertwerke und die Aktiengesellschaft für elektrische Bedarf interessiert sind. Durch die Verflechtung mit der Lahmeyergruppe bekommt die A. E. G. in Oesterreich direkte Beziehungen zu den der Lahmeyergruppe gehörenden Werken.

Eine Abfindung.

Der Aufsichtsrat der Hohenlohe-Werke-Aktiengesellschaft hat beschlossen, einer auf den 16. September einzuberufenden Generalversammlung die Ausgabe von 32 Mill. Mark neuen, ab 1. April 1910 dividendendberechtigten Inhaberkartien vorzuschlagen, welche als einmalige Gesamtabfindung des Fürsten zu Hohenlohe für die ihm nach seinem Vertrage mit der Gesellschaft dauernd zuziehenden Jahresrente von 3 Mill. Mark dienen sollen.

Ernteschätzung für Winterroggen 1910.

Das Königl. Statistische Landesamt hat eine vorläufige Ernteschätzung veranlaßt, nach welcher sich für Preußen folgende Daten ergeben:

Voranschätzlicher Ertrag pro Hektar im ganzen in Lothar	1909 wurden geerntet	1909 geschätzte Mittelernnte pro Hektar
1,78	8 311 541	1,63

Wenn man berücksichtigt, daß die vorjährige Ernte außerordentlich groß war und die damalige Schätzung von 1,63 pro Hektar hinter der diesjährigen mit 1,78 erheblich zurückblieb, dann haben wir wieder mit einer sehr guten Ernte zu rechnen.

Nachlassen der Weizen- und Weizenpreise. Interessentenkreise sind geschäftig dabei, durch allerhand Stimmungsbilder und unkontrollierbare Nachrichten ein erneutes Hinaufstreben der Getreidepreise zu erzielen. Den Hausmachern dürfte folgende Meldung sehr unlegen kommen:

Paris, 2. August. (Meldung der Agente Havas.) Laut amtlichen Nachrichten dürfte ein leichtes Nachlassen der Preise von Weizen und Weizen erfolgen. Die Aufwärtsbewegung hat anscheinend ihren Höhepunkt erreicht. Angesehene Landwirte sind der Ansicht, daß die Ernte noch 82 Millionen Zentner ausmachen und damit noch um vierzehn Millionen größer sein wird als im Krisenjahre 1897. Es ist also kein Grund zur Beunruhigung vorhanden, und die hohen Weizenpreise, die in Paris festgesetzt sind, werden nur von kurzer Dauer sein.

Gewerkschaftliches.

Die Justiz hilft immer!

Sie hilft auch gegen die Ausgesperrten. Geht es nicht mit dem einen Paragraphen, dann mit einem anderen. Wechselt nicht mit dem § 153 der Gewerbeordnung, dann tut noch der § 153 der Gewerbeordnung, dann tut noch der § 153 der Gewerbeordnung. Das hat sich jetzt in Dortmund wieder gezeigt. Da wurde ein Verbandsfunktionär verurteilt, weil er einen Verbandskollegen zur Pfllichterfüllung ermahnt hatte. Der Fall liegt wie folgt: Als die Bauarbeiterausperrung beendet war, hielten es die Unternehmer im Dachdeckerberuf für an der Zeit, ihre Gehilfen auszusperren. Unter den verschiedenen Maßregeln, mit denen der Gewaltstreik der Unternehmer beantwortet wurde, befand sich auch der Beschluß der Gehilfenorganisation, daß die in Arbeit verbleibenden Kollegen während der Dauer der Aussperrung höhere Beiträge zur Organisation leisten sollten. Ein nicht ausgesperrtes Verbandsmitglied weigerte sich beharrlich, seinen Verpflichtungen nachzukommen, infolgedessen wurde er von einem Verbandsfunktionär wiederholt zur Erfüllung seiner Pflicht ermahnt. Das half aber nichts, vielmehr ging der Pflichterfüllung sogar schief. Der Herr, der die Ausschüsse der Bauarbeiterausperrung beendete, hatte nichts eifrigeres zu besorgen, als eine Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft einzureichen mit dem Erfolg, daß der Funktionär wegen Vergehen aus § 153 der Gewerbeordnung unter Anklage gestellt wurde. In der Verhandlung am Dienstag wurde die Anklage aus diesem Paragraphen zwar fallen gelassen, doch erfolgte Verteilung wegen Nötigung zu vierzehn Tagen Gefängnis. — Zu erwähnen ist noch, daß der Unternehmer Wille vor Gericht erklärte, daß er vom Arbeitgeber die strikte Weisung erhalten habe, zwei bestimmte Gehilfen auszusperrn. Das hat der Staatsanwalt nun gehört. Er hat also antilich davon Kenntnis erhalten, daß sich die Mäcker vom Arbeitgeber gegen § 153 der Gewerbeordnung verbündet haben. Hoffentlich läßt die Anklage gegen die Herren nicht auf sich warten. Denn Klassenjustiz gibt es doch in Preußen-Deutschland nicht.

Berlin und Umgegend.

Der Arbeitswillige im Sarge.

Die streikenden Schmiede versammelten sich am Mittwochmorgen wieder bei Boeler in der Heberstraße. Sie ringen nach dem Ergebnis einer Statistik, die am Dienstag aufgenommen worden war. Am besten sieht es in Charlottenburg aus, wo von 23 Werkstätten 15 leer stehen und die übrigen 8 Werkstätten nur 16 Arbeiter haben. Im allgemeinen ist keine Änderung im Stand der Dinge zu bemerken. Wenn auch die Zahl der Streikbrecher nicht geringer geworden ist, so ist doch andererseits die Unzufriedenheit der Meister mit der Situation immer größer geworden, was sich in einzelnen Gruppenversammlungen deutlich genug bemerkbar machte. Die Streikenden sind immer noch bereit, die Hand zum Frieden zu bieten, wie aus der Diskussion in der Versammlung am Mittwochmorgen wieder hervorging. Nach einer längeren Beratung wurde auch ein Vorschlag erwogen, den Vorsitzenden des Gewerbegerichts, Herrn von Schulz, um seine Vermittlung zu ersuchen. Für diesen Vorschlag fand sich auch eine Majorität und die Streikkommission wurde beauftragt, die entsprechenden Schritte zu unternehmen und eventuell als Verhandlungskommission zu dienen. Wenn die Meister den Frieden wollen, dann ist ihnen damit die beste Gelegenheit geboten, alle vorhandenen Differenzen einem Unparteiischen zu unterbreiten.

Einerlei macht noch darauf aufmerksam, daß der Arbeitsnachweis in der Mulackstraße auch fernerhin streng zu werden sei. Zu dem Heberfall durch einen Streikbrecher, der im „Vorwärts“ schon richtig dargestellt worden ist, bemerkte Eising, daß der „Schwerverletzte“, gegen dessen Angriffe ein Streikender sich angebenlich wehren mußte, bereits wieder in Arbeit steht. Zur Erleichterung der Versammlung wurde unter anderem mitgeteilt, daß ein Arbeitswilliger aus Angst vor den Streikposten eine Gelegenheit wahrgenommen und sich in einem Sarge aus einem Torweg herausgetragen lieh.

Achtung, Friseurgehilfen! Beilegt sind die Differenzen bei Sauerwald, Rirsdorf, Sanderstr. 16; geregelt ferner Birkow, Pletzenstr. 23. Desgleichen in Reinickendorf-West Gahde, Scharnweberstr. 37, Gens, Altr. 1, Heinrich, Eichbornstr. 50, Fischer, Berliner Str. 6, Schulz, Humannstr. 26 und Linke, Golländerstraße 129.
Verband der Friseurgehilfen, Zweigverein Berlin und Vororte.

Differenzen bei der Glasfabrik (Altiengeseellschaft) Straßau.

In der Straßauer Glasfabrik sind Differenzen ausgebrochen. In dem Betriebe war es jeden Sommer üblich, an besonders heißen Tagen, wo die Hitze im Betriebe unerträglich wird, eine Stunde früher Feierabend zu machen. Am letzten Montag lehnte die Direktion das entsprechende Ansuchen der Arbeiter einfach ab. Darauf beschloffen die Arbeiter des Betriebes, die Arbeit um 3 Uhr einzustellen. Die Folge davon war, daß dem Vertrauensmann der Arbeiter kurzerhand gekündigt wurde.

Der Direktor hat sich nun zwar bereit erklärt, die Gewerkschaftskommission, die angerufen worden ist, zu empfangen, doch werde dies an seinen getroffenen Beschlüssen nichts ändern. Eine Betriebsversammlung war sich darin einig, daß alle Mann für Mann hinter ihrem gemäßigtesten Kollegen zu stehen hätten und die Wahrnehmung mit der Gesamtkündigung beantwortet werden müsse. Zentralvorsitzender Griebig ermahnte die Anwesenden, zu warten, bis die Gewerkschaftskommission verhandelt und auch der Hauptvorstand eine Entscheidung gefällt habe.

Auf den geäußerten Wunsch aus der Mitte der Versammlung, daß Griebig den Verhandlungen beizuwohnen möge, wies Griebig auf den Umstand hin, daß im Ringe der Flaschenfabrikanten der Beschluß steht, mit ihm, Griebig, nicht zu verhandeln.

Die Abstimmung ergab, daß 133 Stimmen für und 4 Stimmen gegen die Kündigung waren. Jedoch soll mit der Einreichung der Kündigung gewartet werden, bis die Gewerkschaftskommission mit der Direktion verhandelt hat. Die Verhandlung soll Freitagmittag stattfinden.

Differenzen in der Glasbleicherei Fertig u. Co., Berlin. Bei der Firma Fertig u. Co., Berlin, Fruchtstr. 2, sind Differenzen ausgebrochen. Die Firma hat sämtliche organisierte Glasbleicher entlassen und jede Verhandlung mit der Organisationsleitung abgelehnt. Es wird dringend ersucht, daß alle Glasbleicher und Polierer diese Firma meiden.

Deutsches Reich.

Formen und Kernmacher.

Auf dem Eisenhüttenwerk Kaula bei Weiskauer in Schlesien schieben Formen und Kernmacher seit sieben Wochen im Streik. Die

Firma bemüht sich, in ganz Deutschland Arbeitswillige nach dort zu locken. Zugang ist fernzuhalten.

Dachdeckerstreik in Magdeburg.

Seit dem 1. August befinden sich die Dachdecker im Streik. Anlaß bot die Ablehnung des Ertragens an die Unternehmer zwecks Regulierung der Lohnverhältnisse mit den Arbeitern in Unterhandlung zu treten. Bereits im vorigen Jahre wurde diese Forderung abgewiesen, dieses Jahr wurde die Lohnfrage bis in den Herbst verschleppt. Der durchschnittliche Stundenlohn beträgt zurzeit 45 Pf. In dem neuen Vertrage ist der Stundenlohn auf 48—46 Pf. festgesetzt, außerdem soll der Lohn für Invaliden und Junggeheuer, der freien Vereinbarung überlassen bleiben. Aus der ganzen Sachlage ergab sich deutlich der Wille der Unternehmer, die Lohnfrage zu verschleppen. Dem Ausstand der Dachdecker haben sich die Hilfsarbeiter angeschlossen. Zugang von Dachdeckern und Hilfsarbeitern ist fernzuhalten.

Die Gipserbewegung in Stuttgart.

die am 6. April mit einer teilweisen Aussperrung der organisierten Gipsler ihren Anfang nahm, hat nunmehr nach 16wöchiger Dauer ihr Ende erreicht. Die Arbeit wurde am 1. August wieder aufgenommen. Ein unparteiisches Schiedsgericht fällte einen Schiedsspruch, dem sich beide Teile im wesentlichen unterworfen haben; kleinere Differenzen wird das Zentralschiedsgericht in Karlsruhe erledigen. Der Stundenlohn wurde im Minimum um 6 Pf. erhöht und beträgt für 1910 62—67 Pf., für 1911 63—68 Pf. und für 1912 65—70 Pf. Die gewöhnlichen Höchstsätze gelten für Stuckaturen als Mindestsätze. Für Heberlandarbeit werden Zuschläge bis zu 2 M. pro Tag bezahlt. Die Arbeitszeit bleibt 10 Stunden; es ist aber ausdrücklich festgelegt, daß eine Verfürgung gleichzeitig mit einer solchen im übrigen Baugewerbe zu erfolgen hat. Wenn die Erfolge dieser ganzen Bewegung nicht noch bessere sind, so lag das daran, daß infolge der allgemeinen Bauarbeiterausperrung wenig Gipsarbeit vorhanden war; auch hatten sich im Laufe des Kampfes viele Elemente gefunden, die den streikenden Kollegen in den Rücken fielen.

Achtung! Zugang fernhalten!

Metallarbeiter und Metallschleifer. Die Firma Otto Griebig & Co., Baubeschlägefabrik in Elsterwerda, sucht Schleifer. Da in dem bezirklichen Differenzen wegen Maßregelung bestehen, ist jeder Zugang fernzuhalten.

Maschinen- und Heizer. In der Victoria-Brauerei in Stettin drohen ernste Differenzen auszubrechen, die eventuell zum Streik führen können. Zugang von Maschinen- und Heizern nach Stettin ist streng fernzuhalten.

In Sommerfeld (i. L.) haben die Maschinen- und Heizer in Gemeinschaft mit den Textilarbeitern Forderungen an den Fabrikantendirektor sowie die einzelnen Unternehmer eingereicht. Auch hier drohen ernste Differenzen auszubrechen. Der Zugang von Maschinen- und Heizern nach Sommerfeld i. L. sowie den übrigen Orten der Lausitz ist streng fernzuhalten.

Gasarbeiterstreik in Nordhausen.

Die Arbeiter der Nordhäuser Gasanstalt befinden sich im Streik. Sie verlangen Abschluß eines Tarifvertrages und Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Pf., Gewährung eines Sommerurlaubs, früheren Arbeitslohn um eine Stunde an den Vorabenden der drei gesetzlichen Feste und Bezahlung der Heberstunden. Der Vertrag soll auf 3 Jahre festgelegt werden; während der letzten 2 Jahre soll aber eine weitere Lohnhöhung von 5 Pf. eintreten. Nachdem der Vertreter der Organisation abgewiesen war, wurde von den Arbeitern das Gewerbeamt als Einigungsamt angerufen. Dies lehnten die Gasmagnaten angeblich auf Weisung der Generaldirektion in Dessau ab. Am Dienstag teilte die Direktion den Arbeitern mit, sie sollten bis Mittwoch, den 3. August, ihre Arbeitspapiere und den rückständigen Lohn in Empfang nehmen und das Werkzeug abliefern. Damit glaubt die Direktion, die Arbeiter lockern zu können. Die Ausständigen halten aber zusammen und sind überzeugt, daß die Direktion ihren bescheidenen Wünschen Rechnung tragen muß. Die Direktion macht riesige Anstrengungen, um Arbeitskräfte aus Dessau, Erfurt, Gotha usw. zu erhalten. Einige irreführende Arbeiter haben Nordhausen bereits den Rücken gekehrt. Unten Estorte der Polizei dürften die Arbeitswilligen sich die schwersten Ausschreitungen gegenüber den Streikenden erlauben. — Zugang ist nach wie vor fernzuhalten.

„Der Hofenarbeiter“ erscheint ab 1. Juli nicht mehr, weil durch den Zusammenschluß der Verbände im Transportgewerbe für die Hofenarbeiter usw. der „Courier“ obligatorisches Verbandsorgan geworden ist.

Die Arbeiter auf den Lübecker Holzlagerplätzen (Kastarbeiter), mehr als 3000 an der Zahl, sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern eine Erhöhung des Stundenlohnes um 7 Pf. Die Holzimporteure wollen jedoch nur 2 Pf. bewilligen. Der Lohn beträgt jetzt 41 Pf. Wenn die Unternehmer auf ihrer Weigerung beharren, wollen die Arbeiter in den Streik treten. Sie sind fast alle organisiert, teils im Transport-, teils im Fabrikarbeiterverband.

Ausland.

Differenzen in der Glasindustrie.

In Flensburg sind die Hilfsarbeiter der Flaschenmacher mit einer Forderung von 2 M. auf 2,50 M. pro Tag an die Firma herangetreten. Die Firma hat diese Forderung abgelehnt. Daraufhin hat die Firma verlangt, daß die Flaschenmacher Streikbrecherarbeit leisten sollen. Das haben die Flaschenmacher abgelehnt und daraufhin hat die Firma die Dosen gelockt. Es sind dadurch 130 Flaschenarbeiter arbeitslos geworden.

Aus der Frauenbewegung.

Vom badischen Volksschulgesetz.

Haben Schulfragen für unsere Genossinnen schon im allgemeinen ein hohes Interesse, so insbesondere, soweit es sich dabei um das weibliche Geschlecht handelt. Aus diesem Grunde geben wir nach der „Gleichheit“ den vorwiegend in Betracht kommenden Bestimmungen des neuen badischen Volksschulgesetzes hier Raum. Das Gesetz enthält u. a. die Neuerung, daß die Volksschule für die Mädchen von 7 auf 8 Jahre erhöht worden ist.

In Vauernkreisen entrüstet man sich sehr darüber, daß der Unterricht der Mädchen um ein achttes Schuljahr verlängert worden ist. Die Zentrumspresse machte sich zum Fürsprecher der gegenwärtig rückständigen Auffassung, daß ein theoretischer Elementarunterricht für das weibliche Geschlecht einer Zeitverschwendung gleichkomme; die Mädchen bedürften nur der Unterweisung im Stricken, Nähen, Waschen und Kochen. Die übrige Zeit müßten sie zur Arbeit in Haus und Feld verwenden. Ein lattholischer Blatt bezeichnet den jetzt eingeführten achtjährigen Schulbesuch der Mädchen als eine geschliche Vorrichtung zur Schädigung der Sittlichkeit und Gesundheit der in der Entwicklung (Pubertät) befindlichen weiblichen Jugend.

Zu einer geschlichen Festlegung der Unentgeltlichkeit des Unterrichts mit obligatorischer Lieferung der Lernmittel kam es nicht. Das neue Gesetz bestimmt nur, daß die „für unbemittelte Kinder“ (siel) zu machenden Aufwendungen aus Gemeindegeldern nicht als Armenunterstützung gelten dürfen.

In der örtlichen Schulaufsicht muß der erste Lehrer jeder Volksschule vertreten sein. Man hat nicht der Forderung der Lehrerinnen entsprochen, daß unter der Zahl der Frauen, welche in

Gemeinden mit über 6000 Einwohnern offiziell bis zu einem Viertel in der Ortschulbehörde vertreten sein können, auch Lehrerinnen sein müssen. Zu befragen ist die obligatorische Bestellung eines Schularztes als sanitätspolizeiliches Mitglied der Ortschulbehörde in Gemeinden mit zehn oder mehr Lehrstellen; an anderen Orten kann diese Bestellung erfolgen. Von Kerzinnen ist leider nicht die Rede.

In der besondern Schulleitung (Rektorat) wirken die „ersten“ Lehrer mit und erhalten dafür Dienstzulagen; der Regierungsentwurf forderte hier den „Ausschluß der Frauen“. Die Kammer hat ihn sanktioniert, doch gestattet gnädig das Gesetz die Verwendung von Lehrerinnen an solchen Schulabteilungen, die nur von Mädchen besucht werden. Der Lehrerinnenverein hatte gegen die Einschränkung der Weizung weiblicher Lehrkräfte protestiert und eine Vermehrung der Hauptlehrerinnenstellen gefordert. Ein sozialdemokratischer Antrag hatte die Verwendung von Frauen an Volksschulen mit mindestens zwei Lehrstellen verlangt. Die Kommission hatte dies jedoch abgelehnt und die Kammer besteht es bei einer platonischen Empfehlung des Entgeltkommens an die Lehrerinnen in der Praxis. Der Antrag des Vereins der badischen Lehrerinnen, daß unter den Frauen, die zu Mitgliedern der Schulkommission ernannt werden, auch Lehrerinnen sein sollen, blieb unberücksichtigt. Ebenso lehnte man einen Antrag der Lehrerinnenkonferenz ab, daß die Mitglieder des Schulkollegiums der größeren Städte mindestens zu zwei Dritteln von den Lehrerinnen und Lehrerinnen selbstständig zu wählen sind. Neu ist die Bestimmung, daß beide Geschlechter rechtlich gleich sind, soweit das Gesetz für die Lehrerinnen nicht besondere Festsetzungen vorsieht. Die Lehrerinnen für weibliche Handarbeiten und Hauswirtschaftslehre sind nun aus ihrer niederen in die mittlere Klasse der staatlich Angestellten aufgerückt; bei etatsmäßiger Anstellung erhalten sie jetzt 1250 bis 1650 Mark Jahresgehalt und ein Wohnungsgeld.

Das Einkommen der etatsmäßigen Hauptlehrerschaft bewegte sich bisher zwischen 1500 und 2500 M., jetzt sind die Grenzen 1800 und 3200 M.; für die Hauptlehrerinnen beträgt das Maximum aber nur 2400 M. Diese erhalten freie Wohnung, diese nur eine bestimmte Mietzinsentschädigung. Die badische Lehrerschaft wird nach Grundfähen besoldet, wie sie im Tarif der Staatsbeamten für Aktuar- und Gerichtsschreiberstellen gelten, und den Frauen gegenüber herrscht obendrein das kapitalistische Prinzip der erhöhten Ausbeutung ihrer Arbeitskraft durch niedrigere Entlohnung für gleiche Leistungen. Der badische Vorkurs gewährt im Zeichen des Großbols nur (wie bisher) folgendes an Tolozanz: Die Volksschüler, deren Eltern keiner der gesetzlich anerkannten Religionsgemeinschaften angehören, sind zur Teilnahme an Religionsunterricht nicht verpflichtet; religionsfreie Eltern können die gleichen Unterrichts von der Verpflichtung für ihre Kinder erziehen. In anderen Fällen kann die Befreiung der Kinder vom Religionsunterricht im Wege des Dispenses erfolgen. Die bisherige Praxis gestattete in viel freierer Weise den Eltern, ihre Kinder vom Religionsunterricht der Volksschule fernzuhalten. Jetzt ist dies an den Nachweis geknüpft, daß die Eltern aus der Konfession in allen Form ausgetreten sind. Die Austrittserklärung, die vor dem Bezirksamt zu geschehen hat, bereitet der Arbeiterschaft manchen Schwierigkeiten. Viele badische Lehrer und Lehrerinnen mühen fernerhin gegen ihre Heberzeugung Bibelunterricht erteilen. Wästen wurde in Baden für nur 85 Kinder Befreiung vom Religionsunterricht verlangt; für Tausende wäre sicher die Forderung erhoben worden, wenn die Eltern von ihrem Rechte Kenntnis gehabt hätten.

Veranstaltungen.

Zentralverband der Hausangestellten. Donnerstag, den 4. August, abends 8 1/2 Uhr, in den Industriestädten, Weststr. 20 I. Mitgliederversammlung. Vortrag von Frä. Gertrud Hanna: „Stellenvermittlung“.

Sonntag, den 7. August. Ausflug nach Siefelma, Restaurant „Seidetrug“. Abfahrt 3.10 Bahnhof Zoologischer Garten. Gäste willkommen.

Veranstaltungen.

Zentralverband der Maschinen- und Heizer sowie Berufsgenossen. Die Generalversammlung des Verbandes — Verwaltungsstelle Groß-Berlin — fand am Sonnabend in den „Arminenhallen“ statt. Nach dem Geschäftsbericht, den der Vorsitzende Schwittau erstattete, hatte der Verband in den ersten sechs Monaten dieses Jahres mit zahlreichen Schwierigkeiten zu kämpfen, die vielfach aus den Grenzreitigkeiten mit anderen Verbänden erwuchsen. Die Verhandlungen, die der Verband für seine Mitglieder in manchen Betrieben, besonders aber in Brauereien, führte, wurden dadurch zuweilen recht empfindlich gestört. Der Redner empfahl, eine lebhafte Agitation unter den Kollegen in den verschiedenen Betrieben zu entfalten. Wünschenswert sei es auch, die Bezirksversammlungen ausfallender zu gestalten. In den zwei Quartalen dieses Jahres wurden abgehalten: 10 Verwaltungsversammlungen, 2 Generalversammlungen, 3 außerordentliche Generalversammlungen, 1 Agitationsversammlung (mit Vortrag), 51 Betriebsversammlungen, Sitzungen von Kommissionen usw., 10 Kartellungen. In 41 Betriebsungen, die während dieser Zeit stattfanden, handelte es sich zum Teil um den Abschluß von Tarifverträgen, besonders mit den Brauereien. Nach dem Kasienbericht, den D. Holz erstattete, betragen die Einnahmen im zweiten Quartal d. J. 11 109,90 M., die Ausgaben 10 316,70 M., mithin wurde eine Reineinnahme von 793,20 M. erzielt. Unter den Ausgaben stehen für Unterstützungen verzeichnet: an Arbeitslose 1798,96 M., an Kranke 1941,14 M., in Streitfällen 257,48 M., bei Maßregelungen 250,88 M., in Sterbefällen 465 M., für Rechtschutz 146,55 M. Den Bericht über die letzten Verhandlungen mit dem Kassierer wurde Decharge erteilt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Metallarbeiterstreik auf den Hamburger Werften.

Hamburg, 3. August. Nachdem die Heberzeilen und der Verein deutscher Schiffswerften die Forderungen der hiesigen Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes abgelehnt haben, haben die Arbeiter in einer heute abend abgehaltenen Versammlung mit großer Mehrheit beschlossen, morgen die Arbeit einzustellen.

Der Streik umfaßt etwa 7000 bis 8000 Arbeiter. Die Arbeiter der kleineren Reparaturwerften werden dem Streik nicht beitreten, da sie keine Forderungen gestellt haben.

Tödlicher Absturz eines Aviatikers.

Brüssel, 3. August. (S. H.) Der heutige letzte Akt des Flugmeetings in Stokel endigte mit einem eufischen Zwischenfall. Der Aviatiker Mart kürzte infolge eines plötzlich eintretenden Windstoßes aus 100 Meter Höhe mit seinem Apparat sich um 6 Uhr abends außerhalb der Fliegerbahn. Der ungeheuren Zuschauermenge bemächtigte sich eine fürchterliche Aufregung. Auch der Aviatiker Orlis laeger hatte große Schwierigkeiten beim Landen, sein Apparat fiel ebenfalls einen Augenblick in Gefahr. Orlis laeger hatte bereits im Laufe des Nachmittags einen Apparat vollständig zertrümmert. — Der verunglückte Kinet war die längste Dauerleistung in dieser Flugwoche ausgeführt und hatte der Sieger des Flugmeetings in Bezug auf die Dauerflüge.

Erst vor wenigen Wochen ist ein Bruder des tödlich verunglückten Kinet dem gleichen tragischen Geschick zum Opfer gefallen. Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Hus der Partei.

Aus badischen Organisationen. In einer Konferenz des 43. badischen Wahlkreises (Breiten-Sinsheim) wurde am vergangenen Sonntag Genosse Richard Horter, Gauleiter des Maurerverbandes in Mannheim, wieder als Kandidat zum Reichstag aufgestellt. Die Konferenz beschäftigte sich auch mit dem Verhalten der Landtagsfraktion in der Budgetfrage und mit der Hofgangerei. Genosse Horter beurteilte, wie er das auch schon vorher in der Mannheimer Versammlung getan hatte, scharf die Stellung der Fraktion und verlangte, daß Disziplin gehalten und alle Beteiligung an höfischen Zeremonien zu unterbleiben habe. Von einem Beschluß wurde abgesehen, um die Lage der Landtagsfraktion nicht unnötig zu erschweren, und weil man hofft, daß die Budgetbewilliger einsehen lernen, daß sie als Zugehörige zu einer Kampfpartei sich den aufgestellten Kampfesregeln zu unterwerfen haben. Wie unangenehm der Verlauf der Konferenz, auch ohne daß eine Resolution gefaßt wurde, den Budgetbewilligern ist, zeigt die verblüffende Tatsache, daß unsere badischen Parteiblätter bis heute, Mittwoch, darüber noch keinen Bericht gebracht und auch die Aufstellung Horter zum Reichstagskandidaten mit keiner Zeile erwähnt haben.

In Ludwigshafen wurde nach langer Debatte eine Resolution des Genossen Prüll, die eine scharfe Beurteilung der Stellung der Wadener Fraktion enthielt, gegen 34 Stimmen abgelehnt, dahingegen bei zahlreichen Stimmholungen mit 78 Stimmen die Resolution Fischer angenommen, die sich darauf beschränkt, eine Aenderung des Nürnberger Beschlusses zu verlangen und die badische Frage gar nicht erwähnt. Derselbe lautet:

„Die Frage der Budgetbewilligung kann nur eine Frage der Taktik sein. Da sich die Taktik aber nach den gegebenen politischen Verhältnissen der verschiedenen Bundesstaaten zu richten hat, so ist eine generelle Regelung der Frage durch Parteitagbeschlüsse nicht im Interesse einer einheitlichen, gezielten Entwicklung unserer Partei gelegen. Die heutige Versammlung hält daher den Beschluß des Parteitages zu Nürnberg betreffs der Budgetbewilligung für verfehlt; sie erachtet es im Interesse der Einheit der Partei für erforderlich, daß jener Nürnberger Beschluß wieder aufgehoben und die Frage der Budgetbewilligung als Sache der einzelnen Landesparteien erklärt wird.“

Die bürgerliche Presse wird auch die Annahme dieser Resolution als einen großen Sieg der Revisionisten feiern, denn es liegt im Interesse der bürgerlichen Parteien, den Streit innerhalb unserer Partei zu schüren.

In Lauchringen fand am Dienstag eine Versammlung des sozialdemokratischen Vereins statt, die einen bewegten Verlauf nahm. Abgeordneter Ronsch referierte über seine Tätigkeit im badischen Landtage und die Budgetbewilligung. Der Abg. Franke und andere Parteigenossen traten ihm entgegen. Eine Resolution, welche sich für die Budgetbewilligung aussprach, wurde mit 34 gegen 12 Stimmen angenommen. Der Abg. Ronsch stellte darauf das Mandat seinen Wählern zur Verfügung, doch nahm er von einer Mandatsniederlegung Abstand, als er ein Vertrauensvotum der Versammlung erhielt.

Nach dem Bericht des Karlsruher „Volkstreu“ erhielt die badische Landtagsfraktion ein Vertrauensvotum in Friedrichheim, wo eine vom Genossen Leitz eingetragene Mißbilligungsresolution abgelehnt wurde. Genosse Leitz legte darauf sein Amt als Vorsitzender nieder. Vertrauenskundgebungen wurden ferner angenommen in Mörsh und Sigen. In Oberkirch dagegen wurde eine Zustimmungserklärung mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt. Der Delegierte zum badischen Parteitag, Genosse Foudereuz, beurteilte scharf die Zustimmung zum Budget. In Drombach wurde die Zustimmung zum Budget gebilligt und in einer Resolution die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses gefordert, dagegen die Hofgangerei verurteilt.

Der Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Hof-Münchberg-Raila-Selb (Bayern) nahm in seiner am 31. Juli stattgefundenen Generalversammlung auch Stellung zur Budgetfrage, die das Interesse ist, da auch der Kandidat dieses Kreises, der bayerische Landtagsabgeordnete Genosse Simon-Nürnberg, hierzu sprach. Wir entnehmen dem Bericht folgendes: Ueber den Parteitag in Magdeburg referierte Genosse Plumtritt, der sich kurz über die einzelnen zur Beratung stehenden Punkte aussprach und dann auf die Budgetfrage zu sprechen kam. Er kritisierte scharf den Disziplinbruch der badischen Land-

tagsabgeordneten, deren „positive Aktivität“ soweit geht, daß sie die Parteitagbeschlüsse einfach für Null erachten und lieber einen Skandal heraufbeschwören, als daß sie als Sozialdemokraten die Disziplin wahren und im Interesse der Arbeiterklasse eine grundsätzliche Politik verfolgen. Mit diesen Genossen muß ein ernstes Wort gesprochen werden, damit solche Skandalösen, die Einheit der Partei schädigenden Vorkommnisse für die Zukunft unmöglich sind. Redner geht hierauf noch auf die Großblodpolitik ein und schlägt zum Schluß folgende Resolution zur Budgetfrage vor:

„Die heute tagende Wahlkreis-Generalversammlung des Wahlkreises Hof-Münchberg-Raila-Selb verurteilt den durch die Zustimmung zum Budget von der badischen Landtagsfraktion begangenen Disziplinbruch aufs entschiedenste, da dadurch die Einheit der Partei aufs schwerste geschädigt wird. Durch ihre Zustimmung hat die Fraktion nicht nur dem Klassenkampf ein Vertrauensvotum ausgestellt und dadurch das sozialistische Endziel preisgegeben, sondern sie hat auch durch ihre Teilnahme an höfischen Kundgebungen den republikanischen Charakter der Partei verhöhnt und das demokratische Gefühl der Genossen verletzt. Die Versammlung erwartet deshalb vom Parteitag in Magdeburg, daß er Maßnahmen trifft, die solche parteischädigenden Vorkommnisse ein für allemal unmöglich machen. Gleichzeitig muß der Parteitag ausdrücklich betonen, daß im Reichstag wie in den Landtagen nur das proletarische Klassenkampfprinzip die Grundlage des Handelns der sozialdemokratischen Vertreter bildet.“

Genosse Simon führte zur Budgetfrage aus: Welches sind die Gründe, die die Genossen in Baden für ihren Disziplinbruch angeben. Sie sagen, daß die Stellungnahme des Zentrums und der Konservativen gegen das Ministerium und insbesondere gegen Minister Bodman die Ursache ihres Handelns bilde. Sie erklären ferner, daß das Gemeindegewaltgesetz gescheitert wäre, wenn sie das Budget verweigert hätten. Das trifft nicht zu. Es ist meiner Auffassung nach eine Zurechnung der Wähler, wenn man das Gemeindegewaltgesetz in Verbindung bringen will mit dem Budget, ganz abgesehen davon, daß niemand dem jetzt gescheiterten Gemeindegewaltgesetz eine Träne hätte nachzuweinen brauchen, wenn es zu Fall gekommen wäre. Würde das Budget abgelehnt worden sein, dann würde der Minister Schwierigkeiten bekommen haben. Aber ich frage mich, sollen wir, um einem bürgerlichen Minister, um einen Minister, der die sozialdemokratischen Parteiangebörigen anders behandelt, als die Mitglieder anderer Parteien; der erklärt, kein Sozialdemokrat könne Bezirksrat werden, sollen wir uns, um dem Minister Schwierigkeiten zu ersparen, in unserer eigenen Partei Schwierigkeiten bereiten?

Der Genosse Plumtritt hat es als einen Skandal bezeichnet, und ich kann auch kein anderes Wort hierfür finden. In einer Zeit, die zweifellos die günstige für uns ist, wo die innere Einmütigkeit, die feste Geschlossenheit der Partei jedem Parteigenossen alles sein muß, dieser Einmütigkeit sich alles andere unterordnen muß, in diesem Augenblick schaffen unsere Genossen in Baden eine Parteifrage, die nun auf dem Parteitag nicht mehr eine Frage für oder gegen das Budget, sondern eine Frage der Disziplin ist. (Sehr richtig!) Was wir von jedem von Ihnen verlangen und im Interesse der Einheit der Partei verlangen müssen, gefasste Beschlüsse zu halten, das müssen wir um so mehr von den Genossen verlangen, die sich an leitender Stelle befinden, die die Ehrenposten der Partei besetzen. Es wird behauptet, in Süddeutschland — und dazu gehört ja auch Bayern — lägen die Verhältnisse ganz anders als in Norddeutschland, die süddeutschen Staaten hätten gewissermaßen eine demokratische Verfassung und die Regierungen seien ganz andere als in Norddeutschland. Ich gebe ohne weiteres zu, daß unsere Regierungen in Süddeutschland bessere Diplomaten sind wie die Norddeutschen, daß sie nicht so poltern, wie man das von den Ministern des norddeutschen Staates, insbesondere Preußen, gewohnt ist; aber glauben Sie sicher, in ihrem inneren Wesen unterscheiden sich die Minister in Süddeutschland um kein iota von denen in Norddeutschland. (Sehr richtig!) Es sind die Vertreter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und ihre ganze Handlung richtet sie ein, um der bürgerlichen Gesellschaftsordnung zu dienen und alles, was auf eine Umänderung dieser sozialkapitalistischen Ordnung hinführt, das, was wir wollen, das wird selbstverständlich auf den schärfsten Widerstand stoßen in jenen Kreisen. Es muß darauf stehen, denn aus dem Grunde sind sie ja die Vertreter der bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Ich spreche es offen aus, wie die Dinge bei uns in Deutschland liegen, wir haben ja kein parlamentarisch organisiertes Land. Wie ist der bayerische Minister

v. Wehner vor die Abgeordneten hingetreten und hat sie belogen! Der Minister v. Wehner wird solange Minister bleiben, als es dem Regenten gefällt, die Abgeordneten haben nicht die Macht und den Einfluß, diesen Minister verschwinden zu lassen. Und so wie in Bayern, so liegen ja die Dinge überall in allen Bundesstaaten. Aber, Parteigenossen, wir als Sozialdemokraten, die wir auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, wir dürfen auch in unseren Handlungen die große Masse keinen Augenblick darüber im Zweifel lassen, daß wir mit diesem Klassenkampf nichts gemein haben. (Sehr richtig!) In dem Augenblick, wo wir das Budget bewilligen, geben wir Teile unseres Programms preis und versuchen der Masse begreiflich zu machen, als ob alles ganz schön und gut in dieser gegenwärtigen Gesellschaftsordnung sei. (Sehr gut!) Es wird behauptet, in Süddeutschland kann man nicht arbeiten, wenn man nicht so arbeitet, wie es die Wadener getan haben, die große Masse würde es gar nicht verstehen. Wer hat denn in Bayern von der großen Masse des Volkes der Sozialdemokratie einen Vorwurf gemacht, weil sie das Budget abgelehnt hat? Unsere Gegner, Genoss, unsere Gegner haben uns in Versammlungen vorgeworfen: „Ihr stellt ja Forderungen und verweigert die Mittel dazu!“ Das muß aber ein schlechter Agitator sein, der in dieser Beziehung mit dem Gegner nicht fertig wird und es der Masse nicht begreiflich machen kann, was uns trennt. (Lebhaftes Bravo!) Unsere ganze Stokraft, unsere ganze Macht, die wir bisher zu entfalten in der Lage waren, liegt begründet in dem einmütigen, geschlossenen Vorgehen, in der geübten Disziplin. (Sehr richtig!) Wir kannten keine badische, keine württembergische, keine bayerische, keine sächsische, keine preussische, sondern wir kannten bisher nur eine deutsche geeinte sozialdemokratische Partei, darauf beruht unsere Macht und unsere Stärke. (Lebhaftes Bravo!) Wären Sie nach Frankreich, wo jeder Führer sein eigenes Fraktionschen, sein eigenes Programm hat. Glauben Sie denn, es würde in Deutschland nicht auch so kommen? Wollen wir uns aber einer solchen Gefahr der gegenseitigen Bekämpfung aussetzen, oder wollen wir unsere Macht benutzen, um gemeinsam gegen den gemeinsamen Feind vorzugehen? Die Ursache des Zerfalls des Liberalismus liegt in seiner Verfälschung, weil jeder Führer glaubt, tun zu können, was er persönlich für gut hält. Sie haben keine Rücksicht genommen auf ihre Wählermassen und wir sind im Begriff, das gleiche zu tun. Hier ist es notwendig, klare Bahn und reinen Tisch zu machen. (Sehr richtig!) Wenn ein Teil der Genossen glaubt, daß sie nicht mehr mit den Grundfragen des Sozialismus gehen können — nun gut, wir halten niemand —, dann sollen sie die Konsequenzen ziehen. Aber solange sie Sozialdemokraten sind, können wir verlangen, daß sie die Beschlüsse des Parteitages hochhalten. Ich möchte Sie nur ersuchen, die Resolution einstimmig anzunehmen. (Lebh. Beifall.) Die Resolution wurde hierauf einstimmig angenommen. Es wird einstimmig beschlossen, als Delegierten zum Parteitag in Magdeburg den Genossen Plumtritt zu schicken.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Viefelsfeld-Biederbrunn fand am Sonntag, den 31. Juli, in Viefelsfeld statt. Der Verein hatte im ersten Halbjahr 1910 zu verzeichnen an Einnahme inklusive 4140,02 M. Kassenbestand 10 742,88 M. Die Ausgabe betrug 8998,59 M., so daß am 30. Juni ein Kassenbestand von 1743,79 M. zu verzeichnen war. An Beiträgen wurden eingenommen 6088,80 M. An den Parteivorstand wurden in dem Halbjahr abgeführt 1217,36 M., für Agitation wurden ausgegeben 3718,06 M., inklusive 1529,46 M. für die Landtagswahlwahl. Die Einnahmen im ganzen Geschäftsjahre 1909/10 betragen 14 440,14 M., gegen 11 867,60 M. in 1908/09 und 12 584,24 M. in 1907/08. Die Ausgaben betragen 1909/10 18 697,52 M. gegen 13 505,52 M. in 1908/09 und 12 338,68 M. in 1907/08. Am 1. Juli wird ein Beitrag von 30 Pf. (weibliche 15 Pf.) erhoben, bisher betrug der monatliche Beitrag 20 Pf. (weibliche 10 Pf.).

Der Verein hatte am 30. Juni 5115 männliche und 450 weibliche, im ganzen 5565 Mitglieder in 17 Ortsgruppen. Das bedeutet eine Zunahme von 601 (518 männlichen, 178 weiblichen) Mitgliedern im letzten Jahre. Die Wahlrechtsmonate namentlich brachten den Zuwachs.

Zur Maifeier wurden 8096 Karten umgesetzt und ein Ueberschuß von 1332,42 M. erzielt. Dieser Betrag wurde dem Maifeierfonds überwiesen.

Die Abonnementzahl der „Volkswacht“ im Kreise ist um 200 gestiegen; sie beträgt jetzt über 8500. — Anwesend auf der Generalversammlung waren 145 Delegierte und Parteifunktionäre. Bei der „Stellungnahme zum Parteitag in

effant sind die Angaben Niederles über die Bildungverhältnisse bei den einzelnen slavischen Völkern. Die Tschechen übertreffen mit 93,77 Proz. Schreibkundiger alle anderen Slawen, am weitesten die Russen, die fast 80 Proz. Analphabeten aufweisen.

Notizen.

— Musikchronik. Der langjährige Primarius des Frankfurter Streichquartetts, Professor Hugo Heermann, hat sich in Berlin niedergelassen und mit Jacques van der, dem Mitglied des Holländischen Trios, ein Streichquartett begründet, in dem Maximilian Ronis die zweite Geige und Ernst Drees die Bratsche übernommen haben. Das Quartett wird zum ersten Male in der Saison 1910/1911 vor die Öffentlichkeit treten.

— Ein neues Drama von Thoma. Wie der „Frankf. Zeitung“ aus München berichtet wird, hat Ludwig Thoma ein neues Lustspiel geschrieben, das auf dem Sommertheater in Rottach am Tegernsee von einer bayerischen Truppe aufgeführt werden wird. Das Stück, ein Einakter, heißt „In der ersten Klasse“ und spielt im Eisenbahnzug, den der bayerische Landtagsabgeordnete Kaiser bestiegt und belebt. Das Lustspiel, eine humorvolle zeitgeschichtliche Satire, ist auf dem gleichen fruchtbaren Boden wie die „Medaille“ gewachsen. Der Landtagsabgeordnete Josef Fischer ist bekanntlich eine stehende Figur, die Thoma für den „Simplicissimus“ geschaffen hat.

— Die Winenschiffahrt Europas. Rußland steht mit der Länge seiner schiffbaren Wasserstraßen unter den Ländern Europas obenan. Es besitzt 92 910 Kilometer, wovon 6000 künstlich angelegt sind. In einem großen Abstand folgt Deutschland mit 18 070 Kilometern. Die befahrbaren Wasserläufe Frankreichs machen 12 580, Oesterreich-Ungarns 6400 Kilometer aus. In England sind die meisten Wasserstraßen in Privatbesitz; ihre Länge ergibt 6250 Kilometer. In den Niederlanden existieren 2000 Kilometer natürliche und 3200 künstliche Schiffstraßen, Schweden besitzt 5100, Belgien 2805 Kilometer. Sehr gering ist der Besitz Italiens an schiffbaren Flüssen oder Kanälen.

— Ehrliches Heilmittel in der Praxis. Ein endgültiges Urteil über das neue Ehrliche Syphilisheilmittel kann, wie hier des öfteren betont wurde, erst nach längerer Praxis abgegeben werden. Die bisherigen Erfahrungen sind durchweg überaus günstige. Nur zwei Assistenten an der Prager Universitätsklinik wollen, schädliche Nebenwirkungen beobachtet haben, die nach ihrer Ansicht zur Vorsicht mahnen sollten. Demgegenüber wird von zahlreichen anderen Ärzten, darunter hervorragenden Spezialisten wie Reich-Wien, Reiser-Wrocław, die günstige Einwirkung des Mittels hervorgehoben und etwaige unangenehme Nebenwirkungen als vermeidbar hingestellt. — Inzwischen sind auch weitere Fortschritte in der schmerzlosen Einspritzung des Mittels gemacht worden.

Kleines feuilleton.

Robin über seine Bildniskunst. „Ich habe mein Bestes getan; ich habe niemals gelogen. Ich habe niemals meinen Zeitgenossen geschmeichelt. Meine Väter haben oft mißfallen, weil sie immer sehr einfach waren. Sie haben sicherlich ein Verdienst: die Wahhaftigkeit. Möge sie ihre Schönheit sein!“ In diesen Worten saß Auguste Robin, der große französische Bildhauer, Bekennnisse über die Kunst der Porträtmalerei überhaupt und über seine eigene Bildniskunst zusammen, die Paul Gsell in der „Revue“ veröffentlicht. Er stellt die Ähnlichkeit als eine der wichtigsten Forderungen hin, die man bei einem Porträt oder einer Büste erheben muß. Dem wahren Künstler ist eine Ähnlichkeit in höherem Sinne unerläßliche Hauptbedingung. „Gibt der Künstler nur die oberflächlichen Züge wieder, wie es auch die Photographie kann, führt er mit Genauigkeit die verschiedenen Einzelformen einer Physiognomie aus, ohne sie zu einem Charakter zusammenzufassen, dann verdient er durchaus nicht, daß man ihn bewundere. Die Ähnlichkeit, die er erstreben muß, ist die der Seele: auf sie allein kommt es an. Mit einem Wort: alle Züge des Gesichts müssen ausdrucksvoll sein, d. h. fähig, das innere Gesicht zu enthüllen.“ Robin zeigt dann an einer Reihe von Meisterbüsten des von ihm hochverehrten Rodon, wie der echte Künstler in seinem Porträt die anschaulichste Biographie des Dargestellten entwirft, wie in ihnen die Zeit, die Rasse, der Verus und persönliche Charakter des einzelnen erklärt werden. In der Gegenwart stehen dieser großzügigen Erfassung der Porträtkunst schwere Hemmnisse entgegen; die schwersten rühren her — vom Auftraggeber. Durch eine selbst- und widerige Fügung müht sich derjenige, der sein Porträt bestellt, damit ab, das Talent des Künstlers, den er gewählt hat, zu bekämpfen. Es ist sehr selten, daß ein Mensch sich so sieht, wie er ist, und selbst wenn er sich kennt, ist es ihm unangenehm, wenn ein Künstler ihn wahrhaftig darstellt. Er will in seiner banalsten und gleichgültigsten Erscheinung vorgeführt werden. Er will eine offizielle oder gesellschaftliche Marionette sein. Ihm ist es vor allem um den Verus zu tun, den er ausübt, um den Rang, den er im Staate einnimmt; sie verdecken ihm völlig den Menschen, der in ihm ist; es liegt ihm wenig daran, daß man in seiner Seele laßt.“ Die Menschen auf den Bildern des Tizian oder des Velasquez stellen nicht solche Ansprüche an den Künstler. Aber die Menschen von heute sind so geartet, daß sie Furcht vor der Wahrheit haben und die Lüge anbeten. Dieses Widerstreben gegen die künstlerische Wahrheit enthüllt sich selbst bei unseren klügsten Zeitgenossen.“ Für Robin, der das Schöne im Wahren sucht, gibt es keine konventionelle Anspornung an den Zeitgeschmack;

auch in der Porträtdarstellung hat er sich stets an den natürlichen Ausdruck, an das rein Menschliche gehalten.

Die Verbreitung der Slawen. Am Ende der Völkerwanderung hatten die Slawen ein weit größeres Gebiet inne als heutzutage. Nach ihren heutigen Sitten können sie unterschieden werden in Nordwestslawen, Südslawen und Ostslawen. Die erstgenannten umfassen die Volksstämme der Polen, der Tschechen mit den Slowaken, der Kaschuben und Slowinen in Westpreußen und Pommern; der Sorben in der Ober- und Niederlausitz; Serbo-Kroaten, Slowenen und Bulgaren bilden die Südslawen, während die Ostslawen in Russen (Groß- und Weißrussen) und Ruthenen (Kleinrussen, Ukrainer) zerfallen. Ein genaues geographisches und statistisches Bild dieses zeitgenössischen Slawentums gibt das vor kurzem zu Prag erschienene Werk Lubow Niederles „Die slawische Welt“, das eine empfindliche Lücke ausfüllt, denn seit 70 Jahren, seit einer 1842 erschienenen „Slawischen Ethnographie“, ist keine derartige Statistik mehr aufgestellt worden. Für das Jahr 1900 gibt Niederles rund 138 1/2 Millionen Slawen an. An diesen 138 1/2 Millionen haben die Russen mit rund 94 Millionen den größten Anteil, den zweitgrößten die Polen mit rund 17 500 000 Köpfen. Tschechen und Slowaken gab es im Jahre 1900 rund 9 800 000, Serbo-Kroaten 8 550 000. Auf die Bulgaren fielen 5, auf die Slowenen 1 1/2 Millionen. Die Zahl der Lausitzer Sorben (Wenden) betrug 150 000.

Für das Jahr 1910 setzt Niederles schon 156 bis 157 Millionen als Gesamtzahl der Slawen an, wobei er einen jährlichen Zuwachskoeffizienten von 1,4 Proz. berücksichtigt. Mit 156 Millionen wäre das Slawentum an Zahl dem Deutschland um 76 Millionen voraus, denn nach der neuesten Statistik beträgt die Gesamtzahl der Deutschen 80 bis 80 1/2 Millionen. Was die Vermehrung der einzelnen slawischen Völker angeht, so ist sie am geringsten bei den Tschechen, die gegenüber den anderen Slawen einen Rückgang der Geburten zu verzeichnen haben. Der tschechische Zuwachs steht überhaupt unter dem Durchschnitt der anderen Völker, und die angebliche große Fruchtbarkeit der Tschechen ist also nur eine Legende. Dagegen herrscht bei den Russen ein starker Ueberschuß an Geburten (48 : 1000) über die Todesfälle (34 : 1000). Rußlands Bevölkerung nimmt demgemäß alljährlich um zwei Millionen zu. Ebenfalls starke Vermehrung weisen die Polen auf; eine genaue Statistik darüber ist allerdings sehr schwierig, weil sie sich auf drei Staaten verteilen. Gering ist die Bevölkerungszunahme bei den Slowenen, dagegen weisen die Serbo-Kroaten nach den Polen die härteste Zunahme in Oesterreich auf, besonders in Dalmatien. Sehr stark zurück gingen die Sorben der Lausitz, die Reste des einst mächtigen Wendenvolkes. 1880 gab es noch 175 000, heute zählt man nur noch 108 000. Die völlige Isolation begünstigt ihre Germanisierung. Das Serbische kann sich nach Jagic nur halten, solange Deutschland dies ethnographische Werk bewahrt. Unter

Der Schloffer Karl Hamann hatte sich gestern vor der 5. Strafkammer des Kgl. Landgerichts I wegen öffentlicher Beleidigung und Gefangenensbefreiung zu verantworten. Er war in erster Instanz wegen Beleidigung des Schuhmanns Bandelow zu 60 M. Geldstrafe verurteilt worden, weil dieser Schuhmann beschwor, daß der Angeklagte ihm in der Nacht zum 20. März 1910, während er sich in der Ausübung seines Berufes befand, zugerufen habe: „Wir wollen ja bloß nicht, daß Du mit laputten Knochen nach der Wache kommen sollst, sonst würden wir Dir was anderes zeigen“, und weil der Schuhmann ferner beschwor, daß der Angeklagte ihn fortgesetzt mit seinen Anien gegen das Gefäß getreten habe. Von der Anklage der Gefangenensbefreiung war Hamann freigesprochen worden, weil das Amtsgericht annahm, daß er dem Schuhmann nur seine Willkür über die Sistierung habe ausdrücken, nicht aber den Gefangenen, den der Schuhmann gemacht hatte, habe befreien wollen. Auch in der Verhandlung in der Berufungsinstanz beschwor der Schuhmann wiederum, daß der Angeklagte ihm die erwähnten Worte zugerufen und ihn mehrfach mit seinen Anien gegen das Gefäß getreten habe. Trotz aller Vorhaltungen des Verteidigers Dr. Kurt Rosenfeld blieb der Schuhmann bei seiner Aussage und stellte jeden Irrtum über die Persönlichkeit des Täters in Abrede.

Das Gericht beschloß dann, die von der Verteidigung geladenen Entlastungszeugen zu vernehmen, deren Abhörung das Schöffengericht abgelehnt hatte. Vier einwandfreie Zeugen beschworen, daß der Angeklagte mit dem fraglichen Täter nicht identisch sein könne, sie seien die ganze Zeit über mit dem Angeklagten zusammen gewesen, und er sei ruhig mit ihnen des Weges gegangen, ohne etwas Strafbares zu tun.

Bei solchem Widerspruch zwischen der Aussage des Schuhmanns und der Aussage der anderen Zeugen mußte auch der Staatsanwalt die Anklage fallen lassen und die Freisprechung beantragen. Diefem Antrage schloßen sich der Verteidiger und das Gericht an, und der Angeklagte wurde freigesprochen.

Der Fall zeigt wieder einmal, welchen Wert eine Schuhmannsaussage hat, auch wenn der Schuhmann mit Bestimmtheit seine Behauptungen macht und unter seinem Eide jeden Irrtum für ausgeschlossen erklärt.

Ein Versicherungsschwindel.

durch welchen zahlreiche kleine Leute recht empfindlich geschädigt worden sind, beschäftigte die 7. Ferienkammer des Landgerichts I. Wegen wiederholten Betruges war der Generaldirektor Karl Peter angeklagt. — Der Angeklagte, welcher aus irgendwelchen Gründen sich den hochtönenden Titel „Generaldirektor“ zugelegt hat, war bis vor einiger Zeit Agent und Vertreter der „Allgemeinen Kranken-Versicherungskasse“ in Chemnitz. Als er von dieser aus gewichtigen Gründen entlassen wurde, nahm er die Vertretung der „Deutschen Kranken- und Unterfürsorgekassen“ in Kassel an. Bald nachdem er diese Stellung angetreten hatte, erließ er an seine bisherige Kundschaft ein Rundschreiben, in welchem er mitteilte, daß die Chemnitzer Kasse wahrscheinlich aufgelöst werden würde, da sie nicht mehr zahlungsfähig sei. Er teilte den Betreffenden mit, daß es deshalb besser sei, wenn sie ihren Eintritt bei der Kasseler Kasse anmelden würden und spiegelte ihnen vor, daß er die Lösung der Verträge mit der Chemnitzer Kasse selbst, und zwar völlig kostenfrei erledigen würde, so daß sie keinerlei Beiträge mehr zu zahlen hätten. Eine große Anzahl von Personen ließ sich auch verleiten, das Anmeldeformular für die Kasseler Kasse zu unterschreiben. Bald darauf erfuhr sie jedoch, daß sie von dem Angeklagten gründlich hineingelugt worden waren, da dieser gar nicht berechtigt war, die Verträge mit der Chemnitzer Kasse zu lösen und jenen Schwindel nur inszeniert hatte, um neue Provisionen einzubehalten. Die Folge war, daß zahlreiche Personen lange Zeit hindurch doppelte Beiträge an beide Kassen zahlen mußten. — Das Gericht erkannte mit Rücksicht darauf, daß es sich um ein recht dreistes Schwindelmandel handelte, auf eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten. Ein wegen Beihilfe mitangeklagter Untertagent wurde dem Antrage des Staatsanwalts gemäß freigesprochen.

Ungültige Polizeivorschrift über den Straßenhandel.

Angesichts der Bestrebungen, durch Polizeiverordnungen den Straßenhandel zu beschränken, ist eine Entscheidung des Kammergerichts von Bedeutung, durch die eine Vorschrift der Kieler Straßenpolizeiverordnung für ungültig erklärt worden ist. Der § 39 der erwähnten Verordnung vom 11. August 1906 bestimmt: Personen, welche auf öffentlichen Straßen Waren (Fische, Gemüse, Obst usw.) von einem festen Stande oder auf andere Weise verkaufen wollen, bedürfen der polizeilichen Erlaubnis. Dagegen hatte der Händler Rizuzius insofern verstoßen, als er, dem der Straßenhandel nur vermittelst eines zweirädrigen Handbrenns gestattet worden war, seine Ware von einem mit Pferden bespannten Fuhrwerk aus in den Straßen Kiels feilhielt. — Das Landgericht in Kiel als Berufungsinstanz sprach ihn frei und erklärte die angezogene Bestimmung für ungültig. Es führte aus: Der § 39 der Straßenpolizeiverordnung in der mitgeteilten Fassung mache von einer Erlaubnis abhängig ganz allgemein das Verkaufen von Gegenständen auf der öffentlichen Straße. Damit verleihe die Verordnung das Gebiet der verkehrspolizeilichen Regelung. Eine solche polizeiliche Vorschrift sei ungültig.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und machte geltend, die Bestimmung solle nur dazu dienen, es der Polizeibehörde zu ermöglichen, in jedem einzelnen Falle dem Händler zu sagen, unter welchen Bedingungen er den Straßenhandel ausüben dürfe. Ein Verbot des Straßenhandels habe die Polizei damit nicht bezweckt. Tatsächlich sei auch noch keinem Händler in Kiel die Erlaubnis verweigert worden. Damit sei zu rechnen. Deshalb sei die Bestimmung gültig und gültig.

Das Kammergericht verwarf aber die Revision der Staatsanwaltschaft als unbegründet. Mit Recht habe das Landgericht die Bestimmung für ungültig erklärt. Die Ortspolizeibehörde dürfe nicht so weit gehen, daß sie im allgemeinen den Straßenhandel von einer Genehmigung abhängig mache. Daß aber der § 39, so wie er einmal laute, dies tue, daran sei nicht zu zweifeln. Wenn die Erlaubnis nur gefordert würde für den Handel auf der Straße von einem festen Stande aus, dann ließe sich das halten. Es heiße aber dann in der Vorschrift „oder auf andere Weise“. So komme eben ein allgemeines Verbot des Straßenhandels heraus, von dem die Polizei abgehen könne durch Erteilung einer Erlaubnis. Für die Frage der Gültigkeit sei allein entscheidend dieser Wortlaut und sein Sinn. Indem der § 39 den Straßenhandel allgemein von einer Erlaubnis abhängig mache, sei er im ganzen ungültig, denn das sei unzulässig. Eine Berlegung des Paragraphen in einen gültigen Teil (Erlaubnis für den Handel von einem festen Stande aus) und in einen ungültigen Teil (Erlaubnis für den Straßenhandel überhaupt) sei nicht möglich.

Vermischtes.

Die Marterung der Sträflinge.

Rom, 31. Juli. (Fig. Ver.) Calabresische Blätter melden, daß sich die Sträflinge von Reggio noch immer in den Eisenbahnwaggons befinden, in denen sie nach dem Zusammenbruch ihres Gefängnisses untergebracht waren. Die Presse protestiert emsig gegen eine solche Schandwirtschaft, die Hunderte unglücklicher Menschen wie wilde Tiere einsperzt und sie der Glut der Sonnenhitze und dem unvermeidlichen Un-

Waggeburg“ hielt Reichstagsabgeordneter Gen. Severing das einseitige Referat. Der Redner sagte unter anderem:

Das Hauptinteresse dürften die Badener Vorgänge beanspruchen. Wenn die Frage der Budgetbewilligung diesmal eine so große Bedeutung gewonnen hat, so liegt das an der ganzen politischen Situation, an den Träumen vom Block von Wasser mann bis Bebel. Diesen Block von Wasser mann bis Bebel halte ich für ein Urding, wenn ich mir die Geschichte und die Zusammensetzung der nationalliberalen Partei vergegenwärtige und unsere Ziele dem gegenüberstelle. Ein Zusammengehen mit wirklich liberalen Männern, wie z. B. mit einzelnen süddeutschen Nationalliberalen, wäre bei Stichwahlen und bei bestimmten politischen Aktionen möglich und denkbar, aber nicht mit den Nationalliberalen schlechthin und speziell nicht mit denen, die den Kampf gegen die Sozialdemokratie bis aufs Messer auf ihre Fahne geschrieben haben. Solche Herren sind der zweite Vorhänger des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, der Abgeordnete Hagemann-Erfurt und der Brandenburger Professor Görde. Die Redereien über den Block Wasser mann-Bebel sind daher Utopien, erachtet von den Deuten, die man gemeinhin als die guten Kerle und die schlechten Rusikanten bezeichnet. Es gibt übrigens manche Zentrumsleute, die wir wegen ihrer Stellung in sozialpolitischen Fragen sogenannten Nationalliberalen vorziehen könnten. Diese Situation ist für jeden überzeugten Sozialdemokraten ganz klar, und darum halte ich es für verfehlt, der Budgetfrage eine so große Bedeutung beizumessen, wie das in Presse und Versammlungen geschieht.

Daß es Meinungsverschiedenheiten in der Partei gibt, wollen wir nicht bestreiten. Aber bei allen prinzipiellen Kämpfen sollten wir nicht vergessen, daß wir Kameraden sind, und nicht unkameradschaftlich, vornehmlich und ungerecht urteilen. Ich will nicht beschuldigen, daß nach den bisherigen Beschlüssen der Parteitage in Frankfurt, Lübeck und Nürnberg die Zustimmung der badischen Genossen zum Budget wie ein Disziplinbruch ausseht. Die Verteidiger der Budgetbewilligung in Baden berufen sich aber darauf, daß vielleicht ein schlechteres Budget zustande kommen würde. Damit wäre aber die Voraussetzung des Ausnahmefalles gegeben. Deshalb sollte man mit dem Urteil besonders zurückhaltend sein. Normalerweise sollen ja Disziplinbrüche nicht vorkommen, aber ich kenne wenige Genossen, die führenden einbezogen, denen man nicht irgendeinen Disziplinbruch vorwerfen könnte.

Ich hätte wahrscheinlich auch für das Budget in Baden gestimmt, wenn ich die Ueberzeugung gewonnen hätte, daß damit die Reaktion in Baden hätte wirksam bekämpft werden können. Man kann in Baden den Schwarz-Blauen nicht besser zu Leibe gehen, als daß man ihnen die für die Arbeiterklasse wichtigen Arbeitsgebiete abjagt, was unseren Genossen auch, besonders durch ihren Wahlsieg, gut gelungen ist.

Wenn wir fordern, daß wir in die Magistrate, Schuldeputierten usw. hineingewählt werden, so tun wir das doch, um etwas Positives für unsere Arbeiter zu erreichen. Wir müssen dann aber auch ein Stück Verantwortung übernehmen, wir müssen mitun, natürlich im Sinne der Sozialdemokratie. Die Uebernahme der Verantwortung kann man auch eben in der Zustimmung zum Budget bestehen. Ich bin auch der Meinung, daß normalerweise das Budget in den Landtagen abgelehnt werden soll. Ich glaube aber, daß im badischen Fall es gut war, daß für das Budget gestimmt wurde. Wenn wir stets gegen das Budget stimmen, so daß jeder mit der Ablehnung rechnet, werden wir die Ablehnung des Budgets nicht als Kampfmittel verwenden können. Bedauerlich ist es, daß auf den Parteitagen manche Beschlüsse erst nach leidenschaftlichen Debatten gefaßt werden. Das Verlangen, die badischen Abgeordneten auszuschließen, ist nicht ernst zu nehmen. Merkwürdig ist es, daß jetzt Stadthagen den Rufer im Streit spielt, obgleich er 1894 durch Amendement die Beschlüsse des Parteitags in der Budgetfrage abzuweichen suchte. Ich empfehle den Parteigenossen, sich bis zum Parteitag jedes Urteils zu enthalten, bis man beide Teile genügend gehört hat, und deshalb habe ich es auch unterlassen, Ihnen eine Resolution vorzulegen. Wenn wir im Interesse der Partei handeln wollen, dürfen wir nicht dazu beitragen, die unersetzlichen Auseinandersetzungen noch mehr aufzubauen.

Genosse Schred: In der Frage der Budgetbewilligung durch die badische Landtagsfraktion habe ich zunächst weder pro noch contra Stellung genommen, sondern abgewartet. Und jetzt scheint mir die Tat der badischen Genossen eine unglückliche zu sein. Nicht vom Standpunkt der Disziplin, darauf lege ich nicht solch großes Gewicht. Ich habe geprüft, ob Gründe vorhanden waren, für das Budget zu stimmen. Bei dieser Prüfung erscheint mir das Vorgehen unserer Genossen als ein recht eigenartiges, ihr Verhalten als ein schwankendes. Mir scheint, als wenn sie aus persönlichen Gründen für das Budget gestimmt hätten, denn politische Gründe sind bisher nicht angeführt worden. Die Politik der badischen Genossen ist eine solche des Gefühls, nicht der Vernunft. Es gab keinen Grund, dem Budget zugustimmen, und es ist hier wie überall in der Arbeiterbewegung: durch ein zu frühes Entgegenkommen wird dieselbe geschwächt. Besonders haben auch die höflichen Akte der Badenser weite Kreise der Parteigenossen verunsichert.

Genosse Sadenwasser meint, es sei bisher eine unserer vornehmsten Waffen gewesen, dem Klassenstaate die Mittel zu verweigern, und er sei mit dem Vorgehen der Badenser nicht einverstanden. Auch Genosse Herzog kann die Zustimmung zum Budget nicht gutheißen.

Genosse Hoffmann sizziert in seinen Ausführungen verschiedene Punkte, über die in der Partei Meinungsverschiedenheiten geherrscht hätten. Redner plädiert für ein „Wahn frei!“ dem Fortschritt.

Nach Annahme eines Schlußantrages erhält Genosse Severing das Schlußwort. Redner hat die Frage der Hofgänger nicht berührt, weil er die beiden Angelegenheiten nicht verquickelt sehen wollte. Selbstredend sei er gegen die Hofgänger.

Es wurde beschlossen, den Parteitag durch zwei Delegierte zu beschicken.

Aus Mainz telegraphiert das Bureau Herald: In einer sehr aufgeregten Versammlung der sozialdemokratischen Partei wurde gestern abend auch das Verhalten der badischen Landtagsfraktion besprochen. Eine in Vorschlag gebrachte Resolution, die den Standpunkt der badischen Landtagsfraktion billigte und Aufhebung der seinerzeit gefaßten Nürnberger Resolution forderte, fand nicht die erforderliche Majorität.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für das Fürstentum Lippe fand am Sonntag, den 31. Juli, in Lage statt. 19 Ortsgruppen waren durch 26 Delegierte vertreten. Die Zahl der Mitglieder ist von 660 am 31. Dezember 1909 auf 767 am 30. Juni 1910 gestiegen, darunter 34 bzw. 40 weibliche. Die Zahl der Ortsgruppen beträgt jetzt 22 gegen 17 vor einem halben Jahre. Die Abkommenszahl der „Vollmacht“ hat sich wenig verändert. Im verflochtenen Halbjahre waren an Einnahmen 924,38 M. Kassenbestand zu verzeichnen 1881,77 M., an Ausgaben 924,38 M., so daß am 30. Juni ein Kassenbestand von 457,99 M. vorhanden war. Ein Reglement zur Betreibung der Hausgastion wurde angenommen, ebenso ein Antrag: im Winterhalbjahr 1910/11 durch Versammlungen im Wahlkreise durch einen fremden Redner eine Agitation zu veranstalten. Der Parteitag wird nicht beschickt.

Eine Anfrage.

Wir erhalten folgende Zuschrift: In der letzten Sitzung des Karlsruher Wahlvereins, in welcher die badische Budgetfrage behandelt wurde, hat der Genosse Dr. Frank bedauerlicherweise persönliche Angriffe auf abwesende Genossen gemacht. Dabei hat er einem Mitarbeiter des „Vorwärts“ den Titel eines Demingianten verliehen. Von einem Ge-

nossen darauf aufmerksam gemacht, daß eine solche verstedte Andeutung geeignet sei, einen Fraktionskollegen in den Verdacht zu bringen, erklärte Genosse Dr. Frank, daß er den Kollegen Ged damit nicht gemeint habe.

Es würde nun eine Ehrenpflicht Dr. Franks sein, zu erklären, auf wen er mit seiner verstedten Auspielung den Unwillen der Karlsruher Parteigenossenschaft lenken wollte.

Der Kopf der hängt ihm hinten. Das staatsgefährliche Dortmund Liederdich wurde vor einiger Zeit beschlagnahmt. Das war so richtig. Der Gerichtsbeschluss wurde ausgefertigt und im Wortlaut in der Dortmund „Arbeiterzeitung“ zum Abdruck gebracht. Und das war wieder sehr schlimm. Der Staatsanwalt aber besorgte am selben Tage die Veröffentlichung des Gerichtsbeschlusses im Amtsblatt von Arnberg. Und das war wieder richtig. Der Beschluss im Amtsblatt wurde wieder von der bürgerlichen Presse abgedruckt und das war auch wieder richtig. „Arbeiterzeitung“ und Staatsanwalt hatten dasselbe getan und doch war es nicht dasselbe. Beim Staatsanwalt war es Pflichterfüllung, bei der „Arbeiterzeitung“ Freibergehen. Gegen die „Arbeiterzeitung“ leitete der Staatsanwalt ein Verfahren ein, weil sie den Beschluss veröffentlicht habe, der ein Bestandteil sei der Akten eines noch nicht zu Ende geführten Strafverfahrens. Das Dortmund Gericht war derselben Meinung und erkannte am Dienstag gegen Genossen Wehlich, den Verantwortlichen der „Arbeiterzeitung“ auf 10 M. Geldstrafe. Der Staatsanwalt hielt das Vergehen für so schwerer Natur, daß er 14 Tage Haft beantragte.

Reichstagskandidaturen. Für den Reichstagswahlkreis Regensburg wurde der Verbandsbeamte Genosse Hagen in Regensburg als Kandidat aufgestellt. Im Wahlkreis Rotbus-Spremburg wurde als Reichstagskandidat Genosse Kurt Siebel-Berlin, Vorsitzender des Verbandes der Bureauangestellten, nominiert.

Parteiliteratur.

Im Verlage der Buchhandlung Borwärts, Berlin, ist soeben eine interessante Arbeit erschienen unter dem Titel: „Der Untergang der Sklaverei im Altertum“. Der Verfasser ist unser Parteigenosse, der italienische Kammerabgeordnete und Professor der alten Geschichte an der Universität Messina, Ettore Cicotti. Die Uebersetzung hat Genossin Oda Oberg besorgt. Das Buch kostet broschiert 4,50 M., gebunden 5,50 M.

Von der Parteipresse. Die Kreisgeneralversammlung des sozialdemokratischen Vereins Hof beschloß einstimmig, die „Oberfränkische Volkszeitung“ in Zukunft ganz in Hof herzustellen. Die „Oberfränkische Volkszeitung“ hat im letzten Jahre 658 neue Abonnenten gewonnen.

Personalien. Genosse Richard Vernstein hat seine Stelle in der Redaktion der „Fränkischen Tagespost“ in Nürnberg zum 1. Oktober gekündigt.

Die feste Erstarlung der Parteiorganisation in Frankfurt a. M. veranlaßt die dortigen Genossen, einen weiteren Sekretär anzustellen. In einer Versammlung am Dienstag wurde der Genosse Wollermann, Parteisekretär in Charlottenburg, mit zwei Drittel Mehrheit als Sekretär gewählt.

Jugendbewegung.

Die freie Jugendorganisation Berlins hielt am Sonnabend ihre Generalversammlung in den „Arminshallen“ ab. Der große Saal und die Galerien waren dicht besetzt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Mitglieder Fritz Masche, Robert Seib, Albert Rosmier, Stannul und Helene Volkman in der üblichen Weise. Scholz gab den Vorstandsbericht. Nach demselben wurden im 2. Quartal 93 Versammlungen mit 56 Vorträgen abgehalten, 122 Ausflüge, 60 Spielabende im Freien und 7 Museumsbesuche fanden unter guter Beteiligung statt. Am Massenausflug nahmen über 3000 Personen teil.

Die Verhandlung gegen die angeklagten Vorstandsmitglieder fand im April statt. Das Schöffengericht kam zu der bekannten Freisprechung. Der Staatsanwalt hat gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des Quartals 2437. Die vorgekommenen Neuwahlen hatten folgenden Resultat: Zum 1. Vorsitzenden wurde Willi Scholz, zum 2. Vorsitzenden Kleinert und zum Beisitzer Panthe, als Revisoren Adolf Reher und Winkelmann gewählt. Ein Antrag, der besagt, daß Abteilungen nur mit Genehmigung des Vorstandes Bergnügungen veranstalten dürfen, wurde angenommen. — Das sechste Stiftungsfest findet am 24. September in der „Neuen Welt“ statt.

Soziales.

Bürgermeister gegen den Leipziger Metzerverband.

Ein Privattelegramm aus Köln meldet uns: Auf dem heutigen achten rheinischen Gemeindegtag wurde von den Bürgermeistern lebhaft Klage darüber geführt, daß es nicht gelingen wolle, auf dem Lande Metzger zu erhalten, da die Anstellung vom Leipziger Metzerverein hintertrieben werde. Gegen diese Maßnahme des Leipziger Vereins wurde eine scharfe Protestresolution angenommen, die an verschiedene Ministerien, an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz und den Leipziger Metzerverein gesandt werden soll.

Von der Arbeit der Bergleute im Jahre 1909

gibt eine soeben erschienene Statistik der amtlichen „Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen im preussischen Staat“ für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen im preussischen Staat die einige Mitteilungen. Danach hat in den Steinkohlengruben die Jahresförderung auf den Kopf der Belegschaft (einschließlich der Aufsichtsbearbeiter) nur 245,9 Tonnen betragen. Nur im Jahre 1902 war sie mit 244 Tonnen noch niedriger, sonst stets höher. Sie ist seit 1888, wo sie 300 Tonnen betrug, ständig herabgegangen, betrug in den 90er Jahren meist ungefähr 275 Tonnen, im Jahre 1901 auf 248,4, im Jahre 1906 noch einmal auf 273,9 Tonnen, um dann in den drei folgenden Jahren auf 267,1, 263,5 und 245,9 Tonnen zu sinken. Selbstverständlich geben diese Zahlen durchwegs keinen Maßstab für die vom einzelnen Arbeiter geleistete Arbeit. Denn die Förderung hängt ja zum großen Teil von Dingen ab, auf die der Arbeiter gar keinen Einfluß ab, z. B. von der Inangriffnahme einer größeren oder geringeren Zahl neuer Gruben, von der Stärke und der schwächeren Belegung der Aus- und Vorrichtungsarbeiten gegenüber der eigentlichen Kohlengewinnung, von der stärkeren oder schwächeren Belegung von mächtigen gegenüber weniger mächtigen Lagerstätten, Aenderung der Abbaumethoden, Aenderung der Betriebsmittel, verschärften Vorsichtsmaßnahmen usw.

Schlagwetterexplosionen ereigneten sich im Jahre 1909 in preussischen Steinkohlengruben 22. Davon verlief eine ohne Unfall. Bei 17 Explosionen kam kein Todesfall vor, jedoch wurden 5 Personen schwer und 24 Personen leicht verletzt. Endlich bei weiteren 4 Explosionen wurden 12 Personen getötet, 7 schwer und 28 leicht verletzt.

Durch schlagende Wetter ohne Explosion ist einmal der Tod von drei Personen herbeigeführt worden.

Endlich ereigneten sich in Oberschlesien zwei reine Kohlenstaubexplosionen, wobei vier Personen leicht verletzt wurden. Dazu kommt noch auf dem Kalifalbergwerk Kohleben eine Explosion schlagender Wetter, der zwei Mann zum Opfer fielen.

gezierter preis gibt. Das Justizministerium sucht sich von jeder Schuld reinzuwaschen, indem es erklärt, daß seit mehr als einem Jahre alles für den Bau neuer Gefängnisse bereit sei, daß aber die bürokratischen Schwierigkeiten bis heute die Gewährung der Baugenehmigung verhindert haben. Hauptsächlich sollen die Eisenbahnwaggons bald in Städte, damit diese Menschenquälerei aufhöre. Die neuen Gefängnisse gebaut sind, dürfte sonst das Ungeziefer die Sträflinge schon aufgefressen haben. Genosse Zurati hat einmal in der Kammer gesagt, daß jeder Justizminister eine Zeitlang im Gefängnis gewesen sein möchte. Wir schlagen vor, Minister und Unterstaatssekretäre der Justiz nur auf acht Tage in einen kaldbremsigen Eisenbahnwagen einzusperrern. Vielleicht werden dadurch die bürokratischen Schwierigkeiten leichter überwindlich.

200 Fischer ertrunken.

Aus Petersburg übermittelt der Telegraph die Nachricht eines schweren Unglücks, das sich während eines Taifuns auf dem Meer in der Nähe von Nikolajew zutrug. Eine größere Fischflotte, deren Insassen auf dem Strome ihrem Gewerbe nachgingen, wurde von dem plötzlich daherkommenden Sturm überfallen. Eine Anzahl Fischerboote kenterte. Etwa 200 Fischer fanden in den Fluten ihren Tod.

Krieg im Frieden.

In der russischen und französischen Marine haben sich am Dienstag zwei schwere Unglücksfälle abgespielt. An Bord eines vor dem russischen Kriegshafen Kronstadt manövrierenden Torpedobootes ereignete sich eine Kesselexplosion, durch die sechs Mann getötet und vierzehn verwundet wurden. Etwas weniger schwer ist eine Explosion, die sich bei Schießversuchen der französischen Marineartillerie in der Luft der Garonne zutrug. Eine mit 10 Patronen besetzte Waffekasse wollte in der Nähe der Insel St. Marguerite eine Unterseemine heben. Dabei erfolgte eine Explosion des Geschosses, durch die zwei Matrosen getötet, einer tödlich und mehrere andere leicht verletzt wurden. Die Mine war bereits teilweise entladen, sonst wäre die Wirkung der Explosion eine bedeutend mörderischere gewesen.

Schießübungen in einem spanischen Kloster.

Die spanische Presse kommentiert lebhaft einen Unglücksfall, der sich in dem Kloster zum Heiligen Herzen Jesu in Larragaba zutrug. Ein Pater Martin Ferran spielte in dem genannten Kloster mit einem Schießgewehr, das sich plötzlich entlud. Die Kugel traf den sechzigjährigen Prior Felix Torner in die Brust. In dem Aufkommen Tonners wird gezweifelt. Der Unglücksfall zeigt deutlich, daß die Drogen des armen spanischen Volkes, die tausende Waffen und Mönche, durchaus nicht freiwillig auf die weitere Ausdehnung des Volkes, das sich in seiner großen Wehrheit gegen die

kirchliche Reaktion wendet, verzichtet wollen. Nach den spanischen Gesetzen sowohl wie nach den kirchengesetzten Aufbewahrung von Waffen und Munition in den Klöstern streng verboten. Die Mönche scheinen sich heimlich mit Waffen zu versehen, um einer vielleicht möglichen Aufhebung der Klöster mit Waffengewalt entgegenzutreten.

Geingelenächter.

Unter dem schönen Titel „Die Justiz als Kupplerin“ hatte der „Kritikale“ „Bayer. Kurier“ einen Bericht über eine Schwurgerichtsverhandlung gegen den Verleger Berthold Sutter in München veröffentlicht. Die Berichterstattung des frommen Blattes scheint nun ihre Früchte getragen zu haben, den an den Sutterischen Verlag (Verlagsgesellschaft München) ist aus einem unterfränkischen Orte folgendes Schreiben gelangt:

„Ersuche um Zusendung von „Memoiren einer Sangerin“. Mitteilungen u. dergl. eruche im geschlossenen Kuvert, nicht stark.“

Hochachtungsvoll
K. Fr.

Der Herr Pfarrer hat auf diese Bestellung folgende Antwort erhalten:

Hochwürdiger Herr Pfarrer!

Wir erhielten Ihre geschätzte Bestellung auf ein Exemplar der Memoiren einer Sangerin, bedauern aber, Ihnen mitteilen zu müssen, daß wir uns keineswegs mit der Lieferung pornographischer Schundliteratur befassen und deshalb außer Stande sind, Ihre Bestellung auszuführen.

Wir gehen wohl nicht mit der Annahme, daß Sie durch die Berichte des „Bayerischen Kurier“ oder der „Allgemeinen Rundschau“ über eine kirchlich gegen unseren Herrn Sutter stattgehabte Schwurgerichtsverhandlung wegen „Vergehens wider die Sittlichkeit, verübt durch die Presse“, die ja mit der kostenlosen Freisprechung Herrn Sutters endigte, auf unsere Firma aufmerksam gemacht wurden. Wir verstehen es auch vollkommen, daß diese tendenziös gefärbten Berichte Sie in der Meinung bestärken konnten, endlich eine Bezugsquelle für pornographische Literatur gefunden zu haben. Wir sind so weit entfernt, Ihnen diesen Irrtum übel zu nehmen, daß wir Ihnen vielmehr gerne beifällig sind, das gewünschte Buch zu erlangen. (Folgt Angabe einer Adresse.) Falls Sie hier keine zweckdienliche Auskunft erhalten können, bliebe als letzter Weg noch Herr Oberlandesgerichtsrat Roeren (Köln), in dessen bekannter, reichhaltiger Sammlung das Werk wohl vorhanden ist. Hochachtungsvoll usw.

Nach der Lesüre dieser Antwort dürfte dem Herrn Pfarrer doch wohl die Lust vergangen sein, sich unter Angabe seines Titels solche interessante Literatur zu bestellen.

Kleine Notizen.

Töbliche Automobilunfälle. Auf dem Wege von Gartenkirchen nach München verunglückte am Dienstagabend der Gastwirt Köhler, der mit seiner Frau und seinem Sohne eine Automobiltour unternommen hatte. Frau Köhler wurde getötet, Köhler selbst ist schwer verletzt worden, sein Sohn kam mit leichten Verletzungen davon. — Bei Raffereith in Tirol ist ein von Garmisch nach Innsbruck fahrendes Automobil

einen Abhang hinabgestürzt. Der Chauffeur Guendhart wurde getötet. Von den Insassen wurde eine Frau Nieber aus New York schwer verletzt.

In einem Anfall von Geistesstörung hat in Halle der Opernsänger Kumann seine Frau im Bett erschossen und sich selbst erhängt.

50 Personen an Fleischvergiftung erkrankt. In Langenberg bei Gera erkrankten 50 Personen nach dem Genuß von Fleischspeisen an einer Fleischvergiftung. Eine Frau ist bereits gestorben. Die übrigen Erkrankten befinden sich auf dem Wege der Besserung.

Bei einem Unwetter, das über die Ortschaft Bistritz in Schlesien niederging, schlug der Blitz in ein im Bau befindliches Haus. Zwei Zimmerleute und ein achtjähriges Kind wurden getötet.

Ein Unmensch. Der 60jährige Maurer Bilz aus Künersdorf in Sachsen mißhandelte seine Frau fortgesetzt derart, daß sie infolge der erlittenen Verletzungen starb. Der Unhold ist verhaftet worden.

Eisenbahnunfall. Auf dem Bahnhof in Wittenberge fuhr ein Zug über die gewöhnliche Haltestelle hinaus und stieß mit einer bereitgestellten Vorspannmaschine zusammen. Vier Reisende wurden verletzt.

Aus Turin vor der Cholera haben im Kreise Taganrog im Rußland 4070 Kohlenarbeiter die Kohlengruben verlassen und sich in ihre Heimat begeben. Alle Bemühungen, den Abzug aufzuhalten, sind erfolglos geblieben.

Verband der Friseurgehilfen Deutschlands. Zweigverein Berlin und Vororte. Versammlung am Donnerstag, den 4. d. Mts., abends 9 1/2 Uhr, Rosenhaldenstr. 11/12. Zahlreiche Beteiligung erwartet.

Der Vorstand. Zentralverband der freien Händler, Hausierer und verwandten Berufsgruppen Deutschlands. Sitz Essen. Jahrb. Verwaltungsstelle Berlin, Bezirk II Moabit. Heute abend 9 1/2 Uhr bei Schröder, Stromstraße 33: Versammlung. Gäste willkommen.

Leser- und Diskussionsklub „Wilhelm Liebknecht“. Heute, Donnerstag, abends 9 Uhr: Sitzung bei Karl Völkner, Danziger Str. 33. Vortrag. Gäste willkommen.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 2. 8.		am 1. 8.		Wasserstand	am 2. 8.		am 1. 8.	
	om	crs)	om	crs)		om	crs)	om	crs)
Bemel, Mühl	87	+1	87	+1	Saals, Grotzsch	120	+14	120	+14
Bregel, Jüterburg	-33	+1	-33	+1	Saals, Spandau	—	—	—	—
Beißel, Thon	158	+20	158	+20	Saals, Rathenow	85	+4	85	+4
Ober, Ratibor	246	+75	246	+75	Spreew., Spremberg	82	-2	82	-2
• Krossen	178	0	178	0	Spreew., Beeskow	110	+10	110	+10
• Frankfurt	179	-1	179	-1	Spreew., Röhden	-7	-7	-7	-7
Barthe, Schrimm	15	-	15	-	Spreew., Röhden	49	+6	49	+6
• Landsberg	-4	-2	-4	-2	Rhein, Marienlandbau	548	-8	548	-8
Rege, Tordamm	-8	+2	-8	+2	• Rand	351	-7	351	-7
Elbe, Reitmeritz	13	+21	13	+21	• Köln	872	-11	872	-11
• Dresden	-82	+40	-82	+40	Redar, Heilbrunn	80	-10	80	-10
• Darß	133	-2	133	-2	Rain, Wertheim	144	-13	144	-13
• Magdeburg	125	0	125	0	Rosel, Trier	100	0	100	0

+) + bedeutet Sturz, - Fall, - Unterbegehl.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 31. Juli verstarb unser Mitglieb, der Arbeiter **Bernhard Behrend**
Schulzebeimer Str. 45.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 5. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle der Göttemann-Gemeinde in Nieder-Schönhausen - Nordend, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Tischler **August Schacht**,
Schulzebeimer Str. 79, verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 5. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Dorfkirchlichen Kirchhofs in Reinickendorf, Schwanenbergerstraße 1, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
Treffpunkt 3 1/2 Uhr bei Bertens, Arnimstr. 43.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Glaser **August Schacht**
am 1. August gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 5. August, nachmittags 5 Uhr, auf dem Dorfkirchlichen Kirchhof, Reinickendorf, West-Schwanenberger Str. 1/2, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Gewerkschafter **Karl Gedwardt**
am 2. d. Mts. im Alter von 48 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 6. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Marienkirchhofes in Südende aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglieb, der Metallarbeiter **Max Titel**
am 1. d. Mts. an Magenleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 4. August, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf aus statt. 119/9
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung

Rach langen, in Geduld ertragenen schweren Leiden verstarb am Freitag, den 1. August, meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter **Rosamunde Huth**
geb. Görke.
Die Hinterbliebenen:
Franz Huth nebst Kindern.
Die Beerdigung findet statt am Freitag, den 5. August, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofs in Rixdorf, Hermannstr. 98-100.
Danksagung.
Allen Kollegen, Freunden, Verwandten und Bekannten spreche ich hiermit nochmals meinen herzlichsten Dank aus für die liebevolle Teilnahme an dem Begräbnis meiner Frau.
2238
Louis Walter nebst Kindern.

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“.
Wanderfahrten
am Sonntag, den 7. August 1910.
1. Ortner-Jungferntal, Wl. Schiel, Bahnhof 8⁰⁰ vormittags.
2. Gellendorf - Baumitz, Wl.fahrt Baumitzbahnhof 2 Uhr nachmittags.
Freitag, den 5. August, abends 8 1/2 Uhr, **Bundesversammlung** im Gewerkschaftshaus.
Gäste willkommen.
Ausführliche Programme bei Geise, Bogenstr. 19, zu haben.
Von der Reise zurück 214/1
Dr. Wallbach
Muskauer Straße 38.
Wegen Aufgabe Anzugstoffe, Winter- und Paletotstoffe, Damenutuche
loppbillig, unter Preis. 278/2
Koch & Seeland, Gesellschaft m. b. H.
Mohrenstraße 2.

Freie Volksbühne
Die alten Mitgliedskarten müssen in den Zahlstellen gegen die neuen Karten ausgetauscht werden. Die alten Mitgliedskarten haben, falls keine Beitragsscheine zu begleichen sind, nur **einen Betrag 1,10 Mk.**, die Abendmitglieder 1,30 Mk. zu entrichten. Die bis zum **10. August** nicht abgeholtten Karten der alten Mitglieder werden an neue Mitglieder abgegeben.
Bei allen Umschreibungen in eine andere Zahlstelle muß die neue Karte aus der bisherigen Zahlstelle abgeholt werden.
Neue Mitglieder können sich in allen Zahlstellen anmelden.
Der Vorstand. J. K. G. Sinler.

Tanzlehrer-Verband „Solidarität“
Freitag, den 5. August, abends 9 Uhr, im Lokale „Hoppes Festsäle“, Rixdorf, Hermannstr. 49:
Beschließende Versammlung
Tages-Ordnung: 209/2
1. Diskussion über den Artikel Tanzmoral. 2. Abrechnung von der Dampferpartie. 3. Verbandsangelegenheiten.
Erscheinen aller Kollegen notwendig.
Der Vorstand.
J. K.: Richard Holmrich, Brangelstr. 107.

Achtung! Fliesenleger. Achtung!
Freitag, den 5. August, abends 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung der Sektion
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 3
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.
Kollegen, erscheint vorgähig in dieser Versammlung!
Mitgliedsbuch oder Legitimationskarte legitimiert.
Der Vorstand der Sektion der Fliesenleger.

Borussia-Festsäle
Inhaber: Georg Wollgramm
Ackerstr. 6/7. Telefon: Ackerstr. 6/7.
III, 2074.
Empfehle den verehr. Vereinen und Gesellschaften meine **bedeutend vergrößerten und neu renovierten 4 Festsäle** (125, 250 bis 1000 Personen fassend). 327/2
Wiedereröffnung 6. August.
Zur bevorstehenden Herbstsaison noch einige Sonnabende frei!
Von der Reise zurück
Dr. Silberstein
Rixdorf, Berliner Str. 93.
Von der Reise zurück.
Dr. Julius Moses
Elberfelder Straße 17.

Das größte Kino-Theater Berlins.
Neues Programm.
Eintritt 30 Pf.

Karow eine Station vor **Buch**
Schönst. Villenort, R. v. 12 M. an, 20 Pf. v. Stett. BEL. 25 Min. Fahrt, 10 Pf. v. Pankow-Schönh., 12 Min. Fahrt. Terrain unmittelbar am Bf. Bew.ungspl. genehmigt. Pläne gratis. Mk. 8. Anz. u. lang-jähr. Hypotheken. Verkaufer ständig a. Bf. Karow. 379 L. J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

Dr. Schünemann
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten, 3312/2
Friedrichstr. 203. Ede Schützenstr.
Wochentags 10-2, 5-7.

Spree-Garten Treptow.
(Gegenüber der Sternwarte.)
Elite-Woche
Heute Donnerstag, den 4. August:
Militär-Extrkonzert
Kapelle des Kadettenkorps, kgl. Obermusikmstr. Major o. K.
Monster-Gala
Feuerwerk
Vollständ. neue, sensationelle Lichteffekte. Pyrotechniker Adolf Boek.
Anfang 7 Uhr. Entree 25 Pf.
Im Riesen-Festsaal:
Großer Elite-Ball.
Morgen Freitag, den 5. August:
Erstes Kinder-Freudenfest.

Hygienische
Bodenzurück. Neues Katalog
Empfehl. viel Aceto u. Prof. grat. u. d. H. Unger, Gummihandlung
Berlin NW. Friedrichsallee 71/9

Die Oekonomie des Verbandshauses der Gastwirtsgehilfen, Berlin, Große Hamburger Straße 18/19, ist per 1. Oktober d. J. zu vergeben. Zur Uebernahme sind erforderlich 6000 Mark.
Angebote sind zu richten an den Vorstand der Ortsverwaltung Berlin I. 2135*

Eine herrliche Erfrischung
sind jetzt köstliche Limonaden. Diese lassen sich sehr gut, einfach und leicht mit Reichel's Limonaden-Extrakt, welche das volle, edle Fruchtroma enthalten, selbst bereiten. Die beliebtesten sind Olibeer, Kirsch, Erdbeer, Zitronen, Waldmeier (Waldweiche), Stuetta, Lemon Squash, Kinnaas etc.; jede Flasche ergibt 5 Pfund Limonaden-Strap, dessen reiner, weißlicher Fruchtgeschmack und Billigkeit übertrifft. Ein Pfund stellt sich für und fertig nur auf etwa 25 Pfennige, wodurch es jeder Familie möglich ist, täglich köstliche Limonaden, Dabblings und sonstige lässige Speisen zu genießen. Originalflasche zu 75 Pf. Zur Probe 1/2 Flasche 40 Pf. Vor unangenehmen Nachwirkungen wird dringend gewarnt. Man nehme ausschließlich die berühmte „Marke Reichel“ von **Otto Reichel, Berlin SO., Eisenbahnstr. 4.** - Niederlagen in den bekannten, durch meine Säuler kennt, Drogerien etc. „Original - Reichel - Essenzen“ erhältlich. Wenn nicht zu haben, Versand ab Fabrik.
Walter Lichterz

Donnerstag, 4. August.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Königl. Opern-Theater.
Lohengrin.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Faust. (Anf. 7 1/2 Uhr.)
Kamerad die Liebeswaise.
Leitung. Das Konzert.
Neues. Kasernenluft.
Stomische Oper. Der Regiments-
papa.
Berliner. Taffan.
Kleines. Nur ein Traum. (Anfang
7 1/2 Uhr.)
Neues Schauspielhaus. Der
Mörder.
Berliner Volkoper. Alt-Heidel-
berg. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Gebel. Dem gebürt. Helene?
Der Kuh auf der Redoute. (An-
fang 8 1/2 Uhr.)
Neues Operetten. Der Graf von
Luzemburg.
Lustspielhaus. Das Leutnants-
mündel.
Weiden. Die geschiedene Frau.
Rehdenz. Im Landenschlag.
Thalia. Geschlossen.
Schiller O. (Kassner-Theater.)
Martha.
Schiller Charlottenburg. Die
von Hochsattel.
Luisen. Der Graf von Monte
Christo.
Herrnfeld. Die Welt geht unter.
Wenn zwei dasselbe tun.
Rosa. Ein seltsamer Fall.
Metropol. Hallo!! — Die große
Revue.
Geliebte Caprice. Die böse 13. —
Die kühle Toilette. — Der
Mittel. — Pariser Ehen. —
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Volgt. Vincta.
Puhmanns. Verliebte Mädchen.
Apollo. Spezialitäten.
Vossage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Wintergarten. Geschlossen.
Karl Haberland. Spezialitäten.
Prater. Schützenball.
Urania. Taubenschlag 48/49.
Abends 8 Uhr: Die Insel Rügen.
Sternwarte. Invalidenstr. 57—62.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Heute abend 8 Uhr:
Die Insel Rügen.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Ein seltsamer Fall.
Span. Schauspiel in 4 Akten
von Morton und Sumner.
Anfang 8 Uhr. Ende 1 1/2 Uhr.
Auf der Gartenbahn: Theater-
vorstellung. Spezialitäten, großes
Konzert. Anfang 4 1/2 Uhr.

Apollo Theater
8 Uhr. Das 8 Uhr.
neue
**sensationelle
Programm.**
10 große Attraktionen 10.

WINTERGARTEN
Geschlossen!

Wieder-Eröffnung
Mittwoch, den 17. August.

Herrnfeld Theater
Die größten Schlager
der letzten Saison:
Die Welt geht unter! und
Wenn zwei dasselbe tun
mit Anton und Donat Herrnfeld.
Schilderborst. 11—2 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Täglich:
**Konzert, Theater,
Spezialitäten.**

Volksgarten-Theater
früher Weimann.
Babstr. 8, Behm- u. Belleramstraße.
Täglich: Konzert, Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung. Das neue
Friesen-Angebot. Zur Aufführ. gel.:
Der Goldteufel. Lebensbild mit
Gesang u. Tanz in 3 Akten v. H. Elmar.
Jed. Donnerst.: Gr. Brillant-Feuerw.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Heute
Im Reiche des Mars.
Spezialitäten, Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Voigt-Theater
Gesundbrunnen Babstr. 58.
Donnerstag, den 4. August 1910:
1 1/2 Uhr **Vincta.** 1 1/2 Uhr
Gr. romant. Lebensbild mit Gesang
und Tanz in 3 Akten von D. Schulz.
Das neue erhellte August-Programm.
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.

Puhmanns Theater
Schönh. A. 148 — Kastanien-A. 97/99.
Rest 8 Uhr: Rest 1
Verliebte Mädchen.
Vorher und nachher:
Die neuen August-Spezialitäten.
Anfang 1 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 2 Uhr.
Entree 20—60 Pf. Kind. halbe Preise.
Sonnabend: Benefiz für Käte Reich.
Einmalige Aufführung:
Die Blumentüte.
Billetts schon jetzt an den Kassen.

**Victoria-
Brauerei, Lützowstr. 111/112**
Im Garten der Saal: Täglich
Gr. humorist. Solree.
(Gesangsvortrüge, Theater und
Varietés-Vorstellungen)
Sonntags, Dienstag, Donnerstag
und Sonnabend: Tanzkränzchen.
Anf.: Wochenends 8, Sonntags
7 Uhr. — Alle Vons gültig.
Im Restau.: Mittags 75 Pf.
Gr. u. K. Säle zu Feiern
aller Art. Max Saeger.

Wieder-Eröffnung
Mittwoch, den 17. August.

Lessing-Theater.
Donnerstag 8 Uhr: Das Konzert.
Freitag 8 Uhr: Das Konzert.
Sonnabend 8 Uhr: Geipenster.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: **Taifun.**
Morgen: **Taifun.**

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Täglich:
Kasernenluft.

Theater des Westens.
Anfang 8 Uhr.
Die geschiedene Frau.
Operette von Leo Fall.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Das Leutnantsmündel
Neues Operetten-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luzemburg.
Sonntag nachmittags 3 Uhr zu er-
mäßig. Preisen: Die Dollarprinzessin.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.)
Gottscheld-Oper.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Martha oder: Der Markt zu Richmond.
Romantische Oper in 4 Akten von
Fr. v. Flotow. Ende 10 1/2 Uhr.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Förster-Christl.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Martha.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.
Auffpiel in 3 Aufzügen von Leo
Wallner Stein und Ludwig Heller.
Ende nach 10 Uhr.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.

Luna-Park
TERRASSEN
HALENSEE
Größter Vergnügungspark
des Kontinents.
Sonnabend, den 6. August:
ELITE-TAG
Der Freiballon

„Carola“ steigt um 8 Uhr abends unter persönlicher
Führung der bekannten Luftschifferin **Käte Paulus** von
dem eigens zu diesem Zwecke erbauten Floß vom Halensee
zu einer Fernfahrt auf. Drei Passagiere werden an dieser
Fernfahrt teilnehmen.
Blumen-Korso
Blumenschlacht
Sensationelle Attraktionen. 4 Kapellen. Translateur-Konzert.
Franzer-Konzert. Trompeter-Korps des 1. Garde-Ulanen-
Regiments. Bayerische Sängertuppe.
Sonntag, den 7. August: Wiederholung des Aufstiegs
und Fernfahrt des Freiballons „Carola“.

Achtung! Diez' nur Achtung!
Seeterrasse Lichtenberg
Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz.
Größtes und schönstes Lokal Berlins.
Jeden Sonntag
und Dienstag: **Gr. Konzert.** Auftritten der besten
Zurnseilknüppler der Welt The Liepoltz.
The 3 Blackburns, phänomenaler Mr. Steffin mit seinem konkurrenz-
lossten Dressur-Akt.
Gony, Gel, Schwein u. Hunde, u. das neue beste Programm Berlins.
Jeden Sonntag: **Klössen - Feuerwerk und Ball.**
Land- und Wasser
Jeden Dienstag: Großes Kinder-Freudenfest.
Anfang 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr. Gesamteintritt 20 Pf. Kinder frei.

Abfahrtsstelle
Schillingsbrücke
am Schleifischen Bahnhof.
Morgen Freitag, früh 10 Uhr u. mittags 2 Uhr mit 40 Mann Musik
nach **Neue Mühle.** Die vier größten Salon-Doppel-
Schrauben-Dampfer.
Daher: Großes Garten-Konzert und Ball. Hin und zurück 50 Pf.
Hierzu ladet ergebens ein [2175] **Thormann.**

Central-Verband der Zimmerer
Zahlstelle Berlin und Umgegend
Feier des 27. Stiftungsfestes
am Sonnabend, den 6. August 1910, in den Gesamträumen der
Aktien-Brauerei Friedrichshain, am Königstor
Konzert = Spezialitäten-Vorstellung = Auftreten des Paul Jescheck-Ensemble =
Großes Ballett-Divertissement, ausgeführt von 16 Damen = Kasperle-Theater =
Großes Preisgelehn = Kinder-Fackelzug = Brillant-Feuerwerk = Kinematograph
In beiden Sälen Sommernachtsball (doppelt besetztes Orchester)
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 3 Uhr ab zur Verfügung. Alle
Mitglieder nebst Familie, sowie Freunde und Bekannte sind hierdurch ergebenst
eingeladen. **Anfang des Konzerts 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.**
254/20*

Turn-Verein „Fichte“ Berlin
Mitglied des Arbeiter-Turner-Bundes :: ::
Sonnabend, den 6. August 1910
Größtes Sommer-Fest
zur Feier des 20jährigen Bestehens in der
108—114 Hasenheide **NEUEN WELT** Hasenheide 108—114
Konzert, Spezialitäten, turnerische Aufführungen, Sommernachts-Ball
Kinderbelustigungen aller Art im Amerikanischen Vergnügungspark
Um 9 Uhr: **Großer Fackelzug** bei bengalischer Beleuchtung. Jedes Kind erhält
eine Stocklaterne und einen Bon für Karussell an der Kontrolle gratis.
Kinderspiele von 2—5 Uhr. x x Von 6 Uhr ab in allen Sälen **Tanz.**
Anfang 4 Uhr. Programme an der Kontrolle gratis. **Eintritt 25 Pf.**
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 2 Uhr ab zur Verfügung.
Bei eintretendem Regen findet die Vorstellung im Saale statt.

Central-Verband der Zimmerer
Zahlstelle Berlin und Umgegend
Feier des 27. Stiftungsfestes
am Sonnabend, den 6. August 1910, in den Gesamträumen der
Aktien-Brauerei Friedrichshain, am Königstor
Konzert = Spezialitäten-Vorstellung = Auftreten des Paul Jescheck-Ensemble =
Großes Ballett-Divertissement, ausgeführt von 16 Damen = Kasperle-Theater =
Großes Preisgelehn = Kinder-Fackelzug = Brillant-Feuerwerk = Kinematograph
In beiden Sälen Sommernachtsball (doppelt besetztes Orchester)
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 3 Uhr ab zur Verfügung. Alle
Mitglieder nebst Familie, sowie Freunde und Bekannte sind hierdurch ergebenst
eingeladen. **Anfang des Konzerts 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.**
254/20*

Central-Verband der Zimmerer
Zahlstelle Berlin und Umgegend
Feier des 27. Stiftungsfestes
am Sonnabend, den 6. August 1910, in den Gesamträumen der
Aktien-Brauerei Friedrichshain, am Königstor
Konzert = Spezialitäten-Vorstellung = Auftreten des Paul Jescheck-Ensemble =
Großes Ballett-Divertissement, ausgeführt von 16 Damen = Kasperle-Theater =
Großes Preisgelehn = Kinder-Fackelzug = Brillant-Feuerwerk = Kinematograph
In beiden Sälen Sommernachtsball (doppelt besetztes Orchester)
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 3 Uhr ab zur Verfügung. Alle
Mitglieder nebst Familie, sowie Freunde und Bekannte sind hierdurch ergebenst
eingeladen. **Anfang des Konzerts 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.**
254/20*

Central-Verband der Zimmerer
Zahlstelle Berlin und Umgegend
Feier des 27. Stiftungsfestes
am Sonnabend, den 6. August 1910, in den Gesamträumen der
Aktien-Brauerei Friedrichshain, am Königstor
Konzert = Spezialitäten-Vorstellung = Auftreten des Paul Jescheck-Ensemble =
Großes Ballett-Divertissement, ausgeführt von 16 Damen = Kasperle-Theater =
Großes Preisgelehn = Kinder-Fackelzug = Brillant-Feuerwerk = Kinematograph
In beiden Sälen Sommernachtsball (doppelt besetztes Orchester)
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 3 Uhr ab zur Verfügung. Alle
Mitglieder nebst Familie, sowie Freunde und Bekannte sind hierdurch ergebenst
eingeladen. **Anfang des Konzerts 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.**
254/20*

Central-Verband der Zimmerer
Zahlstelle Berlin und Umgegend
Feier des 27. Stiftungsfestes
am Sonnabend, den 6. August 1910, in den Gesamträumen der
Aktien-Brauerei Friedrichshain, am Königstor
Konzert = Spezialitäten-Vorstellung = Auftreten des Paul Jescheck-Ensemble =
Großes Ballett-Divertissement, ausgeführt von 16 Damen = Kasperle-Theater =
Großes Preisgelehn = Kinder-Fackelzug = Brillant-Feuerwerk = Kinematograph
In beiden Sälen Sommernachtsball (doppelt besetztes Orchester)
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 3 Uhr ab zur Verfügung. Alle
Mitglieder nebst Familie, sowie Freunde und Bekannte sind hierdurch ergebenst
eingeladen. **Anfang des Konzerts 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.**
254/20*

Central-Verband der Zimmerer
Zahlstelle Berlin und Umgegend
Feier des 27. Stiftungsfestes
am Sonnabend, den 6. August 1910, in den Gesamträumen der
Aktien-Brauerei Friedrichshain, am Königstor
Konzert = Spezialitäten-Vorstellung = Auftreten des Paul Jescheck-Ensemble =
Großes Ballett-Divertissement, ausgeführt von 16 Damen = Kasperle-Theater =
Großes Preisgelehn = Kinder-Fackelzug = Brillant-Feuerwerk = Kinematograph
In beiden Sälen Sommernachtsball (doppelt besetztes Orchester)
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 3 Uhr ab zur Verfügung. Alle
Mitglieder nebst Familie, sowie Freunde und Bekannte sind hierdurch ergebenst
eingeladen. **Anfang des Konzerts 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.**
254/20*

Central-Verband der Zimmerer
Zahlstelle Berlin und Umgegend
Feier des 27. Stiftungsfestes
am Sonnabend, den 6. August 1910, in den Gesamträumen der
Aktien-Brauerei Friedrichshain, am Königstor
Konzert = Spezialitäten-Vorstellung = Auftreten des Paul Jescheck-Ensemble =
Großes Ballett-Divertissement, ausgeführt von 16 Damen = Kasperle-Theater =
Großes Preisgelehn = Kinder-Fackelzug = Brillant-Feuerwerk = Kinematograph
In beiden Sälen Sommernachtsball (doppelt besetztes Orchester)
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 3 Uhr ab zur Verfügung. Alle
Mitglieder nebst Familie, sowie Freunde und Bekannte sind hierdurch ergebenst
eingeladen. **Anfang des Konzerts 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.**
254/20*

Central-Verband der Zimmerer
Zahlstelle Berlin und Umgegend
Feier des 27. Stiftungsfestes
am Sonnabend, den 6. August 1910, in den Gesamträumen der
Aktien-Brauerei Friedrichshain, am Königstor
Konzert = Spezialitäten-Vorstellung = Auftreten des Paul Jescheck-Ensemble =
Großes Ballett-Divertissement, ausgeführt von 16 Damen = Kasperle-Theater =
Großes Preisgelehn = Kinder-Fackelzug = Brillant-Feuerwerk = Kinematograph
In beiden Sälen Sommernachtsball (doppelt besetztes Orchester)
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 3 Uhr ab zur Verfügung. Alle
Mitglieder nebst Familie, sowie Freunde und Bekannte sind hierdurch ergebenst
eingeladen. **Anfang des Konzerts 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.**
254/20*

Central-Verband der Zimmerer
Zahlstelle Berlin und Umgegend
Feier des 27. Stiftungsfestes
am Sonnabend, den 6. August 1910, in den Gesamträumen der
Aktien-Brauerei Friedrichshain, am Königstor
Konzert = Spezialitäten-Vorstellung = Auftreten des Paul Jescheck-Ensemble =
Großes Ballett-Divertissement, ausgeführt von 16 Damen = Kasperle-Theater =
Großes Preisgelehn = Kinder-Fackelzug = Brillant-Feuerwerk = Kinematograph
In beiden Sälen Sommernachtsball (doppelt besetztes Orchester)
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 3 Uhr ab zur Verfügung. Alle
Mitglieder nebst Familie, sowie Freunde und Bekannte sind hierdurch ergebenst
eingeladen. **Anfang des Konzerts 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.**
254/20*

Central-Verband der Zimmerer
Zahlstelle Berlin und Umgegend
Feier des 27. Stiftungsfestes
am Sonnabend, den 6. August 1910, in den Gesamträumen der
Aktien-Brauerei Friedrichshain, am Königstor
Konzert = Spezialitäten-Vorstellung = Auftreten des Paul Jescheck-Ensemble =
Großes Ballett-Divertissement, ausgeführt von 16 Damen = Kasperle-Theater =
Großes Preisgelehn = Kinder-Fackelzug = Brillant-Feuerwerk = Kinematograph
In beiden Sälen Sommernachtsball (doppelt besetztes Orchester)
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 3 Uhr ab zur Verfügung. Alle
Mitglieder nebst Familie, sowie Freunde und Bekannte sind hierdurch ergebenst
eingeladen. **Anfang des Konzerts 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.**
254/20*

„Pharus-Sommer-Theater“
Besitzer: Max Ludwig. Art. Leitung: Max Reinhardt
Berlin N., Müllerstr. 142.
Täglich: Im herrlichen Naturgarten, bei Regen im Theatersaal:
Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung
20 Künstler-Attraktionen. Stets wechselndes Familien-Programm.
Außerdem jeden Freitag: **Die beliebten Apollo-Sänger.**
Anfang Sonntags 4 Uhr, wochentags 6 Uhr.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich:
**Großes Militär-
Doppel-Konzert**
Eintritt 1 Mark.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder
unter zehn Jahren die Hälfte.
CIRCUS
Cyrill Hale
Berlin, Potsdamer Straße
früherer Allier Botan. Garten.
Fernruf:
Am 6. 129.

Gr. Berliner Kunstausstellung 1910
30. April bis 2. Oktober.
Im Park täglich **Doppel-Konzert.**
Eintritt: 10—6 Uhr 1 Mk., v. 6 Uhr ab
50 Pf., Sonntags 50 Pf. Dauert. 6 Mk.
Ausstellungshalle am Zoo.
Täglich (Anfang 8 Uhr):
Kinematographische Vorführungen.

Passage-Panoptikum.
? Boddhas dunkles ?
Geheimnis!
Von 4—7 Uhr
Aquanoptikum
Experiment aus der 4. Dimension.
Alles ohne Extra-Entree!

Passage-Theater.
Ein einziger Erfolg!
In einem amerikan.
Bulldog Tingeltangel
La mime espagnole
Zoraïta
u. das großart. August-Programm.

Max Kliems Sommertheater
und Festsäle.
Inh.: Rudolf Krüger.
Hasenheide 13/15, vis-à-vis v. Turnpl.
Täglich:
**Große Theater- u. Spezialitäten-
Vorstellung.**
Artist. Leitung: Walter Gravenitz,
Kapellmeister: Max Wolffheim.
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag!**
Anfang: Wochent. 6 Uhr, Sonnt. 7 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Son nun wied. täglich:
**Stettiner
Sänger**
Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.

Burgtheater-Kinematograph
vom Greterjan, Inh.: Rud. Morz,
Schönhauser Allee 129, Tel. 3. 9353.
Lebende Photographien.
Während der Sommermonate nur
Sonnabend, Sonntag u. Montag.
Eintritt 30 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte.
Anf. 7 u. Sonnt. 4 u. Vorzugskarten,
nur wochent. gültig. 25 Pf. auf allen
Plätzen. Ziers. meist. Progr. Jed.
Sonnt. 4. Überjaal: Künstlerkonzert.
Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf.
R. d. Konzert: Familien-Kränzchen.
Täglich: Freitagkonzert.

Schweizer Garten
Am Königstor—Am Friedrichshain.
Täglich um 9 1/2 Uhr:
Berliner Herzen.
Volksstück mit Ges. in 2 Akt.
Neue Spezialitäten.
Volksbelustigungen. Tanz.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Königstadt-Kasino.
Dolgerstr. 72. Ude Alexanderstraße.
(Inhaber: Max Schindelhauer).
Im herrlichen Naturgarten (bei un-
günstiger Witterung im Theatersaal).
La Vossien, Exzentrikerin u. a.
Hörlein rot! Singpiel in 1 Akt.
Nach d. Vorstellung: Mittwoch, Sonn-
abend u. Sonntag: **Tanzkränzchen.**
Anfang wochent. 7 1/2, Sonnt. 5 Uhr.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wandt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Anfang wochentags 7 Uhr.
Sonntags 4 Uhr.

Generalversammlungen der Berliner Genossen.

Da infolge der ausgedehnten Debatten über den Disziplinbruch in Baden die am 26. Juli abgehaltenen Generalversammlungen die Tagesordnungen nicht erledigen konnten, blieb die Erörterung der geschäftlichen Angelegenheiten den für den 2. August einberufenen Versammlungen vorbehalten. Wir berichten darüber wie folgt:

Erster Wahlkreis.

Den Vorstandsbericht erstattete Woldersky. Im Mittelpunkt der Ereignisse stand der Wahlrechtskampf. Redner gibt einen eingehenden Überblick von den Veranstaltungen, Sitzungen usw. des ersten Kreises und hebt besonders hervor, daß die Demonstrationsversammlungen ungewöhnlich gut besucht waren. Den berühmten Tiergartenparadezug bezeichnet Woldersky als einzig dastehend in der Geschichte der Partei; er habe bei allen, die ihm beizuwohnten, einen unergiebigen Eindruck hinterlassen. Ueber die Arbeit der eingewählten Kommission zur Formulierung von Vorschlägen für eine wirksame, durchgreifende Agitation im Kreise ist der Kreisvorsitzende schon berichtet worden. Zurzeit besitzt der erste Kreis 848 Mitglieder, darunter 105 weibliche.

Den Kassenbericht gibt Wittner: Die Einnahmen betragen 8988,90 M., die Ausgaben 2558,23 M., bleibt Bestand 1310,67 M.

Lucht bedauert, daß das Flugblatt „Dem Volke kein Wahlrecht, dem König 3 1/2 Millionen Zulage“ nicht in größerer Anzahl verbreitet wurde. Dieses Flugblatt sei den Arbeitern gerade aus der Seele geschrieben.

Woldersky teilt mit, daß die Mitgliederzahl des Vereins für Arbeiter-Jugendheime auf 214 gestiegen sei. Bezüglich des erwähnten Flugblattes meinte er, der Vorstand müsse sich nach den Angaben der Abteilungsleiter richten, es seien immer sehr viele Flugblätter übrig geblieben, man könne das Geld besser anlegen als in Material. Redner bedauert, daß die Beteiligung an der Kleinarbeit in den einzelnen Bezirken viel zu wünschen übrig läßt. Ferner verweist er auf die neuerrichtete Kinderdrehkommission, deren Bericht soll in der nächsten Generalversammlung erörtert werden.

Woldt, als Prekominmissionsmitglied, erstattet Bericht über die Tätigkeit der Kommission. Redner sagt sich kurz und verweist auf den kommenden gedruckten Jahresbericht, worin ausführlich berichtet werde. Die juristische Sprechstunde sei nun so ausgebaut, daß sie ihren Zweck in jeder Hinsicht erfülle, die Beschwerden seien denn auch auf ein Minimum zurückgegangen. In Sachen des Abendblattes seien ja die meisten Genossen des 1. Kreises der Meinung, daß die Morgenausgabe unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr genüge. Die diesbezüglichen Anträge des 1. und 5. Kreises hätten veranlaßt, daß der Geschäftsführer des Vorwärtsverlages einen Kostenanschlag vorlegte, woraus hervorging, daß die Verlosungen ganz erheblich sein würden. Er, Redner, habe energisch für Einführung des Abendblattes

gesprochen, die anderen Kreise seien aber durch den Kostenanschlag anderer Sinnes geworden und selbst der 5. Kreis habe seinen Antrag zurückgezogen. Nach Woldts Meinung resultiert das Uebel aus dem Widerspruch, der in der Vereinigung eines Zentral- und Lokalorgans liegt. Der „Vorwärts“ werde in seiner Eigenschaft als Zentralorgan zu sehr mit Angelegenheiten überladen, die für Berlin wenig Interesse haben. Dadurch werde der „Vorwärts“ immer teurer sein als die übrigen Parteiblätter.

Kunze bedauert die Haltung der Kreise in der Frage des Abendblattes.

Läterow spricht zur Frage der Einführung eines Abendblattes und bedauert die Verletzung derselben. Er bezweifle, ob alle Momente genügend berücksichtigt worden seien. Viele Kreise seien dafür, viele Genossen müßten sich heute noch Nebenblätter halten, um schnell unterrichtet zu werden. Der „Vorwärts“, der eine Monopolstellung einnehme, müsse leisten können, was bürgerliche Blätter auch leisten. Die Genossen werden nicht ruhen, bis ihren Wünschen Geltung verschafft sein wird.

Gebauer bedauert auch, daß wir gerade in der kommenden Reichstagswahl kein Abendblatt haben werden.

Wartig von der Lokalkommission ersucht die Genossen, die Lokalliste noch strenger zu beachten. Der Bericht der Brandenburger Kommission wird später gegeben, da der Vorsitzende verreist ist.

Kunert berichtet über die Vorschläge, die die gewählte Kommission zur Hebung der Agitation ausgearbeitet hat. Das ganze Material soll dem Vorstande überwiesen werden. Dann wird zu den Wahlen geschritten. Genosse Woldersky legt sein Amt, da er jetzt fünf Jahre dem Vorstande angehört hat und vier Jahre Vorsitzender war, nieder, um an anderer Stelle weiter zu arbeiten. An seine Stelle wird Läterow gewählt. Ferner Petermann 2. Vorsitzender, 1. Kassierer Wolzmann, 2. Kassierer Simmel, 1. Schriftführer Wublig, 2. Schriftführer Kethy Guttman, als Revisoren Tabberz, Strehlow, Fr. Lehner, in die Lokalkommission Ege, als Agitationsmitglied Schuster. Ein von Kethy Guttman begründeter Antrag, statt fünf weiblicher Vertreterinnen deren acht in den Zentralvorstand zu entsenden, wird angenommen.

Dem langjährigen Kassierer Wittner, der von seinem Posten zurücktritt, weil er nach außerhalb verzieht, wird einstimmig Decharge erteilt.

Gegen den Antrag, den Monatsbeitrag auf 40 Pf. zu erhöhen, wandten sich Weichardt, Wittner und andere Genossen, die auf die augenblickliche mißliche Wirtschaftslage, unter der die Arbeiter besonders schwer zu leiden hätten, hinwiesen, während Woldersky mit aller Wärme für den Antrag eintrat, da wir im bevorstehenden Reichstagswahlkampf besonders viel Munition brauchen werden und auch die neuen Einrichtungen in der Partei, wie Parteischule, Jugendorganisation usw. hohe finanzielle Anforderungen an unsere Kasse stellen. Der Antrag wurde mit 57 gegen 50 Stimmen angenommen. Zur Provinzialkonferenz werden gewählt: Wittner, Jadul, Strehlow. Zur Verbandsgeneralversammlung: Strehlow, Jadul, Wittner, Wublig, Lehner, Ege. In die Prekominmission wurde Genosse Woldt mit großer Mehrheit wiedergewählt; auf den Genossen Kunze fielen 14 Stimmen.

Zweiter Wahlkreis.

Die Generalversammlung im zweiten Wahlkreise, die im großen Saale der Volkstrauerei tagte, war sehr gut besucht. Genosse Schwemke erstattete den Vorstandsbericht. Dieser umfaßte diesmal anderthalb Jahre. Da ein schriftlicher Bericht vorlag und den Mitgliedern halbjährlich Berichte gegeben wurden, so äußerte sich Redner im wesentlichen über die Vorgänge im letzten halben Jahre. Es handelte sich um den Vorübergang der Partei in ein freies, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht, bei dem auch die Genossen des zweiten Wahlkreises ihren Mann standen. Auch ließ man es nicht fehlen an der Agitation. Zahlreiche Flugblätter wurden verteilt, insgesamt 958 000. Es ist manches geschehen, um die Zahlende besser auszugestalten. In verschiedenen Bezirken wurden Referate gehalten. — Der „Vorwärts“ hat im Kreise 6000 Abonnenten, der „Wahre Jacob“ 788, die „Gleichheit“ 146 und der „Süddeutsche Postillon“ 31. — Redner richtete zum Schluß eine kräftige Ermahnung an die Versammelten, alles Persönliche im Parteileben beiseite zu lassen, fest zusammenzuhalten und zu agitieren und

zu organisieren, wo und wann es nur möglich sei. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Klassenverhältnisse, zu denen der Kassierer Schmidt das Wort nahm, gestalteten sich in den anderthalb Jahren so: Im Halbjahr Januar/Juni 1909 wurden eingenommen 12 538,84 M., ausgegeben 11 078,90 M. Einschließlich des verbleibenden Ueberflusses von 864,94 M. wurden im nächsten Halbjahr Juli/Dezember 1909 insgesamt 13 274,10 M. eingenommen, welcher Einnahme eine Ausgabe von 12 482,67 M. gegenüberstand, so daß ein Bestand von 841,43 M. verblieb. Das Halbjahr Januar/Juni 1910 rechnete mit einer Gesamteinnahme von 15 518,40 M. und mit einer Gesamttausgabe von 14 318,16 M. Es verbleibt ein Bestand von 1 200,24 M. — Der Wahlverein hat jetzt 4781 Mitglieder, darunter 363 weibliche.

Genosse Grünwald berichtete für die Prekominmission: Zu den Anträgen, die aus Genossenkreisen stets wiederkommen, aber vorläufig abgelehnt werden müssen, gehöre der auf

Verbilligung des „Vorwärts“.

Dieser sei nahezu einstimmig abgelehnt worden, nachdem eingehende Beratungen und Berechnungen ergeben hätten, daß auch bei einer Verbilligung um nur 10 Pf. ein solches Defizit herauskäme, daß man glaube, nicht die Verantwortung dafür übernehmen zu können. Bei den Berechnungen sei schon eine Vermehrung der Abonnenten berücksichtigt worden. Auch der Antrag auf Einrichtung eines Abendblattes scheiterte an der Finanzfrage. Auch hierbei müßte selbst eine Abonnentenvermehrung angenommen, mit einem größeren Defizit gerechnet werden. Zurzeit lägen deshalb die Instanzen davon ab. Das Requisition habe anlässlich des spanischen Romans die Prekominmission beschäftigt. Einem Roman, der absolut nichts Künstlerisches an sich habe und dessen Veröffentlichung in einem täglich erscheinenden Blatte, das aus jungen Leuten in die Hände komme, man nicht billigen könne, selbst wenn man kein Sittlichkeitsgesetz sei. Der Parteivorstand habe dem in einer Resolution entgegengetreten und namentlich für die Zukunft vorbeugen wollen. Leider hätte ihn die Prekominmission nicht genügend unterstützt, sondern mit Stimmengleichheit den Antrag abgelehnt. — Als ein Segen habe sich die Veränderung in der Handhabung der juristischen Sprechstunde erwiesen, da jetzt die Ratuchenden nicht mehr bloß auf wenige Stunden angewiesen seien und außerdem oft schon formulierte Anträge usw. mit nach Hause nehmen könnten. — Wir der prinzipiellen Haltung des „Vorwärts“, namentlich mit der Art seiner Stellungnahme in der badiischen Angelegenheit, seien Prekominmission und Parteivorstand durchaus zufrieden.

Genosse Zinke erstattete den Bericht der Agitationskommission. Er konnte von schönen Erfolgen und tüchtiger Arbeit in der Provinz berichten. Die Zahl der Stadtverordneten und Gemeindevertreter hat sich erheblich vermehrt. Die Ausschüsse für die am 15. September in Frankfurt-Heubach stattfindende Reichstagswahl seien günstig. Man hoffe den Kreis (im ersten Wahlgange) zu nehmen. Der Wahlrechtskampf in der Provinz habe uns eine Anzahl Strafprozesse eingebracht, wovon 47 erledigt seien. Dazu kämen die üblichen Prozesse wegen Uebertretung der Verlesungsverordnung durch Flugblattverbreitung am Sonntag und dergleichen. Die organisierten Genossen in der Provinz hätten sich um 4286 vermehrt. Das seien 20 Proz. Es seien jetzt ungefähr 23 000 Mitglieder in der Provinz. Auch in den beiden Kreisen, die dem zweiten Berliner Wahlkreise zugehört wären, sei die Mitgliederzunahme eine erfreulich starke. Mit der Einführung der Zeitung für die Rheinl. (Rohrblatt der „Märkischen Volksstimme“) könne man nach den bisherigen Resultaten ganz zufrieden sein.

Genosse Schröder von der Lokalkommission berichtete über die Erledigung verschiedener Beschwerden und erörterte dann die Angelegenheit der „Kammerfälle“ in der Teltower Straße, Ecke Belleallianzstraße. Der Inhaber, Herr Palm, habe die Lokalkommission hinzuziehen gelacht. Schließlich habe er gewünscht, man solle das Lokal, dessen Besitzerin die Handwerkerkammer sei, als neutral betrachten. Er wolle es zu keinerlei politischen Versammlungen, also auch nicht zu sozialdemokratischen hergeben. Dagegen rechnete er auf Unterstützung durch Vergünstigungen im zweiten Kreise. Man habe ihm eine Einladung zu einer politischen konservativen Veranstaltung, die in seinem Lokal stattfand, entgegenhalten können. Er habe dann versprochen, in Zukunft sollten keine politischen Versammlungen mehr in den Kammerfällen stattfinden. Im Einverständnis mit dem Vorstand habe Redner das Lokal darauf für geveryt erklärt. So schwierig der Kampf auch erscheine, er müsse im Interesse des Vereinslebens im zweiten Kreise durchgeführt werden. Herr Palm werde wohl, wenn jeder auf dem Kosten sei, bald die 85 000 M. Nacht nicht mehr zahlen können, und die Handwerkerkammer werde mit sich reden lassen müssen. Jeder einzelne sei verpflichtet, der Lokalkommission gleich davon Mitteilung zu machen, wenn er von Vereinsvergünstigungen in den Kammerfällen höre. Da man erfahren habe, daß das Café Ruhwald in Woltersdorfer Schlense, das Palm erst hatte, ihm auch jetzt noch gehöre und daß der angebl. jetzige Inhaber wahrscheinlich nur ein Vertreter Palmes sei, so sei bei der Lokalkommission der Antrag gestellt, über das Café Ruhwald auch die Sperre anzusprechen. Mindestens müßten sich Vereine vorsehen bei Abschluß von Dampferpartien für das nächste Jahr.

Genossin Dittlie Waader machte dann einige Mitteilungen über die

Agitation unter den Frauen

im zweiten Kreise. Insbesondere bewies sie auf die Les- und Diskutierabende, von denen der eine in Säden, der andere im Westen abgehalten wird. Im Westen kamen durchschnittlich 36 Frauen, im Säden 45 Frauen. Die Zahl der weiblichen Mitglieder des Wahlvereins hat sich im letzten Jahre um etwa 100 vermehrt. Rednerin hat zum Schluß, daß die Genossen bei ihren Frauen lebhaft für den Reich der Lesabende eintreten und immer mehr Frauen zum Anschluß an die Organisation bewegen möchten. Die organisierten Genossinnen würden das ihre tun.

Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Die Wahl des Vorstandes beziehungsweise der Funktionäre führte wegen einer Kandidatenfrage zu etwas erregten Auseinandersetzungen. Das Resultat der Wahlen ist folgendes:

Erster Vorsitzender Schwemke, zweiter Vorsitzender Häuser, erster Kassierer G. Schmidt, zweiter Kassierer Lohse, erster Schriftführer Rautmann, zweiter Schriftführer Jacobowski, Revisor Berner und Fränken Waader, Revisoren Henning, Simon und Vallow. Ferner wurden gewählt in die Prekominmission Grünwald und Grünwald, in die Agitationskommission Zinke, in die Lokalkommission Schröder, in die Vergünstigungskommission die Genossinnen Barm und Hermantus sowie die Genossen Keuser, Koll, Peina, Schläpfer und Galt, in den Aktionsausschuß Schwemke, als Revisor für Groß-Berlin G. Schmidt.

Dann wählte man noch zur Generalversammlung von Groß-Berlin 41 Delegierte und Beständige die Bezirksführer.

Dritter Wahlkreis.

Die Generalversammlung des dritten Kreises fand im Gewerkschaftshaus statt. Genosse Pohl erstattete den Vorstandsbericht. Zuerst gab er ein Bild von der Tätigkeit der Parteigenossen des Kreises während der letzten sechs Monate. Es fehlte nicht an allerlei Veranstaltungen, Versammlungen, Demonstrationen, Massen-

verteilung von Flugblättern. Man war bestrebt, die Frauen heranzuziehen und agitierte unermüdet. In der verflochtenen Geschäftsperiode, die sich über 18 Monate erstreckt, fanden statt: 12 Volksversammlungen, 3 Frauen-, 4 Sonntags-, 8 Kommunalwähler-, 8 Generalversammlungen, 7 Kreisversammlungen und 31 Vorstandssitzungen. 7 Flugblätter wurden in einer Gesamtauflage von 294 000 verbreitet. Außerdem kamen zu der Stadtverordnetenwahl 87 000 Flugblätter zur Verteilung. Zur Agitation und zur Gewinnung von Abonnenten wurden 42 000 Exemplare einer Extraausgabe des „Vorwärts“ verbreitet.

Der Mitgliederbestand betrug zu Anfang des Jahres 1900 2412, darunter 128 weibliche Mitglieder. 965 Neuaufnahmen (darunter 181 Frauen) wurden in dem ersten Halbjahr des Jahres 1910 verzeichnet. Von anderen Kreisen wurden 713 Mitglieder überwiesen, zusammen waren also 1708 neue Mitglieder zu verzeichnen. Dagegen betrug die Zahl der ausgeschiedenen und den anderen Kreisen überwiesenen Mitglieder 1626; mithin verbleibt also am 30. Juni 1910 ein Mitgliederbestand von 2494. Durch die große Fluktuation im Kreise (Abzug nach der Peripherie und den Vororten Groß-Berlins, wenn auch fortwährend neue Mitglieder gewonnen werden) ist nur eine Zunahme von 82 Mitgliedern zu verzeichnen.

Die Beschwerdekommission hat nur sehr wenig zu tun gehabt. Einige Differenzen wurden mit leichter Mühe geschlichtet.

Der Kassenbericht, den Genosse Albert Harndt vorlegte, zeigt für die letzten sechs Monate eine Einnahme von 9697,81 M. gegenüber einer Ausgabe von 6771,08 M., somit einen Bestand von 2926,73 M. Der Gesamtbericht für die Geschäftsperiode von achtzehn Monaten zeigt eine Einnahme von 27 128,56 M., eine Ausgabe von 22 064,68 M., einen Bestand von 5063,88 M.

Auf Antrag der Revisoren wurde für die Kassenführung von der Versammlung Decharge erteilt. Aufher einigen Anfragen an den Kassierer, die zufriedenstellend beantwortet wurden, fand keinerlei Diskussion über den Vorstandsbericht statt. Genosse Pohl gab bekannt, daß der gedruckte Bericht den Mitgliedern noch zugehen werde.

Den Bericht der Prekominmission erstattete Genosse Robert Hinge, der sich ausführlich mit der Tätigkeit der Kommission beschäftigte und eine lebhafte Diskussion anregte, als er einige schon öfter geäußerte Wünsche in bezug auf den „Vorwärts“ zur Sprache brachte. So war es besonders der Wunsch, daß eine

Abendausgabe oder ein Montagblatt

herausgegeben werde, der mit allem Nachdruck wieder hervor trat, obwohl Genosse Hinge erklärte, daß sich dieser Wunsch zurzeit nicht erfüllen lasse. Ein Genosse meinte, daß das Angelegenheit und der Straßenverkauf des „Vorwärts“ viel besser ausgenutzt werden könnte. Wegen einer Verkürzung der Parlamentsberichte sprachen sich mehrere Redner aus, und der eine wünschte noch besonders, daß die neu angenommenen Gesetze den Lesern mehr zur Kenntnis gebracht werden müßten. Für die Gewerkschaften, besonders für die kleineren, wünschte ein Genosse mehr Berücksichtigung im „Vorwärts“. Zuletzt lehrten die Wünsche in bezug auf ein Abend- oder Montagblatt in Form von Anträgen wieder, die aber schließlich abgelehnt wurden.

Die Versammlung hörte dann den Bericht des Genossen Hysche von der Agitationskommission, der sehr hoffnungsvoll auslief und von bemerkenswerten Erfolgen der Agitation auf dem Lande erzählte. Unter den Frauen habe man mehr Verständnis für die öffentlichen Angelegenheiten gefunden, als man erwarten konnte. Die Bewegung unter den Land- und Forstarbeitern bringe Fortschritte; in manchen Dörfern, wo man früher sich kaum wagen durfte, finde die Agitation für unsere Ideen fruchtbareren Boden. Durch bestimmte Abkommen, die man mit den Gewerkschaften traf, werde die Agitation aufs Beste gefördert. Auf Schwierigkeiten stoße man noch vielfach bei den Schiffen, die sich recht unzugänglich zeigen, aber auch hier wie überall arbeite man mit Geduld und Fähigkeit, um schließlich doch gute Früchte zu ernten.

Für die Lokalkommission berichtete Genosse König, daß die Kommission unermüdet tätig sei, der Arbeiterschaft Versammlungslokale zu gewinnen und zu erhalten. Leider werde oft die wirksame Unterstützung durch die Genossen vermisst, die durchaus gefordert werden müßte, wenn die Kommission zur allgemeinen Zufriedenheit arbeiten soll. Der Redner wünscht, daß Vereine, die Verträge mit Gastwirten abschließen, sich dagegen sichern, daß der Wirt seine Unterschrift von der Lokalliste zurückzieht; auch sollten die Wirt auf den kostenlosen Nachweis der Gastwirtsgehilfen aufmerksam gemacht werden.

Eine Diskussion über diese Berichte wurden nicht beliebt.

Die Neuwahlen der Funktionäre ergaben das folgende Resultat: 1. Vorsitzender Pohl, 2. Vorsitzender Jakob, 1. Kassierer Albert Harndt, 2. Kassierer Fritz Schmidt, 1. Schriftführer Paul Gahn, 2. Schriftführer Grim. Als Revisor wurden die Abteilungsleiter bestätigt und Genossin Frau Wittig gewählt; als Revisoren Alex. Fröhlich, H. und Bösch; als Mitglied der Prekominmission Robert Hinge; als Mitglied der Agitationskommission Hysche und der Lokalkommission Müller gewählt.

Nachdem noch die Schiedskommission gewählt worden war, sprach Genosse Hysche über die Aufgaben der bevorstehenden Provinzialkonferenz, zu der die Versammlung die Genossen Grimm und Benzler und die Genossin Frau Berta Klingler delegierte.

Die vorgeschlagenen 21 Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung erhielten die Zustimmung der Versammlung, die ebenso nach einem Vorschlag des Genossen Pohl ihr Einverständnis damit erklärte, daß die Delegierten des dritten Kreises auf der Verbandsgeneralversammlung für die Wahl der Genossen Ernst, Niepmann und Wöste in den engeren Ausschuss stimmen.

Vierter Wahlkreis.

Die gutbesuchte Generalversammlung tagte im Keller's Festsaal. Der Tätigkeitsbericht des Vorstandes lag gedruckt vor. Da den Bestimmungen des neuen Organisationsstatuts entsprechend das Geschäftsjahr vom 1. Juli bis 30. Juni laufen soll, erstreckte sich diesmal der Geschäftsbericht auf 1 1/2 Jahre, und zwar vom 1. Januar 1909 bis 30. Juni 1910. Infolge der Wahlrechtsbewegung erhielten 25 Mitglieder Anträge. Ein Genosse wurde mit einer Woche Gefängnis bestraft, fünf mit 88 Tagen Haft. Bei den übrigen 19 beliefen sich die Strafen und Gerichtslofen auf 546,06 M. In die Verhängnis fiel auch die durch den von der freisinnigen Partei veranlaßten

Siermandatoraub

nötig gewordene Landtagswahl. Drei von den beteiligt gewesenen Landtagswahlbezirken liegen im vierten Reichstagswahlkreis. Im 5. Landtagswahlbezirk feierte sich die Zahl der sozialdemokratischen Urwählerstimmen von 15 213 im Jahre 1908 auf 18 674, obwohl die Zahl der eingeschriebenen Wähler von 33 006 auf 32 700 und die der abgegebenen Stimmen von 20 500 auf 20 440 zurückgegangen war. Die gegnerischen Stimmen gingen von 2323 auf 1784 zurück. 59,1 Proz. der Wahlmänner entfielen diesmal auf unsere Partei, gegenüber 57,4 Proz. im Jahre 1908. Ebenso war das Wahlergebnis im 6. Bezirk. Die Zahl der eingeschriebenen Wähler ging von 49 976 auf 49 442 und die der abgegebenen Stimmen von 25 620 auf 25 288 zurück. Auf die Sozialdemokratie entfielen 21 863 Stimmen, gegenüber 21 137 im Jahre 1908. Die Stimmen der Gegner gingen von 4303 auf 3425 zurück. Von den Wahlmännermandaten eroberte die Partei 52,5 Proz. gegenüber 52,5 Proz. von 1908.

Am 7. Landtagswahlbezirk hatte sich die Zahl der eingeschriebenen Wähler von 47 227 auf 49 121 und die der abgegebenen Stimmen von 25 868 auf 27 132 vermehrt. Doch verhältnismäßig viel stärker ist die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen gewachsen, und zwar von 20 218 auf 23 054, während die gemäßigten Stimmen von 5037 auf 4078 zurückgegangen sind. 58,1 Proz. der Wahlmännermandate fielen unserer Partei zu, gegenüber 53,6 im Jahre 1908. Leider war Genosse Heimann durch Krankheit gezwungen, nach kurzer Zeit sein Mandat als Landtagsabgeordneter niederzulassen. An seiner Stelle wurde am 12. April d. J. der Genosse Adolf Hoffmann gewählt, nachdem am 15. März für die inzwischen ungültig gewordenen Wahlmännermandate Ergänzungswahlen erfolgten, bei denen die Partei weitere 5 Wahlmännermandate eroberte. Am 3. November 1909 wurden die Ergänzungswahlen zur Stadtverordnetenversammlung statt. Erledigt waren die Mandate im 18., 14., 24. und 25. Kommunalwahlbezirk. Die bisherigen Vertreter, unsere Genossen Singer, Stadthagen, Schneider und Bruns, wurden wiedergewählt.

Zur Erledigung der Vereinsgeschäfte wurden 9 Generalversammlungen, 56 Vorstandssitzungen, 10 erweiterte Vorstandssitzungen mit den Abteilungsleitern, 15 Kreis-Konferenzen und 12 Sitzungen der Beschwerdeforschung abgehalten. Von den 70 öffentlichen Versammlungen nahmen 21 zur Wahlrechtsfrage Stellung, 11 beschäftigten sich mit den Landtagswahlen und 10 mit den Stadtverordnetenwahlen. 5 Versammlungen wurden abgehalten zur Erinnerung an den 18. März 1848, 4 dienten der Förderung der Agitation unter den Frauen, 8 nahmen Stellung zu den neuen Reichsteuern und 5 verlangten die

Reichstagsaufhebung.

Außerdem wurden vier Versammlungen gemeinsam mit den Gewerkschaften veranstaltet.

Die Agitation wurde noch durch Verbreitung von 3 200 000 aufläufige Flugblätter gefördert. Zur Gewinnung von „Vorwärts“-Abonnenten wurden in 31 Abteilungen 64 500 „Vorwärts“-Exemplare verteilt.

Der Anflutung und Bildung der weiblichen Mitglieder dienten eine große Zahl von Vortragsabenden, die fast durchweg einen guten Besuch aufzuweisen hatten.

Am 28. Oktober 1909 waren es 25 Jahre, daß Genosse Singer den Kreis im Reichstage vertritt. Eine an diesem Tage veranstaltete Jubiläumsfeier fand allseitigen Beifall.

In der Mitgliederbewegung sowie im Massenbericht spiegelt sich die wirtschaftliche Krise, die fast bis Ende des Jahres 1909 anhält. Während der Wahlperiode am 1. Januar 1909 10 255 männliche Mitglieder zählte, ging der Mitgliederstand bis 1. November 1909 auf 16 827 zurück. Am 1. Mai laufenden Jahres war der Verlust aber wieder weitgemacht und am 1. Juli die männliche Mitgliederzahl auf 20 131 gestiegen, so daß also 676 männliche Mitglieder in der Berichtszeit gewonnen worden sind. An weiblichen Mitgliedern hat der Wahlverein langsam, aber ständig zugenommen. Am 1. Januar 1909 zählte er deren 1712 und am 30. Juni 1910 waren es 2796. Neuaufnahmen von Mitgliedern erfolgten 9227, aus anderen Kreisen zugezogen sind 1712. Wegen rückgehender Beiträge wurden 4172 gestrichen, nach anderen Kreisen verzogen sind 4091, ausgestreut sind 518, ausgeschieden 8 und verstorben 192 Mitglieder. Deren Andenken wurde von der Versammlung in der üblichen Weise geehrt. Dem Zugang von 10 939 Mitgliedern steht also ein Abgang von 8979 Mitgliedern gegenüber, so daß ein Gewinn von 1960 Mitgliedern verbleibt. Der Wahlverein tritt also mit einem Bestande von 22 927 Mitgliedern am 1. Juli in das neue Geschäftsjahr ein. „Vorwärts“-Abonnenten, die von den Parteispeditionen bedient werden, sind 26 071 am Schlusse der Berichtszeit im Kreise gezählt worden, gegenüber 24 101 zu Beginn desselben. Trotz dieser Zunahme von 1970 Abonnenten ist aber der Bestand der am Schlusse des Jahres 1907 vorhanden war, nämlich 26 713, noch nicht wieder erreicht worden.

Im Massenbericht sind zur besseren Uebersicht zwei Abschlüsse gemacht worden. Im Jahre 1909 beliefen sich die Einnahmen einschließlich des Kassendefizites von 1118,53 M. auf 97 189,73 M., darunter 54 721,10 M. aus Beiträgen. Die Ausgaben beliefen sich auf 95 572,92 M., wovon 56 674,86 M. an die Verbandskasse geliefert wurden. Es verbleibt somit am Schlusse des Jahres 1909 ein Bestand von 1810,81 M. Im ersten Halbjahr 1910 betragen die Einnahmen einschließlich des Kassendefizites 61 309,28 M., darunter 30 746,10 M. aus Mitgliederbeiträgen. Die Ausgaben beliefen sich auf 58 239,75 M., wovon die Verbandskasse 33 071,65 M. erhielt. Es verbleibt somit ein Bestand für das neue Geschäftsjahr von 3069,53 M.

Die Bibliothek des Wahlvereins hat eine Vergrößerung erfahren. Am 1. Januar 1909 ist die Bibliothek des Leses- und Diskussionsklubs „Eintracht“ in das Eigentum des Wahlvereins übergegangen; ein halbes Jahr später die Bibliothek des Diskussionsklubs „Eokrates“. Die Bibliothek, deren eifrigste Benutzung empfohlen wird, weist jetzt einen Bestand von 992 Bänden auf.

Nachdem der Vorsitzende, Genosse Hoffmann, und der Kassierer, Genosse Varenhlin, noch einige Erläuterungen zu dem Bericht gegeben hatten, bemerkte Genosse Glatz in der Diskussion, daß hinsichtlich der „Vorwärts“-Abonnentengewinnung von den Genossen nicht immer das nötige getan worden sei. Vor allem sollten die Genossen darauf achten, daß

in allen Lokalen,

in denen sie verkehren, der „Vorwärts“ ausliegt. Redner regt dann noch an, daß der Vorstand Zusammenkünfte der Berliner Parteileitung mit der hiesigen polnischen sozialistischen Organisation veranlassen möge.

Dem Antrage der Revisoren, dem Kassierer Decharge zu erteilen, wurde zugestimmt. Daraufhin beschloß die Versammlung die von den Viertelversammlungen gewählten Viertelversammlungsleiter als Beisitzer im Vorstand zu fungieren haben. Es sind die Genossen Gries, Kupper, Bader, Ostrowski, Götz und Klamm. Die übrigen Vorstandsmitglieder werden am 7. August durch Urabstimmung gewählt.

Zur Verbandsgeneralversammlung sind von den Bezirken 167 Delegierte aufgestellt worden, die die Versammlung besitzigen. Ein Antrag des Bezirks 11 verlangt die Einführung des Wochenabonnements auf den „Vorwärts“ zum Preise von 25 Pf. Der Antrag wurde abgelehnt. Geklagen wird ein Antrag angenommen, laut welchem die nichterwerbstätigen Frauen der Parteigenossen von der Beitragspflicht während der Krankheit und Arbeitslosigkeit des Mannes befreit sind.

Einem Vorschlage des Vorstandes, am 16. August noch eine außerordentliche Generalversammlung abzuhalten, stimmt die Versammlung zu. Eine Reihe Anträge wurde zu dieser Versammlung zurückgestellt.

Fünfter Wahlkreis.

Die im Alten Schützenhause abgehaltene Versammlung begann mit dem Geschäftsbericht des Vorstandes, den der Vorsitzende Friedländer erläuterte. Er warf einen Rückblick auf die Wahlrechtsbewegung, die im abgelaufenen Halbjahr ihren Höhepunkt erreicht und diese Zeit zu einer besonders bewegten gemacht hat. Leider sei die Organisation im Wahlkreise nicht so stark, wie man es angeht, eine poltisch so bewegte Zeit erwarten müsse. Ende 1908 zählte der Verein 1727 Mitglieder. Diese Zahl ist bis jetzt, also im Laufe von 1 1/2 Jahren nur auf 1795 gestiegen. (1600 männliche und 195 weibliche.) Die Zunahme im letzten Halbjahr beträgt 100 männliche und 10 weibliche Mitglieder. Dem unbefriedigenden Mitgliederstande entspreche die Verbreitung der Parteipresse im Kreise. Durch die Parteispeditionen werden bezogen 2523 Exemplare des „Vorwärts“, 440 des „Wahren Jakob“, 70 der „Gleichheit“, 30 der „Arbeiterjugend“, 130 der „Freien Stunden“, 14 der „Neuen Zeit“. — Hierzu bemerkte der Redner, wenn auch diese Ergebnisse nicht günstig sind, so braucht deshalb nicht befürchtet werden, daß es den Wegner gelingen könnte, den Wahlkreis und wieder zu entreißen. Der Wahlkreis gehört zu den sichersten Berliner Kreisen, denn seine Bevölkerung ist im Laufe der letzten Jahre immer proletarischer geworden. In den Außenbezirken findet fortwährend ein Zustrom

proletarischer Massen statt. Die Parteigenossen müssen sich angelegen sein lassen, diese für die Organisation zu gewinnen. Die Abteilungen im weniger proletarischen Innern nehmen nicht ab an Mitgliedern. Die Organisation ist hier fast besser und die Arbeit befriedigender als in den proletarischen Bezirken. Weiter gedachte der Redner der künstlerischen und bildenden Veranstaltungen des Vereins sowie der Beteiligung an den Arbeiten der Kinderkommission und des Vereins Jugendheim. Die Beteiligung an diesem Verein sei leider schwach. Der Kassierer habe nur 71 M. an die Hauptkasse des Vereins Jugendheim abführen können. Eine weitergehende Unterstützung dieser Einrichtung sei notwendig. Auch für den Wahlverein müsse jeder Genosse schon mit Rücksicht auf die bevorstehenden Reichstagswahlen eine lebhaftere Agitation betreiben.

Der vom Genossen Riese erstattete Massenbericht weist eine Einnahme von 7453,67 M. und eine Ausgabe von 6961,95 M. auf. Der Bestand beträgt 491,72 M. An die Kasse von Groß-Berlin sind 2250 M. abgeführt worden.

In der Diskussion über den Vorstandsbericht stand im Vordergrund die Frage, wie die Organisation auf die wünschenswerte Höhe gebracht werden könne. Unter anderem wurde gewünscht, daß durch Hausbesuche versucht werde, die säumigen Mitglieder zu erhalten.

Den Bericht der Preßkommission erstattete Genosse Weiss. Ueber die prinzipielle und tatsächliche Haltung des „Vorwärts“ seien keine Beschwerden erhoben worden, auch die Preßkommission habe in dieser Hinsicht nichts auszustellen gehabt. In der vorigen Versammlung habe Genosse Holzappel darüber geklagt, daß die Schreibweise des „Vorwärts“ nicht dem Verständnis der Leser angepaßt sei. Derartige Beschwerden seien auch öfter an die Kommission gelangt und verhandelt worden. Es müsse anerkannt werden, daß die Redaktion ihr Bestes tue, um den Beschwerdeführern gerecht zu werden. Die für den redaktionellen Teil zur Verfügung gestellte Vogenzahl sei in der Berichtszeit um 23 1/2 Vogen überschritten worden. Hoffentlich gelinge es, diese Ueberschreitung in nächster Zeit wieder auszugleichen. Das Verlangen der Genossen in den Vororten nach größerer Berücksichtigung ihrer

örtlichen und kommunalen Angelegenheiten

sei durchaus berechtigt. Durch Rücksprache mit den Vorortberichterstatern sei eine Basis für die Behandlung der Vorortangelegenheiten geschaffen. Die Beschwerden über nicht genügende Berücksichtigung der Vororte seien seitdem zurückgegangen. Die zeitweise recht große Ausdehnung der parlamentarischen Verträge sei öfter Gegenstand der Erörterung gewesen. Es sei als ein unzulässiger Zustand empfunden worden, daß neben den langen Plenarberichten noch ausgedehnte Kommissionsberichte gebracht worden seien. Die Preßkommission habe angeregt, daß die Verhandlungen der parlamentarischen Kommissionen mehr in der Form von Stimmungsbildern gegeben werden. Um die Inserateneinnahmen zu erhöhen, seien Bezirksbeiräte mit herabgesetztem Inseratenpreise eingerichtet worden. Diese Einrichtung habe aber mit Ausnahme der Bezirksbeiräte für den Norden nicht den erwarteten Erfolg gehabt. Bisher sei eine andere Bezirks-einteilung ein besseres Resultat bringen. Eine Reihe von Beschwerden unwesentlicher Art, die aus gewerkschaftlichen Kreisen eingegangen waren, seien meistens zur Zufriedenheit beider Teile erledigt worden. Die juristische Sprechstunde habe früher, als sie von Rechtsanwältin als Nebenbeschäftigung abgehalten wurde, oft zu Beschwerden Veranlassung gegeben. Seitdem Genosse Freter für die juristische Materie in der Sprechstunde und im Briefkasten eigens erhoben worden sind. Neben der durch Flugblattverbreitung über ganz Berlin erfolgten Agitation für den „Vorwärts“ sei in einigen Bezirken eine besondere Agitation durch regelmäßige Verteilung des „Vorwärts“ betrieben worden. Ein größerer, planmäßig durchgeführter Versuch dieser Art werde gegenwärtig in Rixdorf gemacht. Der Erfolg desselben werde später festgestellt werden. — Von den gerichtlichen Verfolgungen des „Vorwärts“ verdienen besondere Beachtung die Beurteilung des Genossen Warik als des angeblichen Veranlassers des Wahlrechtsparagangs im Treptower Park bezw. Tiergarten. Dieser Prozeß habe so recht gezeigt, wie hilflos die Polizei trotz ihres Heeres von Spitzeln unserer machtvollen Bewegung gegenüber sei. Jetzt gelte es, lebhaft für den „Vorwärts“ zu agitieren und dadurch den kommenden Wahlkampf vorzubereiten.

Holzappel wiederholte die in der vorigen Versammlung bereits erhobenen Beschwerden, welche im wesentlichen dahin gehen: Die Artikel des „Vorwärts“ seien oft zu langatmig und deshalb für Arbeiter unverständlich. In der Berichterstattung bleibe der „Vorwärts“ hinter der bürgerlichen Presse zurück. In dieser Hinsicht müsse Besserung geschaffen werden, sonst könne die Agitation für den „Vorwärts“ nicht den gewünschten Erfolg haben. Der lokale Teil müsse ausgebaut werden.

Den Bericht der Agitationskommission erstattete Rucht. Bei den Kommunalwahlen in der Provinz seien gute Erfolge erzielt worden. Die Zahl unserer Stadt- und Gemeindevorsteher sei gestiegen auf 92 Vertreter in 82 Städten und 191 Vertreter in 67 Landgemeinden. Unsere Erfolge hätten die Wegner zu stärkerem Vorgehen veranlaßt, besonders werde geklagt über unrechtmäßige Anwendung des Versammlungsrechts durch die Behörden, namentlich wenn es sich um Versammlungen unter freiem Himmel handele. Die Zahl der organisierten Parteigenossen sei um 20 Proz. gestiegen. Das neugegründete „Neumärkische Volksblatt“ habe sich über Erwarten gut bewährt.

Den Bericht der Lokalkommission gab Hahnisch. Er teilte unter anderem mit, daß die Lokalliste nunmehr erschienen ist und daß uns im Kreise 26 Lokale zur Verfügung stehen.

Zur Generalversammlung von Groß-Berlin lagen keine Anträge vor. Die von den Abteilungen vorgeschlagenen Delegierten wurden bestätigt.

Als Abteilungsleiter wurden folgende Genossen bestätigt: 1. Abteilung Hofmann, 2. Abteilung Rierische, 3. Abteilung Volk, 4. Abteilung Holzappel, 5. Abteilung Kasan, 6. Abteilung Stubbe, 7. Abteilung Wörcher.

Die Wahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: Erster Vorsitzender: W. Friedländer, zweiter Vorsitzender: B. Fröbel, erster Schriftführer: G. Dunckede, zweiter Schriftführer: Ad. Roth, erster Kassierer: K. Riese, zweiter Kassierer: L. Liepmann, Beisitzer: Rasch, Weh, Frau Holzappel, Frau Blum. Revisoren: Rieger, Paul Hildebrandt, Neppenhagen. Agitationskommission: Leo Rucht, Preßkommission: Otto Weiss, Lokalkommission: Hahnisch. Aktionsauschuss: Friedländer.

Für den geschäftsführenden Ausschuss des Verbandes der Wahlvereine Groß-Berlins wurden die Genossen Ernst, Liepmann und Böcke vorgeschlagen.

Sechster Wahlkreis.

Die Generalversammlung des sechsten Wahlkreises, die in den Germania-Sälen tagte, füllte den großen Saal samt den Galerien bis auf den letzten Platz. Der erste Punkt der Tagesordnung: Bestätigung der Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung, war schnell erledigt. Die gedruckt vorliegende Liste erhielt ohne weiteres die Zustimmung der Versammlung. Der Geschäfts- und Kasienbericht, der diesmal aus den bekannten Gründen 1 1/2 Jahre umfaßt, lag der Versammlung in einem 22 Seiten starken Heft gedruckt vor. Genosse Theodor Fischer gab dazu mündlich eine Uebersicht über die wichtigsten Vorkommnisse und ihre Bedeutung für die Partei und den politischen Kampf im allgemeinen. Da über das Jahr 1909 schon einmal berichtet worden ist, konnten in dem vorliegenden Bericht Wiederholungen nicht ganz vermieden werden. Es wird daran erinnert, daß der Wahlverein mit dem Schlusse des Jahres 1909 auf eine 20jährige Tätigkeit zurückblicken konnte und während dieser Zeit nicht verstanden gelassen ist von all den Verfolgungen und Drangsalierungen, denen die Partei überhaupt ausgesetzt war, daß aber die Genossen des Kreises ebenso in unerwünschter und unerhöhrter Verdorbenheit für die Partei mit immer größerem Erfolg gearbeitet haben. Sodann wird über die verschiedenen Versammlungen und Demonstrationen berichtet, die sich über ganz Berlin erstreckten und durch

wichtige wirtschaftliche und politische Ereignisse veranlaßt wurden, wie die Arbeiterversammlungen zu Anfang des Jahres 1909, dann die Versammlungen, die sich mit der verhängnisvollen Reichsfinanzreform beschäftigten usw. Aber vor allem war es der Kampf um das Wahlrecht und der Kampf gegen die

Wißgeburt einer Wahlrechtsreform,

worauf das größte Gewicht gelegt wurde. Der Redner hob bei dieser Gelegenheit ganz besonders hervor, daß keine Zeit der Ruhe einträte, die Arbeiterkraft müsse zeigen, daß sie ihr Ziel unablässig und mit immer mehr anwachsender Energie verfolgte. Im inneren Vereinsleben war es besonders ein von der Kreis-Konferenz gutgeheißener Antrag auf Einführung des Delegierten-systems für die Generalversammlungen, der zu lebhaften Auseinandersetzungen führte. Die Entscheidung wurde schließlich einer Urabstimmung überlassen, die am 27. April d. J. stattfand. Das Resultat ergab, daß weder für die Vorlage des Vorstandes und der Kreis-Konferenz noch für die von verschiedenen Bezirken gestellten Änderungsanträge eine Mehrheit vorhanden war. Da somit ein Delegierten-system nicht vom Vertrauen der Mehrheit getragen wäre, wurde dessen Einführung nicht zweckmäßig sein, und aus diesem Grunde empfahl nun die Kreis-Konferenz der Generalversammlung, das Delegierten-system überhaupt abzulehnen. An der Kasse sowie an den sonstigen Veranstaltungen haben sich die Genossen sehr lebhaft beteiligt. Die Abnennenzahl des „Vorwärts“ im 6. Kreise war im Jahre 1908 84 109, 1909 sank sie infolge der Krise auf 82 415, bis zum Juni 1910 war sie jedoch auf 86 744 gestiegen. Die auf Beschluß der Verbandsgeneralversammlung vom August 1908 aufgenommene Statistik über den Austritt aus der Landeskirche hat im 6. Kreise folgendes ergeben: die Mitgliederzahl betrug im Januar 1909, als die Aufnahme gemacht wurde, 25 641. An der Statistik beteiligten sich 22 852. Von ihnen waren ausgestreut aus der Landeskirche 5929, nicht ausgestreut 16 923. Inzwischen hat die Austrittsbewegung infolge der weitgehenden Veranlagungen zur Kirchensteuer weitere Fortschritte gemacht, so daß, wenn nun eine Statistik aufgenommen würde, das Ergebnis wohl weit günstiger ausfallen würde. Rechtschutz wurde in der Berichtszeit 20 Genossen und 9 Genossinnen gewährt, die sich bei der Ausübung von Beschlüssen der Parteiorganisation strafbar gemacht haben sollten. In 15 Fällen erfolgte Freisprechung, in 12 Fällen Verurteilung zu Geldstrafen von 5—75 M. und in 8 Fällen

Gast- und Gefängnisstrafen

bis zu 14 Tagen. Die Stadtverordnetenwahlen ergaben, daß neben dem bislang schon sozialdemokratisch vertretenen Bezirken auch der bisher von einem Freisinnigen vertretene 42. Bezirk von unseren Genossen erobert wurde. Dagegen war es bei der Landtagswahl der verbündeten Reaktion im 12. Wahlbezirk beinahe möglich, den ihr so sehr verhassten Genossen Adolf Hoffmann zu verdrängen, wobei die Gegner von ihrer terroristischen Macht gegenüber den abhängigen Beamten ausgiebig Gebrauch machten. Der Uebertritt der Genossinnen zum Wahlverein ist nun vollständig erfolgt, und das Zusammenarbeiten mit ihnen ist ein ziemlich gutes, wenn auch hier und da noch einige Mißbilligkeiten vorgekommen sind. Die Zahl der weiblichen Mitglieder war Ende der Berichtszeit 3300, eine allerdings noch ungenügende Zahl im Verhältnis zu der großen Masse von Arbeiterinnen und Arbeiterinnen im Kreise. Der Verein Arbeiter-Jugendheim hat im Kreise ungefähr 5000 Mitglieder und der Parkenmahl belief sich im verflohenen Halbjahr auf 3744,65 M. Aus der Kasse des Wahlvereins wurden jenem Verein außerdem noch 500 M. überwiesen. Es ist klar, daß die Genossen sich für diese wichtige Sache noch weit mehr als bisher interessieren müssen. Der Vorstand des Wahlvereins hat im Jahre 1909 38 Sitzungen und im ersten Halbjahr 1910 15 Sitzungen abgehalten und zwar bis auf zwei gemeinsam mit den Abteilungsleitern, Abteilungsleiterinnen und den Abteilungsleiterinnen. Die Vorträge im Bureau beliefen sich in den anderthalb Jahren auf 1735 Stück, die Ausgaben auf 3035. Für die Funktionäre des Kreises wurde ein Unterrichtslehrgang des Genossen Grawwald über die wirtschaftlichen Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus veranstaltet. Die Zahl der Funktionäre des Kreises ist in der Berichtszeit von 402 auf 441 gestiegen. Die Schiedskommission hatte in 18 Sitzungen über 63 Anträge zu verhandeln. In 27 Fällen kam sie zu dem Beschluß, die Streichung aus der Mitgliederliste zu empfehlen, in 16 Fällen beantragte sie eine Rüge, 9 Streitfälle wurden durch Vergleich erledigt, in 10 Fällen wurden die gestellten Anträge abgelehnt und in einem Fall beschloß die Kommission, der Generalversammlung das Material zum Ausschluß aus der Partei zu unterbreiten. Außerdem sind aus der Mitgliederliste gestrichen 22 ehemalige Genossen, weil sie bei der Stadtverordnetenwahl, und 13, weil sie bei der Landtagswahl nicht gestimmt haben. Der Mitgliederbestand des Wahlvereins war Ende des Jahres 1908 25 641, am 30. Juni 1909 war er auf 24 791 gesunken, Ende desselben Jahres jedoch auf 26 225 gestiegen und nun am 30. Juni 1910 hatte der Verein

28 981 Mitglieder,

dabon sind 25 472 männliche. Verstorben sind in der Berichtszeit 219 Mitglieder. Die Versammlung ehrte ihr Andenken in der üblichen Weise.

Den Bericht der Agitationskommission gab der Genosse Lautant. Er führte im allgemeinen aus, daß eine rege und auch erfolgreiche Agitation entfaltet worden ist. Die Kommunalwahlen haben in den Stadt- wie in den Landgemeinden zu einer starken Vermehrung der sozialdemokratischen Vertretung geführt. Bisher waren es in 12 Städten 54 Sozialdemokraten, nun sind es in 22 Städten 93, die im Stadtparlament sitzen; die Zahl der Landgemeinden, in der die Sozialdemokratie Sitz und Stimme hat, ist von 42 auf 67 gestiegen, die Zahl der ländlichen Gemeindevorsteher der Partei von 126 auf 191. Die Wahlrechtsbewegung sowie die allgemeine Propaganda für die Partei sind in der Provinz ebenfalls mit voller Kraft betrieben worden. Partei und Gewerkschaften arbeiten gut zusammen. Der Kassierer wurde in 320 000 Exemplaren verbreitet. Die Mitgliederzahl der Wahlvereine hat bedeutend zugenommen und betrug am Ende der Berichtszeit 22 894. Alles in allem kann man mit der Agitation zufrieden sein, und wenn alle Genossen nach wie vor in vollem Maße ihre Pflicht tun, werden wir für die kommenden Kämpfe wie für die Reichstagswahlen weit stärker gerüstet dastehen als bisher.

Von der Preßkommission berichtete Genosse Vitorf kurz, indem er darauf hinwies, daß ein ausführlicher Jahresbericht der Verbandsgeneralversammlung vorgelegt werden wird. Der Redner bemerkte unter anderem, daß wenig Beschwerden vorgekommen seien, und daß es sich bei diesen meist um Ablehnung oder Verzögerung von Versammlungsberichten handelte, also um Dinge, die sich bei der notwendigen Beschränkung des Raumes im „Vorwärts“ nicht immer vermeiden ließen. Die

Abnennenzahl des „Vorwärts“

die während der Krisenzeit von 140 000 auf 125 000 gesunken war, ist jetzt auf 142 000 gestiegen. Ueber den Vorschlag, ein Abendblatt einzuführen, hat die Kommission umfangreiche Berechnungen angestellt, ist aber zu dem Beschluß gekommen, daß von der Sache Abstand genommen werden muß. Mit der prinzipiellen Haltung der Redaktion konnte man ganz zufrieden sein. Der Redner machte zum Schluß darauf aufmerksam, daß die Propaganda für den „Vorwärts“ nicht erlahmen dürfe, und daß es auch bald möglich sein werde, die Abnennenzahl auf 200 000 zu bringen.

Der Massenbericht über die Zeit vom 1. Januar 1909 bis 30. Juni 1910 schließt in den Einnahmen mit der Summe von 193 633,08 M. ab. Die Ausgaben beliefen sich auf 192 278,08 M., so daß ein Bestand von 1355,— M. übrig blieb. Unter den Ausgaben sind 124 813,84 M. an die Verbandskasse, davon 71 500,— M. für Monatsbeiträge. Der Kassierer Genosse Müller gab zu dem gedruckten Massenbericht eine Reihe von Ergänzungen und Erläuterungen.

Als Vertreter der Schiedskommission begründete Genosse Döbft einen Antrag auf Ausschluß des Genossen Goppe und zwar damit, daß dieser als Inhaber der Grobkaufoffengegenstände einem Angestellten ein Zeugnis ausgestellt habe, das ihn in seinem weiteren Fortkommen hinderlich sein mußte und daß Goppe ferner über den

selben Angestellten eine telephonische Auskunft erteilt habe, die ihn in derselben Weise schädigen möchte. Dieser Antrag rief eine sehr lebhafteste Debatte hervor, in der Genosse Lamm für Hoppe einzutreten suchte, wogegen die übrigen Redner das Verhalten Hoppes scharf verurteilten. Der Antrag der Schiedskommission, das Ausschlußverfahren gegen Hoppe einzuleiten, wurde fast einstimmig angenommen. Im übrigen bezog sich die Diskussion über den Vorstandsbericht hauptsächlich auf die Frage des Delegiertenstems und außerdem wurden verschiedene Anregungen zur Förderung der Agitation und des Vereinslebens gegeben. Der Antrag der Kreis-konferenz, das Delegiertenstems als abgelehnt zu betrachten, wurde gegen wenige Stimmen angenommen. Dem Kassierer erteilte die Generalversammlung einstimmig Decharge.

Die Neuwahl des Vorstandes und der Kommissionen vollzog sich sehr rasch, da die von der Kreis-konferenz vorgeschlagenen Kandidaten ohne weiteres gewählt wurden und zwar als: 1. Vorsitzender Richard Henschel, 2. Vorsitzender Otto Frank; 1. Schriftführer Theodor Fischer, 2. Schriftführer Karl Leib; 1. Kassierer Hermann Müller, 2. Kassierer Richard Henkel; Beisitzer: Eugen Ernst, Gustav Rathow, Wilhelm Seelig; Revisoren: Paul Deubin, Hermann Henje, Robert Pajewaldt; in der Geschäftsführenden Ausschuss der Bezirksorganisation: Eugen Ernst, Leopold Piepmann, Emil Böse; den Aktionsausschuss: Richard Henschel, Theodor Fischer; die Wahlkommission: Adam Wittorf; die Agitationskommission: Gustav Lausant; die Lokalkommission: Wilhelm Dams; als Mitglieder zum Zentralvorstand: Richard Herbst, Hermann Müller, August Hingel, Anna Matzschke; als Revisor des Zentralvorstandes: Paul Dobroslaw; als Schiedskommission: Hermann Kriedemann, Hermann Döh, Fritz Schmiedke, Albert Verts, Heinrich Ruch, Paul Trodler, E. Zimmer. Ebenso wurde die vorgeschlagene Liste der Abteilungsführer ohne weiteres gutgeheißen.

Nigdorf.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde bezweifelt, daß in der letzten Generalversammlung nur circa 20 Genossen gegen die Resolution des Zentralvorstandes votiert hätten, demgegenüber wurde angenommen, daß es circa 100 gewesen sein sollen. — Der Geschäftsbericht liegt gedruckt vor. Der Vorsitzende des Wahlvereins, Genosse Scholz, gibt hierzu einige Erläuterungen. Der Bericht gibt eingangs eine ausführliche und übersichtliche Darstellung der Wahlrechtskämpfe, die die Nigdorfer Genossen gegen die reaktionäre Natbausemchreit, die den infamen Wahlrechtsraub durchführte, zu führen gezwungen waren. Zur Bewältigung der Organisations- und Verwaltungsgeschäfte waren 51 Vorstande, 17 erweiterte Vorstande und 18 Funktionärleistungen erforderlich. Generalversammlungen fanden während der Berichtszeit neun statt. Die Krise bewirkte im ersten Halbjahr 1909 einen kleinen Mitgliederabgang. Erst im September zeigte sich wieder ein erfreulicher Auftrieb. Tausend neue Mitglieder für den Wahlverein war das Resultat einer Flugblattverbreitung, so daß sich zu Beginn des Jahres der Mitgliederbestand auf rund 10 000 bezifferte. Bis zum Schluß der Berichtszeit ist eine weitere Vermehrung des Mitgliederbestandes um 2000 zu verzeichnen. Ist die Zunahme auch erfreulich, so kann das Gesamtergebnis doch keineswegs auflebenstehend sein. Von rund 80 000 bei der letzten Reichstagswahl abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen sind erst rund 13 000 politisch organisiert; das zeigt, welche Fülle von Arbeit noch zu bewältigen ist. Auch die Zahl der Leser der Parteipresse wurde durch die Krise beeinträchtigt. Nach einem ziemlich beträchtlichen Rückgang der Abonnentenzahl machte sich ein Auftrieb wieder zu Anfang dieses Jahres bemerkbar. Durch eine planmäßige Agitation ist es gelungen, in acht Kommunalbezirken, in denen acht Tage lang der „Vorwärts“ unentgeltlich Nichtabonnenten zugestellt wurde,

1200 neue Abonnenten

zu gewinnen. — Während am Schluß des vorigen Geschäftsjahres die Zahl der weiblichen Mitglieder 662 betrug, ist die Zahl

jetzt auf 2277 gestiegen. Am Schluß des Berichtsjahres ist der Gesamtmitgliederbestand 12 627.

Von den 9883 männlichen Mitgliedern waren 7034 gewerkschaftlich organisiert — 81,3 Proz.

Bezüglich der Parteipresse liefert die Statistik ein interessantes Bild. Von den Mitgliedern waren 8810 — 90 Proz. „Vorwärts“-Leser, Leser anderer politischer Zeitungen 160 — 1,72 Proz., Leser sogenannter unparteiischer Zeitungen 820 — 8,32 Proz.; besonders auffallend ist aber die Zahl derjenigen, die gar keine Zeitung lesen, es kommen hier 297 — 3,02 Proz. in Frage.

Die Arbeit unserer Parteigenossen erstreckte sich einerseits auf gedehnten „polizeilichen Fürsorge“. Die Hauptaktion der Polizei setzte bei den Wahlrechtsdemonstrationen gegen den Wahlrechtsraub ein. Groß war die Zahl der Strafmandate, mit denen die demonstrierenden Genossen bestraft wurden. Der Ruf aus dem Fenster: „Nieder mit Rohmig“ gelegentlich einer Demonstration wurde mit 20 M. Strafe geahndet.

Den Kassierbericht gab Gen. Stieler. Von 1. Januar 1900 bis 30. Juni 1910 balanzierten Einnahme und Ausgabe in Höhe von 48 907,47 M.

Ein erfreuliches Bild liefert der Bericht der Bibliothekskommission, den Gen. Ballmann erstattete. Durch die Zusammenlegung mit dem Jugendheim nach der Idealpassage, Rudolfsr. 55/56, und Anmietung besonderer Räume ist eine stets wachsende Anteilnahme zu verzeichnen. Nicht weniger als 20 449 Bände wurden in der Berichtszeit ausgeliehen.

Den Bericht des Bildungsausschusses erstattete Genosse Fischer: Die Beteiligung seitens der Arbeiterschaft war eine sehr rege. Leider läßt es sich nicht durchführen, die Vortragsserien unentgeltlich den Besuchern zugänglich zu machen. Außerdem ist das zu leistende Eintrittsgeld auch sehr niedrig bemessen; für den Zuhörer von fünf Vorträgen ist ein einmaliger Beitrag von 50 Pf. zu zahlen. Zur Weiterbildung der Funktionäre finden die für diese arrangierten Vorträge munterlich statt. Seitens der Behörde werden den Veranstaltungen auch noch mancherlei Hindernisse und Schwierigkeiten bereitet. Am 6. Oktober 1909 ist dem Magistrat ein Antrag angelegt worden, dem Bildungsausschuss für eine am 6. November stattfindende Schumannfeier die Aula des Kaiser-Friedrich-Gymnasiums zur Verfügung zu stellen. Am

9. Januar 1910

ist dann erst die Genehmigung eingetroffen. Das Verhalten des Magistrats ist um so merkwürdiger, als bei der im Vorjahre stattgefundenen Mandatsfeier in der Aula der höheren Mädchenschule verschiedene Mitglieder des Magistrats anwesend waren und der Veranstaltung rückhaltlos ihre Anerkennung zollten. Ferner ist zu bedauern, daß eine in der Entwicklung begriffene Stadt wie Nigdorf mit beinahe 250 000 Einwohnern nicht mal ein städtisches Theater aufweisen kann. Für künstlerische Auführungen sind die Räume des sogenannten Stadttheaters völlig unzulänglich. Der Referent spricht die Hoffnung aus, daß es den Bestrebungen der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion gelingen möge, einen entsprechenden Antrag zur Annahme zu bringen. Genosse Fischer macht noch bekannt, daß die naturwissenschaftlichen Vorträge des Genossen Engelbert Graf am 3. Oktober beginnen. Der Bildungsausschuss hatte für das Geschäftsjahr 1909/10 eine Einnahme von 5916,85 M., dem eine Ausgabe von 5417,61 M. gegenübersteht.

Den Bericht der Lokalkommission gab der Genosse Rahr. Besondere Vorommisse seien nicht zu verzeichnen gewesen. Nur mit dem neuen Besitzer des „Deutschen Wirtschaftshaus“ sei es zu Differenzen gekommen. Derselbe hatte wenig oder gar keine Neigung gehabt, den Nebenbau zu unterzeichnen. Die über das Lokal verhängte Sperrung hatte eine unerwartet schnelle Wirkung. Nach kurzer Zeit stellte der Wit seine Mäntelheiten der Arbeiterschaft in aller Form zur Verfügung.

Aus dem Bericht des Jugendausschusses geht hervor, daß die Gründung eines Jugendheimes eine unbedingte Notwendigkeit war. Nicht selten waren die täglich abends von 7 bis 9 1/2 Uhr und Sonntags von 4 bis 1/2 Uhr geöffneten Räume überfüllt. In dem angegliederten Lesesaal liegen gewerkschaftliche und Tageszeitungen in großer Zahl aus, desgleichen belletristische, künstlerische

und satirische Zeitschriften. Mit der Eröffnung des Jugendheimes bekam die Tätigkeit eine wesentliche Förderung. Die große Zahl von Veranstaltungen, die zur Aufführung und Unterhaltung der Jugend getroffen wurde, zeigt den Ernst und das Streben bei den Arbeiten der Veranstalter. Jedoch weist der Bericht auch darauf hin, daß die Arbeiterschaft diese Bestrebungen dadurch unterstützen muß, ihre aus der Schule entlassenen Jugendlichen auf die Veranstaltungen aufmerksam zu machen. Die Einnahme und Ausgabe des Jugendauschusses vom April 1909 bis zum 30. Juni 1910 balanziert in Höhe von 677,00 M. und weist einen Bestand am 30. Juni 1910 von 161,70 M. auf.

Der Bericht der Kinderschutzkommission zeigt, daß auch hier ein großes und wichtiges Gebiet zu bearbeiten ist. Es wurden bis jetzt circa 30 Fälle bearbeitet; acht davon konnten durch Vorstellung bei den Eltern in Güte erledigt werden. In diesen Fällen handelt es sich um kleine Frühkinder bzw. Zeitungsausträger, in einem Falle betraf es Hausarbeit. Die Bemühungen der Kinderschutzkommission wurden durch die Schulen in wertvoller Weise unterstützt; dagegen muß hervorgehoben werden, daß die zuständigen staatslichen und kommunalen Behörden für die Bemühungen bisher sehr schwer zugänglich waren. Am schwersten ist die Arbeit da, wo es sich um moralisch gefährdete oder verwahrloste Kinder handelt. Die Tatsachen haben gezeigt, daß die Kinder eher verderben und sterben können, ehe sich eine Behörde darum kümmert. Geradezu typisch für die Ursachen der Verwahrlosung ist es, wenn ein mütterloses Kind auf die Frage, warum es die Schule geschwänzt habe, weinend erklärt: „Der Lehrer hat mich nach Hause geschickt, weil ich barfuß gehe, und ich habe doch keine Schuhe und Strümpfe!“ Wenn aber durchgreifendes auf diesem Gebiete geschehen soll, müssen sich die Genossinnen und Genossen noch mehr wie bisher in den Dienst der Sache stellen.

Die Berichte wurden insgesamt zur Diskussion gestellt. Als erster Diskussionsredner bemängelte Genosse Kunze, daß die Deffenlichkeit nicht genügend über den

Wahlrechtsraub der bürgerlichen Parteien

aufgeklärt worden sei. Auch ist verabsäumt worden, die Genossen genügend über die Einzelheiten zu orientieren. Ferner muß eine Ausgestaltung der Redebeiträge angestrebt werden, die Vorträge, die dort gehalten werden, müssen sich mehr dem Verständnis der Besucherinnen anpassen. Weiter sei zu bemängeln, daß die Funktionäre das bei den Vorträgen Gehörten den Genossen nicht mitzuteilen. Im Interesse einer besseren Fällung und intimeren Verbindung zwischen den verschiedenen bestehenden Kommissionen der Organisation, der Stadtverordnetenfraktion und den Genossen sei es zweckmäßig, die entsprechenden Adressen dem gedruckten Jahresbericht beizufügen.

Dem Gesamtvorstand und Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt.

Die Vorstandswahlen ergaben folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Scholz, 2. Vorsitzender Karle, 1. Kassierer Hube, 2. Kassierer Pfeifer, 1. Schriftführer Fischer, 2. Schriftführer Keller, Beisitzer: Hugo Schulz, Fischer und die Genossin Juchacz; Quartiersführer: Weiersdorf, Rummel, Sellwig, Penze; Revisoren: Mühlenderlein, Grubig, Richter.

Der in der letzten Generalversammlung gestellte Antrag bezüglich Einführung der Wochenbeiträge, der auch angenommen wurde, bezieht sich mit dem des Kreisvorstandes.

Antlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttage: Fleißig Zufuhr Schmal, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise fest. Gellagel: Zufuhr reichlich, Geschäft ruhig, Preise gedrückt, lebendes Geflügel gefragt. Fische: Zufuhr etwas reichlich, Geschäft schleppend, Preise wenig verändert, geringere Sorten schwer veräußlich. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Säbfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise wenig verändert.

Saison-Ausverkauf

Leiser's

Schuhwaren

9

Serien

Serie 1

braun und schwarz echt Chevreau-Schnürstiefel, Gr. 17-21. BraunChevr.-Schnürstiefel, braun Lackbesatz, Gr. 17-21. BraunZiegenl. Knopf-stiefel, gewodet, Fleck, Gr. 23-26 **1 95**

Serie 3

weiß echt sämisch Schnürstiefel, Größe 27-35. Weiß und grau Damen-Segeltuchschuhe u. -Stiefel teils Lederabs. Braun echt Chevr.-Schnürstiefel m. Lackkappe, Gr. 25-26 **3 90**

Serie 5

braun echt Chevreau-Damen-Pumps, Prima Chevreite-Damen-Schnürstiefel, Lackkappe, Weiß Salon-Damen-Schuhe mit eleganten Schnalle M. **5 90**

Serie 7

Echt Chevr.-Damen-Stiefel, teils Orig.-Goodyear-Welt. Echt Chevr.-Herren-Schnürstiefel, Lackkappe a. Rand gedopp. Chevreau- u. Boxcalf-Herren-Schnallenstiefel, kleine Größen, Original Goodyear-Welt . . . M. **7 90**

Serie 9

braun echt Chevr.-Damen-Schnürschuhe, Westingstoff- u. echt sämisch Ledereins, orig. Goodyear-Welt, braun echt Chevr.-u. Boxcalf-Damen-Schnürstiefel, breite u. schlanke Form, mit u. ohne Lackkappe, orig. Goodyear-Welt, schwarz, la Herren-Boxcalf-Schnürstiefel, mod. Form, orig. Goodyear-Welt **9 90**

Serie 2

braun u. schwarz Rindleder, Sandalen für Damen u. Herren. Weiß, mode, grau u. braun Damen-Segeltuch-Schnürschuhe mit Absatz, Weiß Damen-Segeltuch-Pumps M. **2 95**

Serie 4

braun echt Chevreau-Stiefel mit Lackkappe, Größe 27-35. Braun und beige Damen-Segeltuch-2-Knopf-Schuhe, Weiß echt sämisch Damen-Pumps, streng modern . . . M. **4 90**

Serie 6

braun echt Chevr.-Damen-Schnürschuhe, schlanke u. breite Form, teils Original Goodyear-Welt. Braun echt Chevreau-Damen-Schnürstiefel mit und ohne Lackkappe . M. **6 90**

Serie 8

braun echt Chevreau-Damen-Schnürstiefel, Lackkappe, auf Rand gedoppelt. Beige und grau echt Chevreau-Damen-2-Knopf- und Schnürschuhe M. **8 90**

Ein großer Posten schwarz la Chevr.-Damen-Schnürstiefel Westingstoff-Eins., Orig.-Goodyear-Welt jetzt **7 90**

Der Verkauf beginnt morgen, Freitag

Selten günstige Gelegenheit zum Einkauf moderner Schuhwaren, welche zum Teil unsortiert sind, zu außergewöhnlich billigen Preisen.

— Um Besichtigung der Waren wird gebeten. —

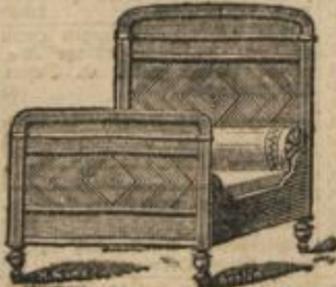
Verkauf der 9 Serien in allen

unseren Geschäften

Leipziger Str. 65
Königstraße 34
Oranienstraße 34

Oranienstraße 47a
Müllerstraße 3a
Rixdorf, Bergstr. 7-8

Eigene Fabrikation im Hause!



Möbelfabrik

Julius Apelt, Tischler-Meister

6. Adalbertstraße No. 6 Hochbahnhof Kottbuser Tor

Komplette Wohnungs-Einrichtungen

zum Preise von 500, 600, 700, 800, 900, 1000 M. usw. stehen zur Ansicht in modernster Ausführung von den einfachsten bis zu den elegantesten in meinen großen Fabrik- und Verkaufsräumen. ΔΔΔ Auf Wunsch Zahlungsanfertigung.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar,



in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.

Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Partei-Angelegenheiten.

Beschendorf (Wannseebahn). Sonnabend, den 6. d. M., abends 8 Uhr, findet bei Wilh. Ried eine Volksversammlung für Männer und Frauen statt.

Brix-Buchow. Die Leser der Bibliothek des Wahlvereins Brix werden erucht, ihre Bücher bis Sonnabend, den 6. August, wegen Inventur und Uebergabe zurückzugeben.

Schenkendorf bei Königs-Wusterhausen. Am Sonntag, den 7. August, veranstaltet der hiesige Wahlverein sein diesjähriges Volksfest im Lokale von Pätzsch.

Rüdersdorf-Ralkberge. Am Sonntag, den 7. August, nachmittags 3 Uhr, findet im Restaurant „Junglingshaus“ (Inhaber E. Richter), Schulstr. 45, eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt.

Berliner Nachrichten.

So „fördert“ man den Frieden zwischen Schule und Familie!

Durch nichts werden so leicht die guten Beziehungen zwischen Schule und Familie gestört, wie durch das leidige Prügelrecht. Schon mancher böse Zusammenstoß zwischen Eltern und Lehrenden ist dadurch herbeigeführt worden, das die Schule allzusehr sich ihres Prügelrechts bewußt gewesen war.

Manchmal endet aber so ein Beleidigungsprozeß damit, daß dem Vater oder der Mutter, die von der Schulverwaltung allzu geschwind auf die Anklagebank gedrängt wurden, Freisprechung gewährt werden muß.

Manchmal endet aber so ein Beleidigungsprozeß damit, daß dem Vater oder der Mutter, die von der Schulverwaltung allzu geschwind auf die Anklagebank gedrängt wurden, Freisprechung gewährt werden muß.

Manchmal endet aber so ein Beleidigungsprozeß damit, daß dem Vater oder der Mutter, die von der Schulverwaltung allzu geschwind auf die Anklagebank gedrängt wurden, Freisprechung gewährt werden muß.

Manchmal endet aber so ein Beleidigungsprozeß damit, daß dem Vater oder der Mutter, die von der Schulverwaltung allzu geschwind auf die Anklagebank gedrängt wurden, Freisprechung gewährt werden muß.

Manchmal endet aber so ein Beleidigungsprozeß damit, daß dem Vater oder der Mutter, die von der Schulverwaltung allzu geschwind auf die Anklagebank gedrängt wurden, Freisprechung gewährt werden muß.

Manchmal endet aber so ein Beleidigungsprozeß damit, daß dem Vater oder der Mutter, die von der Schulverwaltung allzu geschwind auf die Anklagebank gedrängt wurden, Freisprechung gewährt werden muß.

Manchmal endet aber so ein Beleidigungsprozeß damit, daß dem Vater oder der Mutter, die von der Schulverwaltung allzu geschwind auf die Anklagebank gedrängt wurden, Freisprechung gewährt werden muß.

Manchmal endet aber so ein Beleidigungsprozeß damit, daß dem Vater oder der Mutter, die von der Schulverwaltung allzu geschwind auf die Anklagebank gedrängt wurden, Freisprechung gewährt werden muß.

festgestellt gilt also dem Gericht, daß Lotte über Gebühr geprügelt worden war, als festgestellt auch, daß Felkin sie auf den kalten Treppentritt wies.

Die Schuldeputation kann aus dem Ausgang dieses Prozesses ersehen, daß sie besser daran getan hätte, die Mutter lieber auf die Anklagebank zu bringen.

Doppelfelbstmord eines dänischen Liebespaares. In einem Zimmer des Hauses Chausseestraße 115 erschloß gestern nacht der 30 Jahre alte Rentier und dänische Leutnant der Reserve Paul Junker seine noch nicht zwanzigjährige Geliebte Erna Brunsdorff.

Die Polizei hat die verschlossene Tür im ersten Stock des Hauses Chausseestraße 115 inne. Seiner Wirtin hatte er geschäftliche Gründe für seinen Aufenthalt in Berlin angegeben.

Droschke und Stadtbahn. Vom Polizeipräsidenten ist eine Polizeiverordnung für den Landespolizeibezirk Berlin erlassen worden mit Geltung vom 15. August d. J., wonach die Droschkentreiber verpflichtet sind, auch Fahrten nach dem Restaurant Gundenfeste im Grunewald, nach der nördlich vom Kaiserdamm belegenen Grunewald-Kennbahn, nach der Trabrennbahn Ruhleben und nach dem neuen Rixdorfer Krankenhaus an der Rudower Chaussee anzunehmen.

Kinder in Kinematographentheatern. Für den Stadtkreis Berlin ist jetzt folgende Polizeiverordnung in Kraft getreten: „Kinder unter 14 Jahren dürfen während der öffentlichen Vorstellungen in den Kinematographentheatern nach 9 Uhr abends, auch wenn sie in Begleitung Erwachsener sind, nicht gebührt werden.“

Zu der Verhaftung des Direktors Vos wird weiter gemeldet, daß bei der Vernehmung von Schülerinnen und ehemaligen Schülerinnen bis auf den Jahrgang 1900 zurückgegriffen wurde.

Raubfall in der Jungfernhöhe. Ein Raubfall ist in der Jungfernhöhe ausgeführt worden. Der Fabrikarbeiter Adolf Webers, Blumenstr. 7 wohnhaft, hatte in einem Lokal an der Müllerstraße mehrere Glas Bier getrunken und dabei ein Portemonnaie aus der Tasche geholt, das 300 M. enthielt.

Unter sein eigenes Fuhrwerk gestürzt und schwer verletzt wurde der Kutscher Erwin Lotzinski aus der Reinickendorfer Straße. L. hatte mit seinem Fuhrwerk die Schornweberstraße passiert; bei einem Ausd, der durch einen ausgerissenen Pflasterstein hervorgerufen wurde, stürzte L. vom Boz herunter und kam unglücklichweise unter die Räder des schweren Fuhrwerks zu liegen.

Waschlucht für die Stadtbahnzüge. Wie gemeldet wird, will die Eisenbahnverwaltung auf der Berliner Stadtbahn die bisherige Beleuchtung durch Waschlucht ersetzen.

Poltschaffner Bergmann als Sänger. Der Poltschaffner Bergmann, der die 50 000 M. unterworfen hatte, hatte, wie gemeldet wird, die Absicht, sich zum Sänger auszubilden.

Zu dem Totschlag in der Danziger Straße, dem der alte Händler Kaperowski zum Opfer fiel, wird mitgeteilt, daß es noch nicht gelungen ist, den Täter zu fassen.

Ein schwerer Straßenbahnunfall hat sich gestern vormittag in der Prenzlauer Allee zugetragen. An der Ecke der Saarbrücker Straße verfuhr gegen 10 Uhr die betriebl. 77jährige Rentiere Johanna Landshap aus der Zionsstraße.

Zu dem Artikel „Die Armenverwaltung als Rentenempfängerin“ in der Dienstanzeige des „Vorwärts“ wird uns geschrieben: Es ist richtig, daß für Personen, die sich in Siedeh- oder Armenpflege der Stadt Berlin befinden, Invalidentenanträge direkt seitens der Armenverwaltung gestellt werden.

Die Sucht der städtischen Organe, sich schadlos zu halten, geht, wie in dem Dienstagartikel schon kurz erwähnt, auch so weit, bei Inzassen der Pflegeanstalten gesunde Geldbeträge, selbst ganz geringfügige Summen, einzubehalten.

Ein Unfall hat sich gestern früh auf dem Flugplatz Johannisthal ereignet. Mit einem neuen Farman-Apparat, der erst vorgestern nach einem glänzenden Probeflug Zeannins zur Ablieferung gelangt war, stieg gegen 9 Uhr Oberleutnant Hanslinger auf, der damit seinen ersten Flug unternahm.

Der neue Spielplan des Apollo-Theaters bietet wiederum ein außerordentliches Programm. Auf dem Gebiete der Dressur tritt neben Verjans guten Leistungen Mademoiselle Zuliste mit einer dressierten Seelwengruppe auf.

Der neue Spielplan des Apollo-Theaters bietet wiederum ein außerordentliches Programm. Auf dem Gebiete der Dressur tritt neben Verjans guten Leistungen Mademoiselle Zuliste mit einer dressierten Seelwengruppe auf.

Neuheiten, die The great Georgetown's firs holen. Die 5 Beauties ...

Su unliebsten Auseinandersetzungen zwischen dem Pastor Hammer ...

Die Lehrlingsunterbringung des Vereins für das Wohl der ...

Berliner Arbeiterverein für Obdachlose. Im Monat Juli nächstigen ...

Vorort-Nachrichten.

Panlow.

Die Gemeindevertretung am Dienstag genehmigte nach Erledigung ...

Rigdorf.

Die Typhuserkrankungen im Rigdorfer Fernsprechamt, über die ...

Von einem Fuhrwerk überfahren wurde am Sonntag ein Teilnehmer ...

Charlottenburg.

Ein schwerer Automobilunfall hat sich gestern in Charlottenburg ...

hundungen von Augenzeugen an dem bedauerlichen Unglücksfall keine ...

Schöneberg.

Keine Erhöhung der Hundesteuer. Die von dem Polizeipräsidenten ...

Vogthagen-Naumersburg.

Beim Baden verunglückt scheint der 25 Jahre alte Kaufmann ...

Friedenau.

Zum Raubüberfall auf den Küster Köfener wird noch mitgeteilt, ...

Tempelhof-Mariendorf.

Die „Freie Turnerschaft Tempelhof-Mariendorf“ veranstaltet am ...

Nowawes.

Der Antrag auf Umwandlung der nebenamtlichen Leitung der ...

Bürgerlichen Mehrheit der Vertretung einstimmig angenommen ...

Groß-Westen.

Mit der Neuwahl des gesamten Vorstandes beschäftigte sich die ...

Spandau.

Die Bibliothek des sozialdemokratischen Wahlvereins und des ...

Jugendveranstaltungen.

Freie Jugendorganisation Weihenau. Heute Donnerstag, den ...

Berliner Arbeiter-Zachklub.

- Offen I: jeden Dienstag 1/9 Uhr bei Böhl, Radesdorfer Str. 23.
Offen II: jeden Montag 1/9 Uhr bei Boh, Weberstr. 6.
Süden: jeden Dienstag 1/9 Uhr bei Heidelein, Wasserlorenzstr. 8.
Westen: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Käfer, Radesdorfer Str. 17.
Norden I: jeden Dienstag 1/9 Uhr bei Ladwig, Magstr. 13b.
Norden II: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Käfer, Draubelmer Str. 4.
Norden III: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Baganz, Gaudystr. 3.
Norden IV: jeden Sonntag 1/9 Uhr bei Böckhoff, Utebomstr. 28.
Zentrum: jeden Dienstag 1/9 Uhr bei Böckhoff, Utebomstr. 28.
Moabit I: jeden Donnerstag 1/9 Uhr bei Weide, Jungblutr. 25.
Moabit II: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Lammrecht, Raststr. 10.
Lichtenberg: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Blume, Alt-Vogthagen 53.
Rigdorf I: jeden Dienstag 1/9 Uhr bei Stabmann, Reuterstr. 46.
Rigdorf II: jeden Donnerstag 1/9 Uhr bei Weide, Hermannstr. 100.
Ober-Schöneberg: jeden Donnerstag 1/9 Uhr bei Koblenz, Wilhelmstr. 64.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Endebrücke Nr. 60, vorn ...

Witterungsüberblick vom 3. August 1910, morgens 8 Uhr.

Table with columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. G., and a second set of columns for the same data.

Wetterprognose für Donnerstag, den 4. August 1910. Warm und schwül, vielfach besser, aber sehr veränderlich bei ...